

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Koalition des großen Bluffs

Die BRD ist ein Hort der Demokratie. Mit ihren Segnungen kann sich niemand messen. Unser Wahlzettel ist lang wie eine Speisekarte. Allerdings: Nur zwei der Präsidentschaftskandidaten sind bei den Meinungsmachern die wirklichen Kings. Sie werden als „große Volksparteien“ angepriesen. Nach Auffassung der tatsächlich Herrschenden sollen sie im Wechsel als „geschäftsführender Ausschuß“ des deutschen Kapitals regieren. So wollen es die Henkels, Rogowskis und Hundts.

Das Ganze nennt sich „Zweiparteiensystem“. Man hat es aus den USA und Großbritannien importiert. Sind die einen verschlissen und am Ende ihres Lateins, dann müssen die anderen, die Ausgeruheten, in die Pedale treten. Doch das funktioniert manchmal nicht. Bisweilen stellt sich der Wähler bockig an.

Wie am 18. September, als jedem der beiden Favoriten und den jeweils dazugehörigen Juniorpartnern nur wenige Prozentpunkte am Sieg fehlten. Eben jene 8,7 %, die eine neu „aufgestellte“ Linkspartei errang. Wären an sie nicht 54 Mandate gefallen, dann hätte das Zweiparteiensystem wie bisher funktioniert. Doch die Linken verdarben das Spiel und beschädigten so die bewährte „Demokratie“. Nichts mit sofortiger Wachablösung! Guter Rat war teuer.

Der Wählerwille mußte nachträglich „korrigiert“ werden. Unsere beiden „Volksparteien“ erwiesen sich plötzlich als siamesische Zwillinge. Für keine von ihnen gab es ein Entrinnen. Wer die eine wollte, mußte die andere in Kauf nehmen. Man sei doch gar nicht so weit auseinander, es gebe beachtliche „Schnittmengen“, versicherten auf einmal manche, die zuvor auf Konflikt gesetzt hatten. 34 % der Wähler, die sich für die SPD entschieden hatten, bekamen als Zugabe eine CDU-Kanzlerin. Und 35 % CDU-Anhänger wurden mit acht SPD-Ministern beglückt. Wie gesagt: eine famose Demokratie! Angebliche Wahlgegner im Doppelpack! Welch doppeltes Pack!

Sogar die Medien der Bourgeoisie wiederholten ständig dieselben abschätzigen Vokabeln: Kuhhandel, Schwindel, Bluff. Es werde „um die Macht gepokert“, hieß es bei Phoenix. Man zog die bürgerliche Demokratie pausenlos durch den Kakao, was halben und ganzen Faschisten Wasser auf die Mühlen leitete. Wie einst in Weimarer Tagen.

Der Tatbestand eines gewaltigen Wahlbetrugs wurde erfüllt. Denn es war völlig egal, ob der Wähler für SPD oder CDU optiert hatte – Merkel bekam er auf jeden

Fall. „Angie“ – von der Berliner Satire-Partei der Zeitschrift „Titanic“ als „das Merkel“ bezeichnet – versuchte vergeblich, das schlechteste Abschneiden der CDU seit 1949 unter mühsam gestyltem Lächeln zu verbergen.

Das ganze Theater war dem Publikum vertraut. Denn die Koalition des großen Bluffs, die jetzt ansteht, ist keine Neuerung. Sie existierte bereits während der ganzen zweiten Amtszeit Schröders. Die CDU/CSU blockte Unliebsames im Bundesrat ab und unterstützte die Annahme von Erwünschtem wie Hartz IV im Bundestag. Und selbst Schröders letzter Hieb – die Verlängerung und Ausweitung des Afghanistan-„Mandats“ der Bundeswehr – wurde noch in trauter Übereinstimmung beider Parteien beschlossen. Nicht ohne Grund verwies Angela Merkel am 10. Oktober auf „einen Fundus von Gemeinsamkeiten“. Man bedenke indes: Obwohl der Unterschied zwischen Schily und Schäuble oder zwischen Clement und Stoiber nicht allzu groß ist, dürfte die neue Bundesregierung noch ein ganzes Stück reaktionärer und rechtsorientierter sein als ihre Vorgängerin, die das Zerstoren von Resten sozialdemokratischer Politik auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Die Linke ist heute parlamentarisch stärker als zu jeder anderen Zeit in der Geschichte der BRD, an deren Beginn es eine KPD-Fraktion mit Max Reimann, Walter Fisch, Heinz Renner und Fritz Rische im Bundestag gegeben hat. Die 54 Abgeordneten der Linkspartei sind allerdings keineswegs Kommunisten. Ihre Gruppe ist heterogen zusammengesetzt und muß sich erst allmählich finden. Zu ihr gehören so hervorragende Antiimperialisten wie der Hamburger Völkerrechtler Prof. Norman Paech, gleichermaßen aber auch Ulla Jelpke, die einst aus den Reihen der alten PDS-Fraktion dem USA-Präsidenten ein Antikriegsplakat entgegenhielt, und Roland Claus, der sich als PDS-Fraktionsvorsitzender bei Bush für diese mutige Tat zu entschuldigen wagte. Illusionen und übertriebene Erwartungen sind fehl am Platze. Dennoch hoffen wir, daß sich die Linksparlamentarier auf jene fabelhafte Losung besinnen, mit der die PDS am Anfang ihrer Existenz Pflöcke einschlug: Veränderung beginnt mit Opposition!

Was nun das ganze Gezerre um die Merkel-Regierung betrifft, sollte man sich an ein Wort unseres frühen „RotFuchs“-Autors Karl-Eduard von Schnitzler erinnern: „Der Berg kreiße und gebar ein Mäuslein.“

Klaus Steiniger



INHALT

Ein Gespenst geht um in Europa „RotFuchs“ im Gespräch mit Egon Krenz	Seite 2
Wie die Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern ablief	Seite 3
Was ist eigentlich Ausbeutung	Seite 4
Endlich: Kompendium der größten DDR-Fehler	Seite 5
An der Spitze der roten Matrosen: Heinrich Dorrenbach	Seite 6
Mit Renegaten diskutiert man nicht	Seite 7
Auskünfte von Götz Dieckmann	Seite 8
Wohlstandsmüll und Unrat in den Köpfen	Seite 9
Bebel über Führer	Seite 10
Aufgelöst, aber weiter im Visier: die Hauptverwaltung A	Seite 10
Totalitarismuskritik auf sächsischer Regionalgruppe in Teterow	Seite 11
Wie sich der Zeitgeist zu Schnittmengen neu aufgestellt hat	Seite 12
Meine „Lehrzeit“ bei H. S.	Seite 12
Ein Aufruf, der mein Leben veränderte	Seite 13
BRD – Weltspitze in der Kriminalitätsfurcht	Seite 14
Heinrich Hannover wurde 80	Seite 15
Richard Sorge und die chinesische Revolution	Seite 16
Falludscha – das Guernica Iraks	Seite 17
Sturm über dem Baltikum (1918–39)	Seite 18
Gefahr für Belarus	Seite 19
Israels Politik der „atomaren Eindeutigkeit“	Seite 20
Kuba bildete 1600 lateinamerikanische Ärzte aus	Seite 21
Neue Informationen über Chile 11. September	Seite 21
Warum Polens Intelligenz der Bourgeoisie verhaftet ist	Seite 22
Schreckensbotschaften aus Afghanistan	Seite 23
Irans Tudeh-Partei gegen US-Agression und Mullah-Despotie	Seite 24
KPÖ-Marxisten erfolgreich	Seite 25
USA-Gewerkschaftsbewegung auseinandergebrochen	Seite 25
Der Pariser Schriftstellerkongreß 1935	Seite 26
Warum das FBI Albert Einstein ausspionierte	Seite 27
Denunziantentum heute	Seite 27
Ein Bergmann als Literat	Seite 28
Kleine Annotation zu Thomas Mann	Seite 28
Leserbriefe	Seite 29
Anzeigen / Impressum	Seite 29

Das Gespenst geht um

Wach auf, Karl Marx, wach auf!
Denn zum Wählerreigen
erklingen schon wieder
die schluchzenden Geigen,
erklingen schon wieder
die vollen Akkorde
der alten korrupten
Besitzerhorde.

Erklingen schon wieder
zum Wählervergnügen
pikante Histörchen
und uralte Lügen
der Freiheits- und Gleichheits-
und Wohlstandsbewahrer.
Sie kennen den Kleinmut
ängstlicher Sparer.

Sie wollen die Löhne
am liebsten halbieren
und per Volksbefragung
die Armut kaschieren
und alles versprechen
und nichts davon halten,
Profite erhöhen,
Elend verwalten.

Die Gottesparteien,
die schreibende Meute,
die Fernsehverführer
und ähnliche Leute,
sie singen die Lieder
und stellen die Weichen.
Sie singen im Solde
der Superreichen.

Sie singen die Lieder,
sie füllen die Kassen,
sie wissen zu leben
und vornehm zu prassen.
Sie hassen die Linken
und ihre Prognosen,
denn links klingt nach Friedhof,
klingt nach Kolchosen.

Denn links ist vom Übel,
und links sind Gespenster.

Da leuchten die Fahnen
schon rot aus dem Fenster.
Die Linken, die wollen
den Wohlstand verwässern
und mit Marxschen Thesen
Leben verbessern.

Ihr leider verdamnten
bourgeoisen Lärmer,
ihr Tugendapostel
und Aktienschwärmer,
ihr Wohlstandsverkünder
und Fortschrittsspinner,
euer Totengräber
ist der Gewinner.

Gerhard Schmidt

DER SPIEGEL

WOCHENTLICHE ZEITSCHRIFT

Hausmitteilung

22. August 2005



Nach dem Ende der DDR und dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks schien es, als wäre auch die Philosophie von Karl Marx auf immer im Keller der Ideengeschichte verschwunden. Doch seit sich der Kapitalismus ohne ideologisches Gegengewicht nahezu ungehemmt entfalten kann, suchen wieder mehr Menschen nach Alternativen. Fündig werden viele bei dem vor mehr als 120 Jahren verstorbenen Karl Marx. SPIEGEL-Reporterin Barbara Sepp, 46, hat beobachtet, wie Anhänger zum Grab des deutschen Denkers auf dem Friedhof in London-Highgate pilgern und wie die Marx-Bibliothek in der

britischen Hauptstadt ebenfalls wachsendes Interesse registriert. Auch in Deutschland gewinnt der Autor des „Kommunistischen Manifests“ neue Fans, wie ein SPIEGEL-Rechercheteam um Stefan Berg, Konstantin von Hammerstein und Marc Hoyer feststellte. In den neuen Bundesländern profitiert vor allem die Linke PDS von der neo-sozialistischen Stimmung: Dort erleben viele Ex-DDR-Bürger soziale Zumutungen und Einschnitte als Bestätigung dessen, was ihnen früher im Staatsbürgerkundeunterricht als marxistische Erkenntnis über den „menschenverachtenden Kapitalismus“ der BRD beigebracht wurde. Mit einer großen Umfrage hat der SPIEGEL aktuell erkundet, was die Ostdeutschen bewegt, wie sie zur Wiedervereinigung stehen und was sie vom sozialistischen Gedankengut halten. Erstaunliche 73 Prozent (im Westen 50 Prozent) sehen in der Kapitalismuskritik von Karl Marx noch heute einen Sinn.



Sepp am Marx-Grab, Besucherin



Grafik: Karlheinz Effenberger



Reformkoalition

„RotFuchs“ im Gespräch mit Egon Krenz

Genosse Krenz, jahrelang hast Du vor bundesdeutschen und internationalen Gerichten für die Würde der DDR und ihrer Bürger gestritten. Wie lebst Du heute?

Meine Frau und ich leben in Dierhagen, dem Tor zum Fischland. Hier schreibe ich meine Erinnerungen. Häufig bin ich bundesweit unterwegs: Auf Versammlungen, darunter bei Basisorganisationen der PDS oder bei „RotFuchs“-Gruppen. Ich erhalte sehr viel Post. Nur mit Mühe schaffe ich es, sie zu beantworten. Viele Briefschreiber nennen mich ihren Genossen, obwohl ich 1990 aus der PDS ausgeschlossen wurde. Nach meiner Haftentlassung stehe ich unter „Bewahrung“. Laut Bundeszentralregister sind mir „Amtsfähigkeit“ und „Wählbarkeit“ abgesprochen. Zudem ist mir verboten, Jugendliche zu „beschäftigen, auszubilden oder zu unterweisen“. Für mich als Lehrer ist das faktisch ein amtliches Berufsverbot. Von Zeit zu Zeit melden sich auch Justizkassen unterschiedlicher Instanzen, um die hohen Gerichts- und Anwaltskosten einzufordern, die natürlich nicht bezahlbar sind. Auch der Generalbundesanwalt möchte mich noch immer in der Märchensache eines angeblichen „DDR-Killers“ vernehmen. Hinzu kommen ungebetene Besuche von Reportern der Boulevardmedien. Das nervt zwar, wird mich aber auch in Zukunft nicht daran hindern, den notorischen Geschichtsfälschern meine Sicht auf die DDR entgegenzuhalten.

Du bist gerade aus Moskau zurück, aus welchem Anlaß warst Du dort?

Freunde aus Komsomolzeiten hatten mich eingeladen. Darunter die früheren Ersten Sekretäre, die einstigen FDJ-Mitgliedern wahrscheinlich bekannt sind: Tjaschelnikow, Pastuchow und Mischin. Schon während meiner Haft hatten sie das rechtswidrige Urteil moralisch auch auf sich bezogen. „Du sitzt für uns alle“, schrieben sie mir solidarisch in die Zelle. Jetzt konnte ich erleben, wie empört sehr viele Russen immer noch sind, daß die Führung unter Gorbatschow hinter unserm und ihrem Rücken die DDR quasi auf einem Silbertablett an Kohl übergeben hat. Ich habe in Moskau niemanden getroffen, der nicht weiß, daß die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland undenkbar wären ohne den Beitrag, den die DDR in Jahrzehnten für die deutsch-sowjetische Freundschaft geleistet hat.

Welchen Eindruck hast Du vom heutigen Moskau?

Einen besseren, gegenüber meinem Besuch von 1994. Es wird viel gebaut. Man tut eine Menge für Kultur und Sport. Für kapitalistische Verhältnisse gibt es in der Hauptstadt eine beachtenswert niedrige

Arbeitslosenrate. Sie beträgt 0,6 %. Dennoch: Auch in Rußland ist heute das Geld Maß aller Dinge. Wem es fehlt, der lebt in Armut – und das ist die große Mehrheit. In Moskau ist die soziale Lage allerdings günstiger als auf dem flachen Land. Die Erste Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, Ludmila Schwetzowa, auch eine gute Freundin aus Komsomolzeiten, hat mich gründlich informiert über die Bemühungen der Stadtregierung, die scharfen sozialen Widersprüche zugunsten der Ärmsten zu mindern.

Wie hast Du den Einfluß der Kommunisten wahrgenommen?

Die Kommunistische Partei, die parteiinterne Schwierigkeiten überwindet, hat eine starke Basis in der Bevölkerung. Sie steht an der Spitze vieler sozialer Kämpfe, nennt die Widersprüche im Lande beim Namen und ist in den Medien präsent. Der Parteivorsitzende Gennadi Sjuganow informierte mich, daß die KPRF noch in diesem Herbst auf einem Parteitag Bilanz zieht. In der Duma hatte ich eine Begegnung mit Vizepräsident Kupzow und mit dem früheren Vorsitzenden des Obersten Sowjets Lukjanow. Ich gewann den Eindruck, daß sich die russischen Kommunisten bemühen, parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen eng zu verbinden.

Kannst Du etwas über die Positionen Putins sagen?

Er nannte kürzlich den Zusammenbruch der Sowjetunion die „größte global-politische Katastrophe am Ende des 20. Jahrhunderts“. Diese bemerkenswerte Äußerung wurde in deutschen Medien weitgehend unterschlagen. Offensichtlich aus nachvollziehbarem politischem Kalkül. Denn: Wenn der Zusammenbruch der UdSSR eine Katastrophe war, wie verhält es sich dann mit den verbündeten Staaten, einschließlich der DDR? Mir scheint, die Sicht auf die sowjetische Vergangenheit ist heute sachlicher als zu Zeiten Jelzins.

Während Deines Aufenthalts in Moskau war Putin in Deutschland. Wie wurde das dort aufgenommen?

In den Medien wurde ausführlich informiert. Wenn die gemeinsamen ökonomischen Vorhaben dazu beitragen, die Beziehungen zwischen unseren Ländern auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen, ist das gut für Deutschland. Was Putin betrifft, so imponiert mir, wie souverän er mit seiner Vergangenheit als Oberst des KGB umgeht. Dabei war das KGB ja nicht nur das Bruderorgan des MfS. Es war auch dessen Gründer, Pate, Lehrer und ständiger Begleiter. Ein DDR-Deutscher mit der Biographie des russischen Präsidenten hätte bei den hiesigen politischen Verhältnissen nicht einmal die Chance,

bei der öffentlichen Müllabfuhr in Berlin beschäftigt zu werden. Es ist an der Zeit, daß die Regierenden in Deutschland endlich ihr Messen mit zweierlei Maß aufgeben und den Mitarbeitern des MfS zumindest die ihnen zustehende Rente gewähren.

Damit sprichst Du den Umgang mit der DDR-Vergangenheit an. Glaubst Du, daß sich das in absehbarer Zukunft in Deutschland verbessert?

Nein. Es wird eher raffiniert werden. Die politischen „Eliten“ brauchen den Haß auf die DDR. Sie hassen uns nicht wegen unserer Fehler. Die sind ihnen ja willkommen, um uns diffamieren zu können. Sie hassen uns, weil die DDR über Jahrzehnte dem Großkapital und den Großgrundbesitzern den Zugriff auf den deutschen Osten verweigert hat. Das war unser „Kapitalverbrechen“, das sie uns niemals verzeihen.

Woher nimmst Du Deine Überzeugung, daß es keinen Trend zur Objektivität geben wird?

Im Vorfeld des 15. Jahrestages der deutschen Einheit habe ich mir notiert, wie DDR-Bürger von Medien und Politikern noch immer charakterisiert werden. Aus den früheren „Schwestern und Brüdern“ wurden „Jammerliesen“ und „dumme Kälber“, dümmere als die Bayern. Sie wurden durch eine „finstere Diktatur verwahrlost und verproletarisiert“, meucheln sogar ihre Kinder. Durch „Zwangssitzen“ auf dem Nachtopf wurden sie schon im Kindergarten für braune Ideologie anfällig. Durch die SED wurden sie total „verängstigt“, durch die „Stasi“ lernten sie das Töten und Denunzieren, in der Schule wurde ihnen jede „Eigenverantwortung“ ausgetrieben, „Wertevermittlung“ war ausgeschlossen, Individualität kannten sie nicht, in der DDR war alles „kollektiviert“ und „totalitär“. In einem Fernsehfilm über Angela Merkel wurde uns sogar verübelt, daß sie „herabhängende Mundwinkel“ habe. Diese seien als Schutz vor den Lehrern entstanden, vor denen sie verbergen mußte, daß sie Westfernsehen sah. Solche Bosheiten sind keine „Ausrutscher im Wahlkampf“, wie man uns einreden will. Das ist die Denkweise von Antikommunisten. Sie sind zu einem differenzierten Urteil unfähig. Sie können und wollen nicht verstehen, was die DDR wirklich war. Solange sie suggerieren, daß alles Gute und Schöne aus der Altbundesrepublik kommt und DDR-Bürger nur „Schulden und Verbrechen“ in die größere Bundesrepublik eingebracht haben, kann eben schlecht zusammenwachsen, was nach der Vision von Willi Brandt hätte zusammenwachsen sollen.

Interview: Frank Mühlefeldt

Wie die Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern ablief

Am 5. September 1945 unterzeichneten der Präsident der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern Wilhelm Höcker (SPD) und die drei Vizepräsidenten Hans Warnke (KPD), Otto Möller (parteilos) und Gottfried Grünberg (KPD) die Verordnung über die Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern.

Wer waren diese Männer, die das historische Dokument unterschrieben?

Wilhelm Höcker gehörte seit 1911 der SPD an. Von 1920 bis 1932 war er Landtagspräsident in Mecklenburg. Gleichzeitig bekleidete er den Posten eines Amtshauptmanns (Landrats) des Kreises Güstrow. Er verlor beide Funktionen, weil es der Nazipartei in Mecklenburg schon im Sommer 1932 gelang, eine Regierung unter Granzow, einem Busenfreund von Goebbels, zu bilden. Wilhelm Höcker war von 1946 bis 1951 Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Hans Warnke, Mitglied der KPD, war von Beruf Dachdecker. Seit Anfang der 20er Jahre bis 1933 saß er im mecklenburgischen Landtag. Nach dem Machtantritt der Nazis wurde er verhaftet und befand sich mehrere Jahre im Zuchthaus Bützow-Dreibergen. 1945 wurde er zum Vorsitzenden der Landesbodenreformkommission für Mecklenburg-Vorpommern berufen, in der alle antifaschistischen Parteien und Massenorganisationen vertreten waren. Von 1946 bis 1950 war er Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern und ab 1950 Staatssekretär im Innenministerium der DDR.

Otto Möller war Diplomlandwirt. Auf Grund seiner antifaschistischen Einstellung wurde er von der SMAD als Vizepräsident der Landesverwaltung berufen. Er nahm aktiv an der Durchführung der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern

teil. Von 1946 bis 1950 war er dort Landwirtschaftsminister. Er trat in die DBD ein. Ab Anfang der 50er Jahre arbeitete er als Professor an der Universität Rostock.

Gottfried Grünberg, KPD-Mitglied, ging auf Grund der Verfolgung durch die Nazis in die Emigration. Zurückgekehrt, wurde er als Vizepräsident der Landesverwaltung von der SMAD berufen. Sein bleibendes Verdienst ist es, daß er sich vorrangig um Bildung und Kultur auf den Dörfern bemühte.

Die Bodenreform trat mit dem Tag der Unterzeichnung der Verordnung in Kraft. Der 5. September ist für immer als ein Wendepunkt in die Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns eingegangen. Erstmals wurde hier ein Gesetz erlassen, das den Landarbeitern, den werktätigen Bauern und den als Folge des Hitler-Krieges Umgesiedelten diente.

Durch die Verordnung wurde das gesamte im Gesetz angeführte Eigentum der Großgrundbesitzer sowie der Kriegs- und Nazi-verbrecher entschädigungslos eingezogen. Der Besitz der Junker und der staatliche Grundbesitz fielen zunächst einem Bodenfonds zu. In ihn gelangten auch die entsprechenden Gebäude sowie das tote und lebende Inventar. Bis zum Januar 1949 wurden insgesamt 1 044 388 Hektar Boden enteignet und an Landarbeiter, landarme Bauern und Umsiedler aufgeteilt bzw. an verschiedene Institutionen übergeben. Während es vor der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern 56 689 Klein- und Mittelbauern gab, entstanden nun 76 412 völlig neue Wirtschaften. Außerdem erhielten viele Kleinbauern Land und Wald und zahlreiche Mittelbauern Wald. Der Kampf um die Durchführung der Bodenreform erfolgte unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“. Unter ihr sammelte die KPD in Aktionseinheit mit der SPD breite Massen der Landarbeiter sowie der landarmen und landlosen Bauern zur Zerschlagung der Junkerherrschaft. Ende September 1945 begann die Phase der Massenaufteilung der enteigneten Güter. Am 25. September gaben die Landarbeiter von Hohen-Niendorf im Kreis Wismar das Signal. An diesem Tag wurde das erste Junkergut an 30 Landarbeiter und Umsiedler aufgeteilt. Zum ersten Mal in der Geschichte Mecklenburgs und ganz Deutschlands wurde damit ein gesetzlicher Vorgang nicht durch einen bürokratischen Apparat, sondern durch einfache Menschen vollzogen. Wie eine Welle überflutete die Bodenreform jetzt alle Kreise des Landes. Im Oktober 1945 war die Aufteilung der Junkergüter, bis auf Ausnahmen, im wesentlichen abgeschlossen.

In den Dörfern bot sich fast überall das gleiche Bild. Die werktätige Landbevölkerung brachte ihre Freude und Begeisterung in würdigen Veranstaltungen zum Ausdruck. Die Aufteilung der Junkergüter

war aber nicht nur ein feierlicher Akt, sondern zugleich auch ein tiefer Einschnitt im Leben der durch die Bodenreform Begünstigten.

Ihre eigentlichen Träger waren die Landarbeiter und Bauern selbst, die sich in den Bodenreformkommissionen ihre Organe schufen. Diese – durch allgemeine und direkte Wahlen in Bauernversammlungen bestimmt – waren die Garantie für den schnellen, erfolgreichen und im allgemeinen reibungslosen Ablauf der gesamten Operation. Mit Hilfe der Kommissionen verwirklichte die Arbeiterklasse, geführt von der KPD und gemeinsam mit der SPD, ihr Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft. Die kapitalistisch-junkerliche Ordnung auf dem Lande wurde zerschlagen.

In Mecklenburg führten 2267 Gemeindebodenkommissionen mit insgesamt 11 133 Mitgliedern die Aufteilung der Junkergüter durch. Ihre soziale Zusammensetzung war folgende:

Landarbeiter	6467	58,2 %
Landarme Bauern	1073	9,6 %
Umsiedler	2503	22,4 %
Sonstige	1090	9,8 %

Die Zusammensetzung der Bodenreformkommissionen, ihre Teilnahme an der staatlichen Führungstätigkeit und die Einbeziehung breiter Volksmassen zur Vernichtung des Junkertums zeigen das Maß der Teilnahme der Werktätigen an der Durchführung der Umgestaltung. Darum kann auch gesagt werden: Die Bodenreform war eine wirkliche Volksrevolution. Zehntausende Landarbeiter und Bauern führten unmittelbar staatliche Aufgaben durch. Sie erhoben sich aus unterdrückten, ausgebeuteten und entrechteten Menschen zu Wegbereitern eines neuen Staatstyps, den sie durch ihre eigene Tat mit entstehen ließen.

Während vor 1945 der Großgrundbesitzer die zentrale Figur auf dem Dorf war, überwog nun der Klein- und vor allem der Mittelbauer.

Auch durch die intensiven Versuche der früheren Großgrundbesitzer und ihrer Nachkommen, die Rechtmäßigkeit der Bodenreform von 1945 anzufechten, hat sich an deren historischer Bedeutung und Fortexistenz nichts verändert.

Dr. Siegfried Stein

Lilablau

Lilablaue Wölkchen
schweben am Horizont,
lilablaue Wölkchen,
wo meine Seele wohnt.

Doch der Körper, der arme,
wohnt nicht in diesem Reich,
getreten, geschunden, erbarme,
und klapprig ist er zugleich.

Da ist aber auch ein Wille,
der hält noch das Gleichgewicht,
er überbrückt manche Grille
und gibt mir hoffnungsvoll Sicht.

So laß doch den Körper klagen,
da höre ich einfach nicht hin,
ich werd von den Wölkchen getragen,
die für mich lilablau sind.

Lydia Kuhnt

Am **23. November** um **16.00 Uhr**
findet in **Güstrow**,

Gaststätte „Kaminfeuer“ in der
Bistede, eine Veranstaltung mit
„RotFuchs“-Chefredakteur
Dr. Klaus Steiniger statt.

Er liest aus seinem Buch

Bei Winston und Cunhal
und stellt sich den Fragen der Leser.
Anschließend wird über die Gründung
einer Regionalgruppe diskutiert.

Neulich hatte ich eine Unterhaltung mit einem jungen „RotFuchs“-Leser. Er fragte nach unseren Artikeln über Klassen und Klassenkampf schlicht und einfach: Was ist eigentlich Ausbeutung?

Man muß wissen: Er gehörte zu den Schulabgängern, die trotz guter Zeugnisse keine normale Lehrstelle bekamen; das Arbeitsamt ließ ihn zum Baufacharbeiter ausbilden und dann als „Praktikanten“ drei Monate in einem Supermarkt Kisten stapeln. Als die Zeit um war, holte man sich dort einen neuen kostenlosen Praktikanten; er leistete seinen Zivildienst in einem Pflegeheim. Den rechnete ihm das Amt als Arbeitslosigkeit an. Jetzt bekommt er das „ALG 2“ bzw. geht er für 1,50 Euro die Stunde als Märchenerzähler in eine Kita. Seine Freundin, als Porzellanmalerin in der Preußischen Manufaktur gut ausgebildet, versucht

Feudalherren, Arbeiter und Kapitalisten – Klassen und Klassegegensätze. Klassen sind „Gruppen von Menschen, von denen die einen sich ständig die Arbeit der anderen aneignen können, wo der eine den anderen ausbeutet“, sagt Lenin. (LW 29/465) Ausbeutung ist also ein Klassenverhältnis und gebunden an das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Natürlich würden unser Leser und seine Freundin lieber „normal“ arbeiten. Aber er besitzt weder Gerüste noch Baumaschinen oder -fahrzeuge und sie keine Manufaktur; sie sind angewiesen auf den Arbeitskräfte-Bedarf von prosperierenden Unternehmen, in denen sie „normal“ ausgebeutet werden könnten; das würden sie mit sich geschehen lassen – nicht aus Vergnügen, sondern weil die Produktionsmittel eben nicht in den Händen der Arbeitenden sind. Das hatte

Verzinsung des eingesetzten Kapitals, Risikoprämie usw. – berechnet wird. In einer GmbH oder Aktiengesellschaft rechnen die Gehälter der Geschäftsführung sogar zu den Personalkosten, z. B. das Jahresgehalt des Chefs der Berliner Verkehrsbetriebe von 300000 € plus Erfolgshonorar von 30 %, wenn die „Sanierungsziele“ erreicht werden, also wenn, wie in diesem Jahr, die Löhne der Busfahrer gekürzt, U-Bahn-Personal entlassen, Straßenbahnlinien ausgedünnt und die Fahrpreise erhöht werden. Die Profite dienen teils der Erweiterung der Unternehmen, teils werden sie anteilig an die Kapitalgeber ausgezahlt. Immer höhere Summen fließen heute auf beiden Wegen in die Börsenspekulation, eine von der eigentlichen Produktion weitestgehend abgekoppelte Seifenblase, die jederzeit platzen kann. Der Wert der Betriebe wird als „shareholder value“ berechnet. Gemeint ist der vermeintliche Preis, den die Großaktionäre – die „Heuschrecken“ des Franz Müntefering – für das Unternehmen bzw. seine Aktien zu zahlen bereit wären. Dieser Preis steigt in dem Maße, wie die Mitarbeiterzahl abgebaut wird, Lohnstückkosten gesenkt werden, die Arbeitshetze erhöht wird. Ausbeutung ist nicht nur schwere körperliche, lang andauernde Arbeit; ihr Grad ist zu messen am Verhältnis der notwendigen – für die immer erneute Reproduktion der Arbeitskraft erforderlichen – Arbeit und der Mehrarbeit. Er steigt sowohl durch die heute von den Unternehmerverbänden wieder geforderte und oft bereits durchgesetzte Arbeitszeitverlängerung als auch durch die Verringerung des Anteils der notwendigen Arbeit für ein Produkt bei Anwendung moderner Technik und bei höherer Arbeitsintensität. Ausgebeutet wird jeder, der darauf angewiesen ist, seine Arbeitskraft den Eigentümern der Produktionsmittel zu verkaufen. Das gilt auch, wenn er arbeitslos ist, denn nicht nur der Fabrikbesitzer, auch der Hauseigentümer fällt mit der Mietforderung, die Bank mit Kreditzinsen, die Versicherung mit ihren Prämien, Groß- und Einzelhandelsketten, Verkehrs- und Energie-, Wasser- und Abwasserunternehmen, Müllabfuhr, Telekom und viele andere mit ihren Gewinnspannen und der Staat mit direkten und indirekten Steuern über ihn her.

2004 wuchsen die Einkünfte der Unternehmer und der Vermögenden im Vergleich zum Vorjahr um 11 % und damit stärker als seit zwei Jahrzehnten. Das Wachstum der Arbeitseinkünfte war trotz zunehmender Arbeitsproduktivität und steigender Verbraucherpreise gleich null, millionenfach wurde Lohnzicht erzwungen. Der Berufsverband des Deutschen Groß- und Außenhandels spricht von kräftig fallenden Lohnkosten. „Noch nie haben die Unternehmer an ihren Beschäftigten so viel Geld verdient.“ (ver.di Publik 03/2005)

Um die Ausbeutung abzuschaffen, muß ihre Ursache, muß das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln beseitigt werden. **Dr. Ernst Heinz**

Was ist eigentlich Ausbeutung?

sich als „Ich-AG“ und braucht nichts so sehr wie Kunden, die von ihr kunstvoll bemalte Sammeltassen kaufen. Manche Schreiberlinge bezeichnen so etwas heute als „Selbstaussbeutung“, und ein gewisser Heribert Prantl läßt uns in seinem Werk „Kein schöner Land“ (München 2005) wissen: „Ausbeutung war gestern; Entlassung ist heute. So mancher Entlassene wäre lieber ausgebeutet.“ (ND 11. 3. 05)

Ja, was ist denn nun Ausbeutung? Der Duden sagt: Ausnutzung. Verwiesen wird auf den Wort-Ursprung – Beute als Fang oder Gewinn bei der Jagd oder im Krieg; „beuten“ komme von „bieten“, etwas zum Tausch anbieten, um dafür etwas anderes zu „erbeuten“... Ja und nein. Nein, weil es hier keineswegs um einen freiwilligen Tausch geht. Ja in dem Sinne, daß der, der nichts anderes zu bieten hat als seine Arbeitskraft, um Mittel zum Leben zu erwerben, Muskel, Hirn und Nerv dem anbietet, der sie gebrauchen kann. Das funktioniert, weil die Nutzung der Arbeitskraft unter anderem den Einsatz von Arbeitsmitteln verlangt, welche der „Anbieter“ der Arbeitskraft nicht besitzt; sie befinden sich in der Hand des anderen, der sie aber nur durch den Einsatz von lebendiger Arbeit nutzen kann – das gilt auch im Zeitalter der Computer. Das ist so, seitdem die Menschen durch Verwendung von Werkzeugen die Fähigkeit erwarben, mehr herzustellen, als sie für sich persönlich benötigen, und damit in der Lage sind, andere mit zu ernähren und nicht nur Alte, Kranke und Kinder, sondern eben auch die, die Grund und Boden, Werkzeuge und Maschinen ihr eigen nennen. Die Geschichte kennt Sklaven und Sklavenhalter, Leibeigene und

es in deutschen Landen bisher nur in der DDR gegeben.

Ausbeutung beruht immer auf Zwang, heute in unseren Breitengraden vorwiegend auf ökonomischem Zwang. Die menschliche Arbeitskraft ist im Kapitalismus eine Ware, ihr Gebrauchswert besteht in der Fähigkeit, Nützliches herzustellen, was Bedürfnisse anderer befriedigt, die bereit und in der Lage sind, dafür zu bezahlen. Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt durch die Kosten der zu ihrer Reproduktion erforderlichen Mittel. Da der Mensch fähig ist, mehr Werte zu schaffen, als er zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft benötigt, entsteht ein Mehrprodukt – im Kapitalismus der Mehrwert, den sich die Besitzer der Produktionsmittel aneignen. Der Preis der Arbeitskraft ist der Lohn, und der schwankt – wie der Preis anderer Waren – je nach Angebot und Nachfrage; bei Überangebot – also bei hoher Arbeitslosigkeit – sinken die Löhne. Genau dieser Zustand ist für das Kapital wünschenswert. Deshalb ist es eine unerhörte Demagogie, wenn die bürgerlichen Parteien heute die Erwerbslosigkeit beklagen und sich gegenseitig beschuldigen, sie zu verursachen.

Aber, so wird gesagt, der Unternehmer muß doch Gewinn machen, er muß doch Immobilien, Arbeitsmittel, Rohstoffe und Vorprodukte kaufen, er muß selber leben können, schließlich ist auch die Leitung des Betriebes mit Arbeit verbunden, und das Geschäftsrisiko trägt er ebenfalls. Dazu muß man wissen, daß in der Kalkulation der Unternehmen der Gewinn erst nach Abzug aller Kosten – einschließlich Anlagenverschleiß, Unternehmerlohn,

SPOTLESS muß „RotFuchs“-Lesern nicht vorgestellt werden. In diesen Tagen präsentierte der Berliner Kleinverlag ein Taschenbuch, das schon bei seiner Premiere am Tag des Gedenkens auf dem Marx-Engels-Forum so viel Käufer fand, daß Nachschub aus dem Lager herangefahren werden mußte. Es war bereits der Titel – „Das große Buch der DDR-Fehler“ – der enorme Anziehungskraft hatte. Der zweite Anreizfaktor könnte der Umfang gewesen sein: 96 Seiten. Sollten sich darauf alle „Fehler“ der DDR unterbringen lassen, da doch seit 15 Jahren die bürgerlichen Medien pausenlos neue hervorkramen? Der Autor, Justus von Denkmann, brachte den Mut auf, in seine einführende Kollektion von „allgemeinen Fehlern, die schon vor der Gründung der DDR begangen wurden“, ein Leninzitat aufzunehmen: „Mag die

Expertengruppe unter Leitung von Prof. Dr. Dr. Anton Lapsus und Prof. Winfried Schnitzer betonte in ihrer Abschlußanalyse, daß die nunmehr aufgelisteten Fehler noch immer nur als vorläufiges Ergebnis betrachtet werden können. „Die Untersuchung ergab, daß die DDR so ungefähr alles falsch gemacht hatte, was falsch zu machen war. Trotz umfassender Studien kämen stündlich neue Fehler ans Tageslicht.“

Die von den Experten erarbeitete Analyse beginnt mit der Feststellung: „Die DDR blieb – aus heutiger Sicht betrachtet – immer nur ein Versuch. (Um allen zu erwartenden Protesten zuvorzukommen: ein komplett mißlungener ... A. d. A.)“ In der Präambel werden die Thesen zitiert, die der erste Ministerpräsident der DDR, der Sozialdemokrat Otto Grotewohl

und „Dokumente“ vorwiesen, vermochten keinen fundierten Beweis dafür zu liefern, daß schon der „Versuch DDR“ als kriminelle Straftat zu bewerten wäre. Das erschwerte die Analyse, weil eine Bejahung dieses Tatbestandes auch als Beweis dafür hätte gewertet werden können, daß jeder Schritt der DDR von vornherein nicht nur ein Fehler war, sondern obendrein auch strafrechtlich hätte verfolgt werden müssen.

So blieben der Expertenkommission nur die Fakten und Zahlen, die die Bemühungen lieferten, nach 1990 die „Regierungskriminalität“ in der DDR zu ahnden. Die Kommission nahm die Ergebnisse dieser Verfolgung mit einiger Überraschung zur Kenntnis. Allein aus dem Bundesland Nordrhein-Westfalen waren 451 Richter und Staatsanwälte und 1477 „nichtrichterliche Mitarbeiter“ in das „neue Bundesland“ Brandenburg entsandt worden, um zum Delikt „Regierungskriminalität“ zu ermitteln. International erfahrene Rechtskenner bestätigten, daß nie zuvor in der Welt eine juristische „Sonderkommission“ von solchem Ausmaß gebildet worden war. Dennoch fiel das Resümee ernüchternd aus: Auf dem Gebiet aller fünf „neuen Bundesländer“ wurden von 1991 bis 1996 insgesamt 705 Anklagen wegen Justizunrechts und Rechtsbeugung erhoben. Alles in allem wurden 2 (in Worten: zwei) Angeklagte rechtskräftig verurteilt. Die Expertengruppe fand im Zeitraum zwischen 1949 und 1990 keinerlei Hinweise, die darauf schließen ließen, daß sich das mit dem zwar oberflächlichen, aber allgemeinverständlichen Begriff Kapitalismus umschriebene BRD-System je mit dem DDR-System abgefunden hatte. Zwar stieß die Kommission auf einige überraschende Zeugnisse, wie zum Beispiel die Reden, die beim Besuch des SED-Generalsekretärs Honecker 1986 in der BRD von den führenden Politikern aller Parteien gehalten wurden, kam aber bei weiteren Untersuchungen zu dem Schluß, daß es sich dabei um eine große Gaukelei gehandelt hatte, die der damaligen politischen Weltlage geschuldet war.

So ist schon einleitend festzustellen, daß die politischen Kräfte in der DDR vom Beginn der Existenz dieses Staates an Fehler begingen, die weniger irrigen Überlegungen entsprangen als der Tatsache, daß ein antikapitalistisches System logischerweise wenig Chancen haben konnte, die Sympathie oder gar die Kooperation eines kapitalistischen Systems zu erlangen.

Wer dies als Fehler betrachtet, würde von der falschen Voraussetzung ausgehen, daß die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausgerechnet die Sympathie der Ausbeutenden finden könnte. Die Kommission konstatierte, daß damit der gravierendste DDR-Fehler bereits gefunden worden war.

Die Formel, die der DDR Erfolg gesichert hätte, lautet: Verzicht auf Ärger mit dem Konzernchef Krupp und auf jegliche Machtzuweisung an den Arbeiter Krause! Da man davon absah, hatte man die ständigen Fehler bereits programmiert ...

Dr. Klaus Huhn

Endlich: Kompendium der größten DDR-Fehler

korrupte bürgerliche Presse jeden Fehler, den unsere Revolution begeht, in die Welt hinausposaunen. Wir fürchten unsere Fehler nicht. Mit dem Ausbruch der Revolution sind die Menschen nicht zu Heiligen geworden. Jahrhundertlang unterdrückt und eingeschüchtert, niedergehalten in Not, Unwissenheit und Verwilderung, können die werktätigen Klassen die Revolution nicht durchführen, ohne Fehler zu machen“, und fügte dem noch das Tucholsky-Wort hinzu: „Man fällt nicht über seine Fehler. Man fällt immer über seine Feinde, die diese Fehler ausnutzen.“

Das Taschenbuch beginnt mit der Feststellung: „Es wurde höchste Zeit, eine wenigstens skizzenhafte Sammlung der Fehler herauszubringen, die der DDR den Untergang bescherten. Tagein tagaus wird dieses Thema in Schlagzeilen und an Stammtischen erörtert. Man redet rund um die Uhr darüber, gerät in Streit, nominiert Schuldige, aber die Dispute stranden meist in Uferlosigkeit, auch weil bislang niemand ein Buch aus der Tasche holen und nachschlagen konnte, ob irgendwo ein Fehler vergessen worden sein könnte. Es gab nur den ‚Sicherheitsriegel‘, dessen sich jeder erinnerte, der auf die riskante Idee kam, Positives über die DDR zu äußern: bei allen Fehlern der DDR ...“

Die nächste Frage war für den Autor: Wo findet man kompetente DDR-Fehlerexperten? Es blieb am Ende nur der Weg zu dem in Fabelberg ansässigen Welt-Institut der Makelforschung an Resultaten organisierter DDR-Enttäuschungen (MARODE). Die dort mit einer Analyse beauftragte

(1894–1964), anlässlich der Gründung der DDR verkündet hatte: „Damit verwirklichen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der SED das nationale Selbstbestimmungsrecht und erfüllen in einem Teil Deutschlands die geschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert: einen friedliebenden und demokratischen Staat zu begründen, in dem Imperialismus und Militarismus ausgerottet und damit die Wurzeln des Faschismus, des Krieges und der Ideologie des Rassenhasses, des Revanchismus und Chauvinismus beseitigt werden.“

Die Experten befanden es im Jahr 2005 als von vornherein aussichtslos, ausgerechnet auf deutschem Boden derlei Absichten realisieren zu wollen: „Solche Vorhaben waren angesichts aller Erfahrungen der deutschen Geschichte als völlig aussichtslos zu explizieren. Illusionen waren zu möglichen Realitäten erklärt worden.“

Die Expertengruppe bezeichnet schon die Enteignung der DDR-Vorläufer als krasen politischen Fehlstart, der später nicht mehr zu korrigieren war. Dies gelte auch für die Realisierung der Volksabstimmung in Sachsen am 30. Juni 1946, als von 3 676 441 Abstimmungsberechtigten 3 459 658 darüber befanden, ob Kriegs- und Naziverbrecher entschädigungslos zu enteignen wären. 2 683 401 (das waren 77,62 %) votierten dafür und 571 600 (16,56 %) dagegen.

Nächste Feststellung: Selbst Wissenschaftler, die sich als Historiker ausgaben



An der Spitze der roten Matrosen: Heinrich Dorrenbach

Die in Kiel stationierten Matrosen der kaiserlichen Kriegsmarine sind die ersten, die am 3. November 1918 dem Deutschen Reich Wilhelms II. den Gehorsam verweigern. Sie reißen auf den Schiffen die Kriegsflaggen herunter und hissen rote Fahnen. Sie fordern die sofortige Beendigung des Krieges, den Sturz der Hohenzollernherrschaft, die Freilassung aller politischen Gefangenen. Von Kiel breitet sich die Revolution in Windeseile über ganz Deutschland aus.

Überall bilden sich nach dem Vorbild Sowjetrußlands Arbeiter- und Soldatenräte und übernehmen die Macht. In Berlin treten am 9. November Hunderttausende in den Generalstreik, besetzen das Polizeipräsidium, das Rathaus und weitere wichtige Punkte der Stadt. Am Nachmittag ruft Karl Liebknecht vom Balkon des Schlosses die „Sozialistische Republik Deutschland“ aus.

Die revolutionäre Erhebung des Volkes fegt Wilhelm II. und seine Regierung hinweg. Doch die herrschenden Kapitalisten und Junker sind nicht bereit, ihre Macht aufzugeben. In einer Gruppe rechter Führer der SPD und der USPD, die sich „Rat der Volksbeauftragten“ nennt, sehen sie das geeignete Instrument, die Wut der Arbeiter, Bauern und Soldaten in eine ihnen genehme Bahn zu lenken. Notfalls soll die Revolution in Blut erstickt werden. Dafür eignen sich besonders der zum neuen Reichskanzler ernannte Friedrich Ebert und dessen Parteigenosse Gustav Noske. Er „hasse die Revolution wie die Sünde“, erklärt Ebert. Und Noske übernimmt mit den Worten „Einer muß der Bluthund werden“ den Oberbefehl über die konterrevolutionären Truppen.

Karl Liebknecht weiß, daß die Revolution nur siegen kann, wenn sie sich auch verteidigt. Deshalb unterstützt er aktiv das Vorhaben, eine bewaffnete Formation zu deren Schutz zu bilden. Sie soll aus Matrosen, also militärisch erfahrenen Männern, bestehen. Liebknecht beauftragt seinen Kampfgefährten Heinrich Dorrenbach, diese „Rote Garde“ zu organisieren.

Obwohl er erst 30 Jahre alt ist, hat er schon ein bewegtes Leben hinter sich. Am 18. Februar 1888 in Neuss am Rhein als ältestes von sieben Kindern eines Sattlermeisters geboren, soll er Geistlicher werden. Aber der Junge verspürt dazu keine Lust. So schlägt er sich nach der Schulzeit mit Hilfsarbeiten durch. 1910 tritt er der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. 1914 meldet er sich freiwillig zum Kriegseinsatz. Schon im November wird er mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und im folgenden Jahr zum Leutnant ernannt. Nach vier schweren Verwundungen ist er zum weiteren Fronteinsatz untauglich, man setzt ihn als Gerichtsoffizier ein. Doch das, was er im Schützengraben erlebt hat, läßt ihn den Krieg mit anderen Augen betrachten. So nutzt er seine neue Dienststellung, um angeklagten Kameraden zu helfen, ihnen das Leben zu retten. Gleichzeitig beginnt er, offen gegen den Krieg aufzutreten. Einem deshalb gegen ihn angestrebten Verfahren vor dem Kriegsgericht entgeht er, indem er sich an die rumänisch-russische Front versetzen läßt, wo er erneut verwundet wird. Schließlich wird die Militärjustiz doch seiner habhaft. Wegen angeblicher Fahnenflucht verurteilt ihn ein Tribunal 1917 zu Gefängnis und zur Degradierung zum einfachen Soldaten. In dieser Zeit findet er Zugang zu Aufklärungsmaterial der Spartakusgruppe, das ihn zum Revolutionär werden läßt.

Mit dem Auftrag Liebknechts macht sich Heinrich Dorrenbach unverzüglich an die Arbeit. Er beruft für den 11. November eine Matrosenversammlung ein, zu der zahlreiche Blaujacken erscheinen. Anschließend marschiert er mit ihnen durch die Stadt, um weitere Matrosen zu veranlassen, sich einzureihen. Am Nachmittag kommen fast 600 Mann im Marstall auf der Schloßinsel zusammen. Dorrenbach spricht, erläutert die Notwendigkeit, eine bewaffnete revolutionäre Truppe aufzustellen, die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, der zum linken Flügel der USPD gehört, zur Verfügung stehen soll. Die Versammlungsteilnehmer wählen einen Marinerat aus fünfzehn Mitgliedern. Zum Kommandeur der Einheit, die sie Volksmarinedivision nennen, bestimmen sie den Obermaat Paul Wieczorek. Heinrich Dorrenbach ist für alle Verlautbarungen der Truppe verantwortlich. In den folgenden Tagen bewaffnen sich die Matrosen und beziehen Quartier im Marstall. Die Mannschaftsstärke der Einheit nimmt ständig zu, so daß ihr Ende November 3200 Mann angehören. Wachkommandos und Straßenpatrouillen versehen täglich Dienst.

Der Konterrevolution stehen die blau gekleideten Kämpfer im Wege, aber noch kann sie nicht massiv gegen die Volksmarinedivision vorgehen. Ein als einfacher Matrose getarnter Kapitänleutnant Brettschneider verschafft sich Zutritt zum Marstall und erschießt am 14. November Paul Wieczorek. Zwei Schüsse, die Dorrenbach treffen sollen, verfehlen ihr Ziel. Die Führung der Division wird jetzt einem Fünferausschuß übertragen, dem Dorrenbach als Verantwortlicher für Aufklärungs-, Agitations- und Pressearbeit angehört.

Am 10. Dezember läßt der „Rat der Volksbeauftragten“ schwer bewaffnete Truppen in Berlin einmarschieren. Es beginnt eine zügellose Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die „Liebknechtgarde“. Gleichzeitig sperrt man ihnen den Sold, eine üble Provokation. Ebert und seine Clique beschließen, die Division mit Waffengewalt zu beseitigen. Als günstiger Termin dafür erscheint der 24. Dezember, der Weihnachtstag. Im Marstall und im Stadtschloß halten sich nur an die hundert Mann auf. Alle anderen befinden sich im Festtagsurlaub. Die Weißen bringen Geschütze und Granatwerfer in Stellung. 2000 Mann schwer bewaffnete Sturmtruppen stehen bereit. Sie schicken einen Parlamentär vor. Die Matrosen sollen die Waffen strecken. Verhandlungsführer der Division ist Heinrich Dorrenbach. Er berät sich mit seinen Kameraden, dann lehnt er das Ultimatum ab. Der Angriff beginnt. Der fronterfahrene ehemalige Offizier organisiert mit Entschlußkraft und Übersicht die Verteidigung. Da kommen Berliner Arbeiter den roten Matrosen in Massen zu Hilfe und verjagen die Feinde der Revolution.

Haß und Wut der Konterrevolutionäre auf die Matrosen und ihre Führer kennen keine Grenzen. Nachdem es ihnen gelungen ist, die Volksmarinedivision durch falsche Versprechen aufzulösen, lassen sie am 11. März 30 Kämpfer ohne Gerichts Urteil erschießen. Sie jagen Heinrich Dorrenbach, der sich der am 30. Dezember 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands angeschlossen hat. Der geht unter falschem Namen zuerst nach Kiel, wieder zurück nach Berlin, dann nach Posen, Braunschweig, Gotha und Eisenach. Hier gelingt es den Häschern, ihn zu verhaften. Sie bringen ihn nach Berlin, wo ihn ein Polizeiwachtmeister, der schon am 10. März den Mitbegründer der KPD Leo Jogiches ermordet hat, hinterrücks niederschießt. Am 18. Mai 1919 erliegt Heinrich Dorrenbach in der Charité seinen Verletzungen.

Günter Freyer

Eigentlich tut man einem Menschen, der sich als einer der größten Renegaten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entpuppte und sich als perfider Antikommunist betätigte, zu viel Ehre an, wenn im „RotFuchs“ gleich mehrere Male über ihn geschrieben wird. Gerechtfertigt ist dies aber insofern, als Wolfgang Leonhard, um den es hier geht, in Deutschland und anderswo immer noch sein Unwesen treibt, Vorträge hält, öffentlich Diskussionen führt, Artikel schreibt, Interviews gibt usw. Selbst meine Sozialistische Tageszeitung – „Neues Deutschland“ – widmete ihm in ihrer Ausgabe vom 30. 4./ 1. 5. einen freundlichen Artikel auf der bedeutenden SEITE DREI mit einem großen Konterfei. Aber auch Lothar Bisky tat diesem Herrn die Ehre an, in der Redaktion der Hamburger „Zeit“ eine Diskussion mit

und vor allem der Herstellung der Arbeitereinheit. Leonhard aber litt am Stalinismus und setzte sich 1949 – ohne jeglichen äußeren Anlaß – auf abenteuerliche Weise ganz plötzlich und mitten aus seiner Arbeit heraus über Jugoslawien nach Westen ab – in die BRD, um 1956 in die USA weiterzureisen, wo er dann 21 Jahre (1966 bis 1987) an der Yale-Universität, sicher für viele Dollars, antikommunistische, vor allem antisowjetische Vorlesungen hielt. Aber er beließ es nicht beim Antisowjetismus, auch die DDR wurde von ihm verleumdet, und dies sogar, als es sie schon nicht mehr gab. 1995 veröffentlichte er im „Deutschland-Archiv“ einen Artikel unter der Überschrift „Die unbekannteren Klassiker Marx und Engels in der DDR“, in dem er unter 16 Punkten insgesamt 67 Zitate von Marx und Engels aufführte, die in der

Ich bekam sie umgehend. Zwar waren alle fünf sehr höflich und urteilten, wie es sich für einen Wissenschaftler gehört, sehr differenziert. Sie stellten beispielsweise fest, daß es verdienstvoll sei, „... daß sich Wolfgang Leonhard entgegen dem Zeitgeist (1995, H. L.) wichtiger Aussagen von Marx und Engels annimmt, die beim erneuten Studium frisch und unverbraucht erscheinen und so auf ihre Weise verdeutlichen, daß uns die Klassiker auch heute noch etwas zu sagen haben“. (E. Weckesser) Ein anderer konzidierte „... daß im Rahmen der parteilichen Massenschulung vor allem jene Aussagen von Marx und Engels zitiert und hervorgehoben wurden, die zum jeweiligen Thema paßten und es ‚theoretisch abstützen‘“ (H. Steußloff) – wobei letzteres ja keineswegs falsch sein muß.

Aber in der Sache selbst waren die Urteile geradezu vernichtend. So lautete, durch Beispiele belegt, eine Äußerung, Leonhard habe „schlampig recherchiert“ mit dem Ziel, das „philosophische Denken in der DDR pauschal abzuwerten“, und „es hätte mich gereizt zu wetten, daß für Ihre 60 Äußerungen von Marx und Engels, die angeblich in der DDR verdrängt wurden, 600 Belegstellen nachgewiesen werden können“. (E. Luther) Und: Leonhards Behauptungen ordnen sich nahtlos in die hinreichend bekannte „Verteufelung der DDR“ (H. Luft) ein.

Um nun aber nicht im Allgemeinen zu bleiben, will ich für Leonhards Vorgehen ein konkretes Beispiel nennen:

Seine Verteufelung der DDR geht zum Teil so weit, daß er deren Bürger verleumdet. Unter der Überschrift „Ist Freiheit wirklich nur ‚Einsicht in die Notwendigkeit‘?“ macht er nachfolgend seine Frage dann zur Behauptung: „Es wurde (in der DDR, H. L.) stets behauptet, Freiheit sei ‚Einsicht in die Notwendigkeit‘ – eine griffige Formulierung, um die Unterordnung der Bürger unter das System zu rechtfertigen.“

Der letzte Teil des Satzes macht deutlich, um was es Leonhard wesentlich geht – um die Diffamierung der DDR.

Bekannt war in der DDR durchaus, daß die „Einsicht in die Notwendigkeit“ von Hegel stammt, auf der Engels seine Freiheitsdefinition aufbaute, weiterentwickelte und materialistisch interpretierte. Sie ist überall nachzulesen: „Freiheit besteht ... in der auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten gegründeten Herrschaft über uns selbst und über die äußere Natur; sie ist damit notwendig ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung.“ (F. Engels, Anti-Dühring) Leonhard aber selbst ist nicht einmal in der Lage, die Definition von Engels exakt wiederzugeben, sondern reduziert sie auf die „Freiheit des Willens“.

Schließlich führt G. Winter (der Fünfte im Bunde) das, was Leonhard zu Religion und Atheismus schreibt, nachdrücklich ad absurdum.

Ich hatte diese fünf Artikel an Leonhard geschickt, aber natürlich nie eine Antwort bekommen. **Prof. Dr. Hans Lutter**

Mit Renegaten diskutiert man nicht!

ihm zu führen – was für mich unverständlich ist: Mit Renegaten und Verrätern diskutiert man nicht!

Mit seiner Mutter floh Leonhard 1935 über Schweden in die Sowjetunion. Dort erhielten sie 10 Jahre Asyl und Schutz vor den deutschen Faschisten. Es war gewiß eine schwere Zeit. Die zweite Hälfte der dreißiger Jahre war nicht zuletzt von den bekannten Repressalien belastet. Dann kamen die furchtbaren Jahre des Krieges, die von den Menschen in der Sowjetunion viele Opfer und Entbehrungen forderten. Aber Wolfgang Leonhard genoß Privilegien. Er konnte mehrere Schulen besuchen, so die Komintern-Schule für ausländische Kommunisten, wurde schließlich Komsomolfunktionär und Kommunist und trat dem NKFD bei. Seine Privilegierung äußerte sich schließlich in dem großen Vertrauen, das ihm die deutschen Kommunisten entgegenbrachten, weshalb er als Jüngster noch vor Kriegsende mit der „Gruppe Ulbricht“ nach Deutschland zurückkehren durfte. Er war dann Mitarbeiter im PV und Lehrer an der Parteihochschule.

Ich erinnere mich gut an die ersten Jahre nach Kriegsende. Die Bevölkerung litt unter Hunger und Obdachlosigkeit. Es gab verbreitet Kriminalität, Schwarzhandel und Ungerechtigkeiten verschiedenster Art – als Nachwirkungen des Krieges. Solche Erscheinungen charakterisierten diese Epoche jedoch nicht, sondern es waren vor allem Jahre des Aufbruchs und der Hoffnung, der Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, der Enttarnung der Nazis und Kriegsverbrecher, der Bodenreform, der Bildungsreform

DDR „unbekannt“ geblieben sein sollten. Als ich das las, trieb es mir die Zornesröte ins Gesicht, hatte ich mich doch seit 1947 lernend mit dem Marxismus beschäftigt, um ihn dann später über drei Jahrzehnte hinweg zu lehren. Ich wußte also sehr gut, was in der DDR über die Klassiker bekannt war. Natürlich war der Bekanntheitsgrad unter der Bevölkerung unterschiedlich. Es gab Menschen, die sich niemals oder nur sehr wenig mit der marxistischen Theorie befaßt hatten, sowie Bürger, die in den Schulen und Zirkeln einiges mehr erfahren hatten, bis zu jenen, die lehrend tätig waren, sich also quasi von Berufs wegen sehr intensiv mit dem Marxismus beschäftigten. Grundsätzlich war diese Behauptung Leonhards natürlich anmaßend und arrogant. Wer solch ein Urteil fällen will, muß ja doch die Lehrbücher, Lehrbriefe, Wörterbücher, Vorlesungen usw. genau gekannt haben. Wer kann so etwas schon von sich behaupten? Leonhard – wie nachfolgend darzustellen – jedenfalls nicht!

Ich war in jener Zeit verantwortlicher Redakteur der „Berliner Dialoghefte“ und beschloß, diesen Herrn einmal „vorzuführen“. Ich fragte an, ob er damit einverstanden sei, wenn ich seinen Artikel in unsere Zeitschrift übernehme. Es wurde mir gestattet, und ich veröffentlichte ihn wortgetreu und ohne Kommentar. Ich bat dann fünf bekannte DDR-Wissenschaftler – zwei Philosophen, einen Ökonomen, einen Ethiker und einen Religionswissenschaftler, Professoren, die alle jahrzehntlang den Marxismus studiert und gelehrt hatten, um eine Meinungsäußerung zu Leonhards Artikel.

Prof. Dr. Götz Dieckmann war der letzte Rektor der Parteihochschule der SED. Er wurde demokratisch in dieses Amt gewählt. Prof. Dr. Harry Milke, sein einstiger Mitstreiter, hat ihn jetzt für den RF interviewt.

Es ist bekannt, daß Du schon als Student der Humboldt-Universität für den bekanntesten DDR-Rechtsanwalt und Publizisten Friedrich Karl Kaul gearbeitet hast. Auf welche Weise geschah das?

Nach Abitur und zweijähriger Armeezeit habe ich von 1961 bis 1968 an der Berliner Humboldt-Universität Geschichte und Kunstgeschichte studiert und als erster Forschungsstudent der DDR mit einer Dissertation über das Konzentrationslager Dora bei Nordhausen promoviert. Das war das berühmte „V-Waffen-KZ“. Mein Doktorvater war Prof. Dr. Walter Bartel, der frühere Vorsitzende des illegalen Internationalen Lagerkomitees im KZ Buchenwald und spätere Sekretär Wilhelm Piecks. Er hat mich im Herbstsemester 1963 gefragt, ob es möglich sei, engagierte Kommilitonen zur Bildung einer studentischen Forschungsgemeinschaft KZ Dora zu gewinnen. Das war zunächst ein Nebenlager von Buchenwald gewesen. Dort wurde Albert Kuntz ermordet, der Vorgänger Walter Bartels an der Spitze der illegalen Buchenwalder Parteiorganisation der KPD. Im Herbst 1967 hatte ich gerade den Entwurf meiner Dissertationsschrift fertig, als in der BRD vor dem Schwurgericht beim Landgericht Essen ein Prozeß gegen drei SS-Mörder des Lagers Dora-Mittelbau eröffnet wurde. Prof. Dr. Kaul vertrat Nebenkläger aus der DDR und anderen sozialistischen Ländern. Da lag es nahe, die frischen Forschungsergebnisse zur Geschichte dieses Lagers zu nutzen. So wurden Laurenz Demps, der an seiner Dissertation über die V-Waffen saß, und ich Assistenten Prof. Kauls in diesem Prozeß. Ich habe den Genossen Kaul also in intensiver Zusammenarbeit kennengelernt. Ihm habe ich viel zu verdanken. Vor allem hat mich dieser aus einem großbürgerlichen jüdischen Elternhaus stammende Kommunist und Überlebende der Konzentrationslager Lichtenburg und Dachau durch seine Liebe zu Deutschland beeindruckt, dessen Verderber er in den Faschisten und Chauvinisten sah. So hat sich mir eingepreßt, daß Internationalismus und Patriotismus niemals zu trennen sind.

Es ist von unschätzbarem Wert, in jungen Jahren gute Lehrer und Vorbilder zu haben, die man wegen ihres Wissens, ihrer großen Erfahrung und ihres Lebenslaufs, durch das von ihnen geschenkte politische Vertrauen und ihre freundschaftliche Zuwendung auch nach ihrem Tod stets an seiner Seite fühlt und derer man sich würdig erweisen möchte. Ich hatte dieses Glück. Neben Walter Bartel und Friedrich Karl Kaul betrifft das auch eine Reihe anderer Freunde und Genossen aus der Zeit an der Universität und an der Parteihochschule. Die streitbare und kämpferische Atmosphäre in meiner Parteiorganisation der Historiker an der Universität in den

sechziger Jahren habe ich in bester Erinnerung und ich habe spätere Erfahrungen daran gemessen.

Wie und wann kamst Du dann zur Parteihochschule?

Ich wollte Lehrer an der Parteihochschule werden und habe mich 1965 beworben. Das war ungewöhnlich, denn an die höchste Bildungsstätte der SED wurde man üblicherweise per Parteibeschluss delegiert. Bestrebt, als Historiker einen Beitrag zur Gestaltung unseres Landes zu erbringen, meinte ich, dort am richtigen Platze zu sein. Schon 1965 bekam ich einen Vorvertrag und habe mich sehr darüber gefreut. Am 1. Mai 1968 begann schließlich, wie üblich auf Probe, meine Arbeit im Lehrstuhl Geschichte der deut-

lungen mich nicht gerade beglückt haben. Das ist aber auch schon alles, was über „Tiefen“ zu sagen wäre.

Viel gewichtiger ist die Tatsache, daß mir in all diesen Jahren außerordentlich großes Vertrauen entgegengebracht wurde. Das betrifft Lehre und Forschung, aber auch meine Leitungsfunktionen. Ich war viel in der Welt unterwegs und wußte auch in komplizierten Situationen stets, daß die Leitung der Hochschule darauf setzte, ich würde mich gut schlagen. Vertrauen, das einem bekundet wird, hat – sofern man nicht zu Niedertracht neigt – die schöne Wirkung, starke Bindungen zu erzeugen.

Ich habe mir natürlich nach 1989/90 kritisch die Frage gestellt, was ich falsch gemacht habe und worin, im Rahmen

Auskünfte von Götz Dieckmann

den Arbeiterbewegung. Das war spannend, denn ich war mit meinen 26 Jahren um einiges jünger als die Studenten. Ich spürte, wie die älteren Genossen erst einmal sehen wollten, ob dieser junge Mann die Voraussetzungen mitbrächte, die an unserer Hochschule gefordert waren. Meine Studenten haben mich unterstützt, und auch die Kollegen gewannen wohl den Eindruck, es bestünde begründete Aussicht. Gelegentliche Kritik – übrigens niemals an meiner Lehrtätigkeit – habe ich ernst genommen, denn ich hielt es für richtig, daß es an der Parteihochschule, wo ja Kader für sehr verantwortliche Funktionen in Partei und Staat ausgebildet wurden, streng zugeht.

Welche Höhen und sicherlich auch Tiefen hast Du als Historiker an der Parteihochschule durchlebt?

Mit den Höhen und Tiefen ist es, wenn man engagiert arbeitet, nicht so einfach. Wo um eine große Sache, die eigene Sache, gerungen wird, bleiben Auseinandersetzungen nicht aus. Wenn überall nur Harmonie herrschte, stünde es schlimm, und es wäre steril im wissenschaftlichen und politischen Leben. Ist man leidenschaftlich beteiligt, dann ist Kritik, wie sie wohl jeder bei uns erfahren hat, manchmal schmerzhaft. Mir ist gelegentlich intellektuelle Überheblichkeit und politische Unreife vorgehalten worden. Ich würde lügen, wenn ich im nachhinein behaupten wollte, ich hätte das stets für richtig gehalten. Den Stil der Parteierziehung, auch andere Genossen betreffend, betrachtete ich manchmal als überzogen. Ich erinnere mich, daß einige etwas holzschnittartige Auseinandersetzungen in Parteiversamm-

der mir übertragenen Verantwortung, mein Anteil an der Niederlage zu suchen ist. Hätte ich etwa an äußerst wichtigen Punkten meines politischen Lebens, wenn Weichen gestellt worden sind, andere Entscheidungen treffen müssen? Ich bin stets zu dem Schluß gelangt, daß ich mich – unter Berücksichtigung meiner in der konkreten Situation gegebenen Erkenntnisse und Motivation – im Prinzip wieder so entscheiden würde. So bin ich mit meinem Leben im reinen.

Freilich: Wir haben Fehler zu verantworten, die auch unsere Lehrtätigkeit betreffen. Ich bin z. B. der Meinung, wir hätten uns nicht so verhalten dürfen, als lasse sich das Wertgesetz überlisten. Wir vertraten offenkundig auch ein vereinfachtes Menschenbild. Es war und bleibt natürlich richtig, daß der Mensch, humane gesellschaftliche Verhältnisse vorausgesetzt, über die wunderbare Fähigkeit verfügt, edel, hilfreich und gut zu sein. Aber die Fristen, in denen diese Tugenden Allgemeingut werden können, haben wir wohl falsch bemessen. Vor allem haben wir unterschätzt, welche verheerende Wirkung im Wettkampf der Systeme die raffinierten Appelle unserer Feinde an zweifelhafte Instinkte und Begierden vieler Mitbürger zeitigten.

Der leidenschaftliche Wunsch, die große Sache müsse gelingen, kann sich als schlechter Ratgeber erweisen, wenn er dazu führt, nüchterne Einschätzungen der realen Lage und daraus folgendes politisches und ideologisches Handeln zu konterkarieren. (Wird fortgesetzt)

Gesprächspartner war Prof. Dr. Harry Milke

Gorbatschow wäre heute fast vergessen, wenn ihn nicht die westlichen Medien immer wieder hervorkramten, um ihn als „Befreier“ vorzuführen. Wie dieser Mann anderthalb Jahrzehnte nach seinem letzten weltpolitischen Auftritt zu bewerten ist, hängt natürlich von der Stellung ab, die man selbst in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Armut einnimmt.

Ich erinnere mich gut der Gorbi-Rufe, die 1989 erklangen. Es sah wie ein Neubeginn aus. Unlängst hörte ich eine Lesung zu der Zeit. Der Autor des seltsamen Romans hatte sein Buch „Wohlstandsmüll“ genannt. Er war in der DDR Betriebsleiter gewesen und entdeckte plötzlich die Arbeiter, die er eigentlich immer geringgeschätzt hatte, auf einer „Wende“-Kundgebung in Dresden. Er beschreibt, wie sie ihm um den Hals fielen und er ihnen. Es schien alles wunderbar, aufbruchsmäßig. Doch der Titel des Romans deutet bereits an, daß es in eine ganz andere Richtung ging, die heute von den damals Beteiligten als „ja gar nicht gewollt“ bezeichnet wird. Es hätte so nicht weitergehen können, die DDR sei ökonomisch „marode“ gewesen, wurde gesagt. Da gab es die Debatte über fehlende Bananen, über die Unmöglichkeit, in den Westen zu reisen, und über die Unfreiheit der Presse. Na ja, Bananen haben wir heute in Massen, reisen können wir auch, wohin wir wollen, wenn wir das nötige Geld und eine Arbeit haben, die uns ernährt. Die Presse informiert uns über Busenwunder und die Hochzeiten aller möglichen Hoheiten. Auch über die Kriege, die die Zeit bestimmen und unsere Beteiligung daran erfordern, da wir ja Frieden und Demokratie verteidigen.

Gorbatschow löste die Sowjetunion auf. Angeblich handelte er in dem naiven Glauben, alles würde sich auf neuer Grundlage wiederfinden. Er hatte wohl Parteischulen besucht, aber als Karrierist kein Verständnis für die wesentlichen Fragen unserer Zeit aufgebracht. Er stimmte dem Verbot der KPdSU, deren Generalsekretär er war, ohne Widerstand zu und verkaufte die DDR, weil es ihm wichtiger schien, die Westmächte milde zu stimmen, als einem Verbündeten die Treue zu halten. Bloß, worauf stützte sich dieser Politiker? Auf die Arbeiter? Oder auf die Journalisten, die nun kräftig darüber berichteten, was sie bisher verschwiegen hatten?

Es ist doch eine Tatsache, daß Schriftsteller wie Tendrakow schon lange vor dieser Zeit über Engstirnigkeit, Verantwortungslosigkeit, Gleichgültigkeit und Hartherzigkeit geschrieben hatten – Eigenschaften, die mit dem neuen System nicht ausgemerzt worden waren. Immer wieder hatten dann die Regierenden die Illusion, der Mensch verändere sich allein durch die sozialistischen Verhältnisse. Aitmatow schrieb in „Das Mädchen mit dem roten Kopftuch“ von einem Burschen, der seiner Angebeteten mit dem betriebs-eigenen LKW hinterherfuhr, um ihr seine Liebe zu bezeugen. Solche Beispiele verdeutlichten eine Denkweise, die mit dem Sozialismus wenig zu tun hatte. Nach der politischen „Wende“ verlegte sich Aitmatow dann darauf, die von den „Welt-

mächten“ ausgehende Gefahr zu schildern, wobei er beide Seiten miteinander gleichstellte.

Betrachte ich diese zwei Autoren, von denen Aitmatow besonders belobigt wurde, so ist mir doch Tendrakow wesentlich lieber, da er nichts zudeckte und die Verantwortung aller Menschen füreinander einforderte. Da überleben in einem Land, in dem es die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen schon lange nicht mehr gibt, Eigenschaften wie Großmannssucht, Überheblichkeit, Anpassung, Lüge und Selbstgefälligkeit. Mancher wollte nach oben, egal wie, begriff nicht das Neue. Dies sind menschliche Züge, die man nicht per Dekret abschaffen kann, zumal sie sich hinter wohlklingenden Reden und einer eindringlichen Freund-

den es gegeben hat. Es muß logischerweise zu inneren und äußeren Verwerfungen kommen, wenn der erste Mann im Staat kein Ohr am Volk hat. Dabei bildete sich Gorbatschow ein, daß er der einzige sei, der die Sowjetunion aus der Krise führen könne. Wahrscheinlich kannte er den Ausspruch Bebels über das Lob des Gegners nicht; denn er liebte das Lob, das ihm aus dem Westen entgegenklang, mehr als alles andere. Seine Adjutanten sahen nicht, was alles dabei verlorengehen würde. Oder sie ließen es bewußt darauf ankommen.

Der Glaube an die Sache ist für eine Gesellschaft natürlich sehr wichtig. Aber er ist zu erschüttern, wenn sich überall Wichtigtuere, Anpasser, Emporkömmlinge festgesetzt haben, die das Positive durch ihr formales „Befolgen“ von Verfügungen

Wohlstandsmüll und Unrat in den Köpfen

lichkeit verstecken. Tendrakow schildert selbstgefällige Funktionäre, die in entscheidenden Augenblicken versagen. Im Kontrast dazu stehen Menschen aus dem Volk voller Selbstlosigkeit und Bescheidenheit, die eigentlich den „Helden“ Vorbild sein müßten.

Mit den phantastischen Vorstellungen Gorbatschows, der es liebte, ständig von Glasnost und Demokratie zu schwadronieren, veränderte sich kaum etwas zum Guten. Es ist natürlich wichtig, alles durchschaubarer zu machen. Dazu gehört aber auch ein klarer Blick für die Folgen, die eine Verordnung, ein Gesetz auslösen können. Dazu war Gorbatschow offensichtlich nicht fähig. Für noch schlimmer aber halte ich die Tatsache, daß sich in der Parteiführung niemand fand, der dem Generalsekretär das Nötige sagte. Das ist nach meiner Meinung der größte Mangel,

zerstören. Es hatte sich ein Denken herausgebildet, das den gesellschaftlichen Erfordernissen widersprach. Die Filme, die Bücher, die den Heldenmut des Volkes verewigt hatten, wurden zwar noch gelesen, aber dann rasch ad acta gelegt. Die Schule brachte junge Menschen hervor, die nicht so selbstlos waren wie ihre Eltern und Großeltern. Sie hielten die Errungenschaften für ewig, für unumstößlich, wie es die Partei sagte. Die verkündete Gesetzmäßigkeit des Sieges der neuen Ordnung zwang nicht mehr zur ernsthaften Auseinandersetzung, die Gesellschaft fuhr sich fest. Es schienen keine Änderungen nötig, die in das Leben eingriffen. Dabei war überall zu sehen, daß sich Gleichgültigkeit, Herzlosigkeit und Bequemlichkeit breit machten, da die Karrieristen nur das Gewünschte nachzuplappern brauchten. **Robert Leßig**

Bebel über Führer

Der Führer einer Partei wird wirklicher Führer nur durch das, was er nach seinen Kräften und Fähigkeiten für die Partei als ehrlicher Mann leistet. Das Höchste zu leisten, was er vermag, ist die Pflicht und Schuldigkeit eines jeden, der in einer demokratischen Bewegung steht und zu ihr gehört. Durch seine Leistung erwirbt er sich das Vertrauen der Masse, und diese stellt ihn deshalb als Führer an ihre Spitze. Aber nur als ihren ersten Vertrauensmann, nicht als ihren Herrn, dem sie blindlings zu gehorchen habe. Er ist der erwählte Verfechter ihrer Forderungen, der Dolmetsch ihrer Sehnsucht, ihrer Hoffnungen und Wünsche. Solange der Führer dieser Aufgabe gerecht wird, ist er der Vertrauensmann einer Partei; sieht diese aber, daß sie getäuscht und betrogen und auf Irrwege geführt werden soll, dann ist es nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, dem Führer die Führerschaft zu entreißen und ihm ihr Vertrauen zu nehmen. Eine Partei ist nicht der Führer wegen, sondern die Führer der Partei wegen. Und da jede Machtstellung in sich die Gefahr des Mißbrauchs enthält, hat die Partei die Pflicht, die Handlungen ihrer Führer unter scharfe Kontrolle zu nehmen.

August Bebel. Aus meinem Leben. Stuttgart 1914, S. 133

Aufgelöst, aber weiter im Visier: die Hauptverwaltung A

Am 3. Oktober 1990, dem Tag der „Wiedervereinigung“, wurden Generaloberst a. D. Werner Großmann und Oberst a. D. Bernd Fischer durch Großaufgebote von Beamten aus Bundeskriminalamt und Staatsschutz, dirigiert von Beauftragten des Generalbundesanwalts, festgenommen. Begründung: „Geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland für den Geheimdienst einer fremden Macht“. Es waren die ersten zwei DDR-Bürger, die zu spüren bekamen, wie die „Wiedervereinigung“ gemeint war (und ist). Generaloberst a. D. Markus Wolf sollte eigentlich der Dritte im Bunde sein, konnte sich aber zunächst der Festnahme entziehen und eine Zeitlang in sowjetische Obhut begeben. W. Großmann war seit 1986 in der Nachfolge von M. Wolf Leiter des Auslandsaufklärungsdienstes der DDR, der Hauptverwaltung A (HV A), und in dieser Funktion Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit. Der Autor dieses Beitrags übernahm von ihm die Leitung der HV A in ihrer Auflösung ab Ende März 1990.

Der Frontalschlag gegen die HV A, jahrzehntelang im Westen ersehnt und vorbereitet, sollte nun endlich geführt werden. Schon Tage zuvor sondierten die Häscher das Terrain für ihren ach so mutigen Angriff auf Privatwohnungen – observierten, forschten aus und lauschten – eindeutig gesetzwidrig auf DDR-Territorium! Schließlich sahen die bundesdeutsche Justiz, ihre Geheimdienste, Verfassungs- und Staatsschützer in der HV A seit Jahrzehnten ihren Hauptgegner. Noch im Sommer 1990 hatten die Rächer gefürchtet, mit dem Einigungsvertrag könnten sie am Zuschlagen gehindert werden. Es gab lange Zeit ernsthafte Erwägungen für eine vernünftige und gerechte Behandlung der „deutsch-deutschen Spionage“. Aber verbohrt kalte Krieger, allen voran SPD-Vorsitzender Vogel und Justizminister Kinkel, liefen dagegen Sturm und drängten zur Hatz auf „Wolfs Spione“. Die Kohl-Regierung wies die Spionageabwehr- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes an, „die Spionagetätigkeit der DDR-Nachrichtendienstes umfassend aufzuarbeiten“.

Das bedeutete in erster Linie „die Entarnung (und Verfolgung! B. F.) der in der Bundesrepublik tätig gewesenen Agenten“. Es folgten Tausende Ermittlungsverfahren – von fast 3000 wurden bis 1997 rund 2300 eingestellt; schließlich verblieben 388 Anklagen, 253 „Stasi-Spione“ wurden verurteilt. Und noch immer wird auf Verketzerung und Verfolgung gesetzt.

Die Verantwortlichen in der HV A hatten zu keiner Zeit irgendwelche Illusionen hinsichtlich der Absichten der Justiz- und Verfolgungsbehörden der Bundesrepublik. Deshalb setzten sie alles daran, zu sichern, daß nach einem Anschluß bzw. der ja dann erfolgten Annexion der DDR den Verfolgern aus dem Westen keine

Unterlagen in die Hände fielen, die ihnen den Zugriff auf Schutzbefohlene der DDR, die Kundschafter und andere Mitstreiter ihrer Aufklärung ermöglichten. Es galt in beträchtlichem Umfang Akten, Karteien, Dateien und andere Unterlagen zu vernichten. Eine Strafverfolgung der hauptamtlichen Mitarbeiter der Nachrichtendienste der DDR wurde bis zum Schluß nicht in Betracht gezogen. So lauteten auch Versicherungen des mit den Kontakten zur HV A beauftragten Vertreters der Bundesregierung Dr. Eckart Werthebach, des späteren Verfassungsschutzpräsidenten.

Bereits im Zusammenhang mit den Veränderungen in der DDR ab Oktober 1989 wurde in der HV A systematisch mit der Vernichtung von Akten und anderen Datenträgern begonnen. Die weitere Entwicklung in der DDR und im Verhältnis DDR-BRD ließ nur die Entscheidung zu, den Vernichtungsprozeß konsequent weiterzuführen. Zwischenzeitlich ergangene regierungsamtliche Direktiven bzw. Befehle, dies zu stoppen, wurden durch den Leiter der HV A und seine Mitstreiter aus Verantwortung für die Quellen und anderen inoffiziellen Mitarbeiter ignoriert. Ein Großteil personenbezogener Akten und Karteien war bis Anfang Februar 1990 bereits vernichtet.

Zu diesem Zeitpunkt wurde offensichtlich, daß auch der Auslandsnachrichtendienst wie alle anderen Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR aufgelöst, d. h. zerschlagen werden sollte (Vgl. RF 9/05, S. 14). Der entsprechende Druck auf die Regierung der DDR nahm zu.

Während des Treffens mit Ministerpräsident Modrow in Davos am 3. Februar 1990 forderte Kanzler Kohl unmißverständlich: „Diese Praktiken, die Post- und Fernmeldekontrolle, das muß sofort aufhören!“ ... „Schluß damit!“ Seine Gesprächspartner verstanden, unterstreicht Modrows Mitarbeiter Arnold: Nicht diese längst eingestellte Kontrolle war gemeint. Kohl verlangte, „jene Praktiken sofort und

gänzlich einzustellen, die das MfS seit Jahrzehnten gegen die Bundesrepublik richtete: die vielfältigen Aktivitäten der Hauptverwaltung Aufklärung.“

Am 23. Februar 1990 beschloß die Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches die planmäßige und ersatzlose Auflösung der Hauptverwaltung A. Am Tag darauf wies der Leiter der HV A an, wie der Auflösungsbeschuß zu realisieren ist. Befohlen wurde die sofortige Einstellung der gesamten operativen Tätigkeit der Hauptverwaltung A. Es ergingen eindeutige Orientierungen für die planmäßige personelle und materiell-technische Auflösung. Diszipliniert erfüllten die Angehörigen der HV A alle Auflagen. Parallel zur Entpflichtung der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter wurde die Vernichtung der Akten, Karteien und Sicherheitsverfilmungen forciert. Unter großer Kraftanstrengung wurde sie bis zum Amtsantritt der Regierung de Maizière abgeschlossen, weil befürchtet worden war, daß die „Schwarzen“ den Prozeß der Vernichtung stoppen könnten.

Die Aktenverweserin BIRTHLER faselt in ihrem jüngsten „Tätigkeitsbericht“ davon, daß sie mit den von den CIA-frisierten „Rosenholz-Dateien“ über „die Spionagedatei des MfS“ verfüge, „die neue Überprüfungsergebnisse ermöglicht“. Schon der Begriff einer „Spionagedatei“ offenbart horrende Inkompetenz und entspringt dem Wunschdenken pathologischer Stasi-Jäger. Diese Mammutbehörde vermochte bisher keine einzige Akte der HV A vorzulegen (weil vernichtet), mit der Aufgabenstellungen und Arbeit auch nur eines Kundschafters ausgewiesen werden konnten oder die Bewertung der Motivationen der IM ermöglicht worden wäre. Von der CIA auf dubiose Weise beschaffte Kopien von Karteikarten sagen weder etwas über die tatsächliche Arbeit der HV A noch ihrer inoffiziellen Mitarbeiter aus. Aber das alles ist laut BIRTHLER im September 2005 (!) „noch nicht hinreichend erforscht.“

Bernd Fischer

Der **RF-Leserkreis Mittweida** lädt für den **5. November, 10.00 Uhr** in das Bürgerbüro „Die Linke.PDS“ in Mittweida, Neustadt 1 (Nähe Sparkasse), zu einer Diskussion mit **Prof. Dr. Werner Roß** (Zwickau) zu dem Thema ein:

Warum benötigen wir als Linke eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung?

Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Rostock

Dr. Henning Schleiff, der ehemalige OB der Hansestadt, spricht am **15. November um 15.00 Uhr** im Jugendklub Pablo Neruda, Rostock-Evershagen, Ehm-Welk-Straße,

über das Thema:

Kommunalpolitik, gibt es Alternativen?



Totalitarismoslüge auf sächsisch

Wenn in der Bundesrepublik etwas „staatlich verordnet“ wird, dann ist es das Bild, das sich ein jeder von der Geschichte zu machen hat. Das ist nicht etwa dem einzelnen selbst überlassen. Und eine der Wahrheit verpflichtete Meinung, die „der Herren eignen Geist“ – wie Goethe es zu formulieren wußte – entlarvt, darf es schon gar nicht geben. Aber genau das tut Prof. Dr. Horst Schneider mit seinem bei Spotless erschienenen Taschenbuch „Erinnerungsschlacht‘ ohne Ende“ in eindringlicher Weise.

Der renommierte Dresdner Historiker greift ein Thema von hoher Aktualität und grundsätzlicher Bedeutung auf. Die Vorgänge, die sich seit Jahren in der sächsischen Gedenkstättenpolitik abspielen, fordern geradezu zur Positionierung und Richtigstellung heraus. Sachsens rechtsgerichtete CDU-SPD-Regierung, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten und das sächsische Gedenkstättenengesetz geben den Rahmen dafür, daß auf der Grundlage der Totalitarismus-Doktrin und mit Hilfe des in Dresden angesiedelten Hannah-Arendt-Instituts die ungeheuerlichsten Verdrehungen historischer Tatsachen möglich sind. Das Ziel besteht darin, die These von der Gleichsetzung der faschistischen Diktatur mit der DDR gesellschaftsfähig zu machen. Es darf kein Zweifel bleiben, daß Faschismus und Sozialismus „in gleichem Maße kriminell“ gewesen sind. So will es auch das kürzlich erschienene, unentgeltlich erhältliche und für die „politische Bildung“ gedachte Buch „Diktaturen in Deutschland – ein Vergleich“. Auf dem Umschlag befinden sich zwei Fotos: Sie zeigen einen Sowjetsoldaten, der im Mai 1945 hinter dem zerschlagenen Nazi-Adler steht, und die Demontage des SED-Emblems am ZK-Gebäude.

Doch es gibt auch Stimmen – und zwar nicht nur die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten –, die dagegenhalten. Der Autor hebt hervor, daß die Debatte „weit über Sachsens Grenzen hinaus europäische Dimensionen angenommen (hat), denn viele Länder, die unter dem NS-Regime unzählige Opfer zu beklagen hatten, interessieren sich dafür, wie in Sachsen die jüngste Geschichte aufgearbeitet wird“. Selbst Klaus Dietmar Henke, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts von 1997 bis 2002, stellte fest: „Der Vergleich von SED-Staatssozialismus und Nationalsozialismus ist ... in erster Linie Ressourcenvergeudung, denn niemand ist bisher – wenig überraschend – in der Lage darzulegen, welche Erkenntnisse uns über die NS-Zeit bzw. DDR ohne deren Vergleich denn bislang verschlossen geblieben sind.“ Eine nüchterne Bilanz vor dem Hintergrund, daß binnen eines Jahrzehnts bereits mehr als 80 Bücher vom Institut herausgegeben worden sind. Doch es wird munter weitergeforcht, flankiert von zahlreichen gerade im sächsischen Raum konzentrierten „Gedenkstätten“ wie dem Münchner Platz in Dresden, Bautzen und Torgau.

Das seien, so die offizielle Verlautbarung, „Orte mit doppelter Vergangenheit“, die die „Gleichheit der Diktaturen“ in „authentischer“ Weise repräsentierten.

Die außerordentlich umfassenden Recherchen und das sachkundige Urteil des Historikers ermöglichen den Einblick in eine Politik, die von den „Siegern der Geschichte“ diktiert wird. Mit Zahlen und Fakten, die unwiderlegbar sein dürften, arbeitet der Autor heraus, wie Sachsens Gedenkstätten im Sinne der Obrigkeit instrumentalisiert werden. Zwei Beispiele mögen das belegen:

Während im Jahre 1999 die Torgauer Elbbrücke, auf der es 1945 zur Begegnung zwischen Angehörigen der Sowjetarmee und der US-Truppen kam, in einer Nacht- und-Nebel-Aktion gesprengt wurde, schuf man im Juli 2003 in Halle auf dem Gertraudenfriedhof eine „würdige Grabanlage“ für in Forst-Zinna inhaftierte und dort verstorbene Gefangene, die nachgewiesenermaßen als Kriegsverbrecher überführt worden sind – eine „Ehrung für Opfer von Krieg und Gewalt“.

Oder nehmen wir den Fall des Hauptverantwortlichen für die Euthanasie-Verbrechen Prof. Dr. Nitsche. Die Zahl der in

psychiatrischen Einrichtungen zwischen 1941 und 1945 Ermordeten wird auf weit über 100 000 geschätzt. Nitsche, der 1948 hingerichtet wurde, gehört zu jenen, die heute am Münchner Platz in Dresden zu den „Opfern des Stalinismus“ gezählt werden.

Prof. Schneider stellt fest: „Die Gleichsetzung der ‚Opfer der zwei Diktaturen in Deutschland‘ ist nicht nur eine historische Fälschung, sondern eine Beleidigung für alle Antifaschisten.“ Sie bahnt zugleich „objektiv den rechten Kohorten den Weg“. Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag spricht für sich. Widerstand gegen diese Rechtsentwicklung ist also dringend geboten. Möge das Buch von Horst Schneider einen Beitrag dazu leisten, mehr Menschen für sein Anliegen zu gewinnen. Es sollte als Handbuch für alle, die sich in den Kampf gegen rechts einreihen wollen, weite Verbreitung finden.

Bruni Steiniger

Horst Schneider. „Erinnerungsschlacht“ ohne Ende. Anmerkungen zum Streit um die aktuelle deutsche Gedenkstättenpolitik. Spotless-Verlag Berlin 2005, 96 Seiten, 5,10 Euro, ISBN 3-937943-09-9

Regionalgruppe in Teterow gegründet

Am 30. September wurde in Teterow – einer mecklenburgischen DDR-Kreisstadt, die heute zu Güstrow gehört – von 24 örtlichen „RotFuchs“-Lesern und Mitgliedern des Fördervereins eine RF-Regionalgruppe gegründet. Ihr gehören Genossinnen und Genossen der PDS und der DKP sowie derzeit Nichtparteigebundene an. Dem einstimmig gefaßten Beschluß war eine lebhaft diskutierte Diskussion vorausgegangen, bei der die Situation nach dem Wahldesaster der bürgerlichen Parteien im Mittelpunkt stand. Ein dreiköpfiger Vorstand unter Leitung des früheren DBD-Kreissekretärs Erwin Mitzkat nahm seine Arbeit auf.

An der Zusammenkunft beteiligten sich Gäste aus Güstrow und Berlin. Klaus Steiniger hatte zuvor sein Buch „Bei Winston und Cunhal“ vorgestellt. **R. F.**

Wie sich der Zeitgeist zu Schnittmengen neu aufgestellt hat

Inhaltsarme Sprechblasen und leere Worthülsen bestimmen das Vokabular der politischen „Elite“ in „diesem Land“. Sicher, es hat auch früher ideenlose Phrasendrescher aller Ebenen und Ränge gegeben. In DDR-Tagen wurde von so manchem unserer Funktionäre fast pausenlos „aufgezeigt“, auf etwas „orientiert“ oder „Bemerkenswertes“ „untermauert“. Doch kein Vergleich mit der Konjunktur stumpfsinniger Wortschöpfungen heutzutage. Der „neoliberale Zeitgeist“ hat den Verstand der Politikaster buchstäblich weggeschmolzen. Als Tätigkeitswort Nr. 1 nimmt „sich aufstellen“ derzeit den Spitzenrang in der Hirnlosigkeit ein. Man ist „gut aufgestellt“ oder man muß sich „neu aufstellen“, krähen die Parteiführer. Man

müsse schauen, was sich aus der entstandenen „Gemengelage“ ergebe, sagt z. B. Franz Müntefering, einer der begabtesten Verballhorner im deutschen Unterholz. Und besonders beliebt ist der Rückgriff auf die Vokabel „Schnittmengen“. Gemeint ist damit offenbar jene in großen und kleinen Koalitionen abgeforderte Preisgabe vorher für unverzichtbar erklärter Grundsätze, wenn sich die eigene Prinzipienlosigkeit mit der des jeweiligen Partners überschneidet oder wenn man von Beginn an unter einer Decke steckt. Solches Kauderwelsch will man dem Volk von Goethe, Schiller und Heine als „deutsche Sprache“ andrehen. Wären das nicht zwei Fremdworte, dann könnte man sagen: verbale Insolvenz. **C. A.**

Zu diesen Zeilen veranlaßt mich der RF-Beitrag anlässlich des 90. Geburtstages von Horst Sindermann. Ich möchte persönlich Erlebtes beisteuern.

Im Frühjahr 1953 erhielt ich die Einladung zur Teilnahme an einem 14tägigen Volkskorrespondenten-Lehrgang der „Freiheit“ in Halle. Bereits als 13jähriger Pionier hatte ich Berichtenswertes für meine Zeitung aufgeschrieben. Jetzt, mit 16, war mir das zum Bedürfnis geworden. Auf dem Lehrgang wechselten niveauvolle Vorträge, lebendige Seminare und praktische Übungen einander ab. Die begeisterndste Rede hielt Horst Sindermann,

Es mag beim dritten Gespräch an einem Monatsende gewesen sein, als ich meinem Chefredakteur zwei Sorgen offenbarte: die erste – es würde oft über mich gefrotzelt (nie wieder möchte man so ernst genommen werden wie mit 16!) und die zweite, die ich schon beschrieb –, Menschen zu bewegen, über sich, ihre Arbeit, ihre Beweggründe zu reden. Den ersten Kummer vertrieb Sindermann rasch: „Weißt Du, was das heißt, daß die Genossen Dich in ihre Frotzeleien einbeziehen? Du bist für sie kein Fremder mehr, dem sie eine besondere Behandlung angedeihen lassen. Also halt dagegen, zahle mit glei-

um den einmal aufgenommenen Faden nicht wieder zu verlieren. Das ist mir so nie wieder passiert.

Natürlich fand nicht alles, was ich schrieb, Sindermanns Beifall. Doch er beherrschte eine Kunst des Kritisierens, die nicht verletzte. Nie tobte oder schrie er, sondern stellte zunächst sachlich die Frage: „Was hast Du Dir bei dem Text gedacht?“ So hatte man selbst das Wort. Dann sagte er: „Schon mal gut, daß Du Dir dabei etwas gedacht hast. Nun laß uns überprüfen, ob es das Richtige ist.“ Obwohl seine Gedanken meist treffender waren, blieb man nicht völlig chancenlos. „Ich hätte das sicher anders angepackt, aber Deine Variante hat auch ihre Logik“, konnte er sagen. Ein andermal meinte er zu einem Kommentar: „Du argumentierst mit Tatsachen, nimmst den Leser mit, gehst mit ihm gemeinsam von Erkenntnisschritt zu Erkenntnisschritt. Doch am Schluß verläßt Du diesen Pfad der Tugend: Da glaubst Du, der schlaue Redakteur müsse dem dummen Leser sagen, welche Schlüsse er zu ziehen hat. Das kann der aber ganz allein.“

Ein Leben lang habe ich mich bemüht, diesen Fehler nicht noch einmal zu begehen. Doch die Zeiten änderten sich. 1980 hatte ich wieder einmal einen Leitartikel verfaßt, den ein „höhergestellter“ Genosse so beurteilte: „Ist ja alles richtig, was Du geschrieben hast. Aber hättest Du es nicht etwas idiotensicherer formulieren können?“ 27 Jahre zuvor hatte Sindermann an den denkenden Leser geglaubt!

Was später auch immer an Rückschlägen auf dem Gebiet von Agitation und Propaganda eintrat, ich blieb fest davon überzeugt, daß man irgendwann zu den Idealen zurückkehren müsse, die ich einst bei der „Freiheit“ mit der Muttermilch eingesogen hatte. Zu ihnen gehörte Sindermanns Ansicht: „Ein Beitrag, der um wahre Konflikte einen Bogen macht, bleibe besser ungeschrieben.“ Von ihm lernte ich auch, Geduld mit Genossen zu üben, die einmal gefehlt haben. Er bot ihnen immer eine neue Chance. Das hat mich davor bewahrt, als ich später selbst zu entscheiden hatte, stets „das unerbittlich scharfe Schwert der Arbeiterklasse“ zu spielen. Oft dachte ich: Wie würde Horst hier handeln? Sindermann hatte uns einmal gefragt: „Wißt Ihr, was der Unterschied zwischen revolutionär und radikal ist?“ Ein Radikaler will alles sofort, möglichst den zweiten vor dem ersten Schritt tun, egal, wer ihm dabei zu folgen vermag. Einen Revolutionär muß immer auch Geduld auszeichnen, das Bestreben, möglichst viele auf unserem Weg mitzunehmen. Das ist gewiß schwieriger und langwieriger, aber schließlich der einzig mögliche Weg zum Sieg.“

Nach etwa einem Jahr war die „Lehrzeit“ bei Sindermann für mich vorbei. Er übernahm bald darauf eine Abteilung im ZK, ich ging zunächst zur Kreisredaktion nach Naumburg. Doch dieses Jahr war wohl ein entscheidendes in meinem Leben. Ich wurde von ihm ganz wesentlich geprägt.

Wilfried Schütze

Meine „Lehrzeit“ bei H. S.

der damals 37jährige Chefredakteur der „Freiheit“. Diese 14 Tage haben mich derart gefesselt, daß ich wohl über mich hinausgewachsen sein muß, denn ich beendete den Kurs „mit bestem Erfolg“. Mehr noch. Mir wurde angeboten, als Volontär in der Redaktion zu arbeiten. Ob ich wollte? Natürlich wollte ich! Nur mußte ich zunächst meine Lehre beenden, um auf der sicheren Seite zu sein, sollte sich während des Volontariats herausstellen, daß es für den Journalismus doch nicht reichte.

Als ich im Juni 1953 meinen Vertrag unterschrieb, wurde mir ein mehrseitiger „Kaderentwicklungsplan“ vorgelegt. Darin stand, in welchem Monat ich in welcher Abteilung arbeiten sollte und welches Pensum an Studium ich zu bewältigen hatte, sollte doch jeder Volontär ohne Oberschulabschluß nach zwei Jahren eine Sonderreifeprüfung bestehen können. Hinzu kamen Unterricht in Sprache und Stil sowie Russisch. Jeder erhielt einen Mentor. Am Monatsende wollte Horst Sindermann von uns wissen, wie dieser Plan eingehalten worden sei. Und zum Jahresabschluß wurde dann über die Eignung der Volontäre beraten. Bei mir kamen Außenpolitik und Kultur in Frage. Tatsächlich habe ich länger als die Hälfte meines Journalistenlebens als Kulturredakteur gearbeitet.

Zeitungsarbeit hatte ich mir so vorgestellt: Man setzt sich an den Schreibtisch und bringt mehr oder weniger kluge Gedanken zu Papier. Aber ich war von Anfang an – was ich heute als wahren Glücksfall betrachte – Reporter, mußte also hundert Sätze reden, bevor ich einen niederschreiben konnte. Denn es galt, die jeweiligen Gesprächspartner „aufzuschließen“, was bei vielen, die Hervorragendes leisteten, aber nicht gern darüber sprachen, mühselig war.

cher Münze zurück!“ Das konnte ich bald fast zu gut, mußte lernen, daß mit Ironie nicht jeder gleichermaßen umgehen kann. Schwieriger war es mit der zweiten Sorge, was auch Sindermann verstand. „Da kann ich Dir nur raten, versuch’s! 16 ist ein tolles Alter. Da lernt man noch viel, was später wesentlich schwerer fällt. Solltest Du es nicht schaffen, dann reden wir noch einmal darüber.“ Ich hab’s geschafft und bin froh, daß sich mir im Laufe der Zeit Leute aus den verschiedensten Berufen anvertrauten.

Horst Sindermann wußte auch Eigenschaften aus den Jungen herauszukitzeln, von denen sie selbst noch nichts ahnten. Mich machte er nach wenigen Tagen zum „Chefredakteur“ einer Volkskorrespondentenzeitung. Sie hieß „Hammer, Pflug und Feder“. Ich durfte das Material für zwei Ausgaben eigenverantwortlich zusammentragen. Was habe ich mir für eine Mühe gegeben, das Vertrauen zu rechtfertigen!

In den täglichen Redaktionssitzungen behandelte Sindermann stets ein aktuelles politisch-ideologisches Problem. Das war Marxismus-Leninismus in der Praxis. Danach wurde die jüngste Ausgabe kritisch beurteilt. Schließlich ging es um den nächsten Leitartikel. Das war für alle überaus lehrreich. Bei einer solchen Sitzung erhielt ich von Sindermann den Auftrag, einen Beitrag für die wichtige Seite 3 zu schreiben. Meine erste Reaktion war: „Das kann ich nicht.“ Sindermann darauf: „Das kannst Du! Daß Du Fragen hast, glaube ich. Komm nach der Sitzung zu mir.“ Im Gespräch von Angesicht zu Angesicht verstand er es, erst einmal meine Anspannung zu lösen. Danach eröffnete er mir mit wenigen Worten den Zugang zum Thema. Bald spürte ich das Gefühl, jetzt sofort schreiben zu müssen,

Im Jahr 2005 wurden viele geschichtliche Ereignisse von 1945 mit der Zahl 60 verbunden. Vor 60 Jahren ist unser Volk vom Hitlerfaschismus befreit worden. Vor 60 Jahren fand die Konferenz von Potsdam statt. Zum 60. Mal jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges. Vor 60 Jahren erließ der sowjetische Marschall Shukow den Befehl Nr. 2 über die Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien Und vor 60 Jahren stand ich in meiner Geburtsstadt Freital vor einer Litfaßsäule und las den Juni-Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die 500 Zeilen waren für mich so interessant, daß ich vielleicht zwei Stunden dort verbracht habe. Sachlichkeit und Überzeugungskraft sprachen zu mir, der ich ein gläubiger Hitler-Junge gewesen war.

Reserveoffiziersbewerber. Die nächsten Tage ging es in das Wehrrertüchtigungslager nach Altenberg, anschließend gleich in die Grenadierkaserne nach Dresden. Hier erlebten wir am Vormittag den Angriff von vier britischen Flugzeugen. Sie klinkten über uns die Bomben aus. Das Zerschneiden der Luft durch diese – ich werde das Geräusch nie vergessen. Unterdessen waren wir in neue Einheiten aufgeteilt. Unsere Division hieß „Hitlerjugend“. Am 13. Februar, beim ersten Angriff auf Dresden, ging es in die brennende Stadt. Auf der Freiburger Straße, wo sich die Schokoladenfabrik „Tell“ (zu DDR-Seiten Elbflorenz) befand, war Halt. Der nächste Angriff. Die Tage darauf war die Stadtmitte unser Einsatzgebiet. Auf dem Altmarkt legten wir die Leichen auf

marsch entflohen. Das Wort Theresienstadt fiel einige Male.

Doch zurück zum Aufruf an der Freitaler Litfaßsäule. Er trug 16 Unterschriften. Wilhelm Pieck war bereits ein Begriff. Ich kannte ihn durch die Zeitung. Die Namen Hermann Matern und Bernhard Koenen waren mit der KPD in Sachsen verbunden. Bald kaufte ich diese oder jene kleine Broschüre, las Schriften von Marx, Engels und Lenin, das Kommunistische Manifest war dabei. So führte mich mein Weg zum Karl-Marx-Haus in Freital-Döhlen. Hier hatte man die Büros von KPD, SPD und Gewerkschaft eingerichtet. (Früher war es das Laborgebäude der sächsischen Gußstahlwerke. Zu DDR-Zeiten hieß der Betrieb VEB Edelstahlwerk 8. Mai 1945.) Der Genosse im KPD-Büro sprach mich mit DU an, etwas Fremdes, denn in der Schule hieß es SIE. Am Ende der Unterhaltung bekam ich den Hinweis: Du wirst von Deiner Straßengruppe eingeladen. Ein paar Tage später kam die Aufforderung, in die Wohnung eines Genossen Siegel, Dresdener Straße 5, zu kommen. Ich klingelte, die Tür öffnete sich: Komm rein, Genosse! Hier saßen acht Männer und zwei Frauen. Mir wurden einige Fragen gestellt: Du bist also der Wolfgang, Dein Vater ist der Paul, Hitlerjugend, Wehrmacht, noch Oberschüler. Zu „Herrn Siegel“ sagte ich beim Verlassen der Wohnung Johannes, meine Mitgliedskarte trug das Eintrittsdatum des 1. Dezember 1945. Sie war von Hermann Matern unterschrieben. Dieses Dokument besitze ich noch heute.

In Sachsen fand der Vereinigungsparteitag bereits im März 1946 statt. Ich war Delegierter. Zuvor hatte man mich auf dem letzten Parteitag der KPD Sachsens als einen der Jüngsten gewählt. Übrigens traf ich dort meinen Leutnant wieder – beide freuten wir uns, den richtigen Weg gefunden zu haben.

KPD, SED, SED/PDS und nun Linke.PDS. Hoffentlich werden die Menschen schlau und schaffen eine starke LINKE!

Wolfgang Ritter, Bautzen

Ein Aufruf, der mein Leben veränderte

Ich ließ mein junges Leben gewissermaßen Revue passieren. Im August 1944 zur Mittagszeit hatten britische Bomber den Stadtteil Freital-Birgikt angegriffen. Die beiden Rüstungsbetriebe blieben unbeschädigt, doch eine Arbeitersiedlung daneben lag in Trümmern. Damals besuchte ich die Städtische Wirtschaftsoberschule Freital. Wir wurden zu Hilfsleistungen eingesetzt. Mit bloßen Händen legten wir Stein für Stein zur Seite, um an die Kellerfenster zu gelangen. Meist waren die Decken durchgebrochen. Leichen wurden geborgen. Im Januar 1945 meldete sich die Mehrheit meiner Klasse als

Haufen, wie Gleisarbeiter Schwellen stapeln. Dann kamen die Pioniere mit ihren Flammenwerfern.

Man verlegte uns in den Raum Prag. Dort errichteten wir Panzersperren, übten Nahkampf, nahmen an einzelnen Pläneleien teil. Schließlich sagte uns unser Leutnant, daß der Krieg zu Ende sei. Er löste die Einheit auf und empfahl in Richtung Norden zu marschieren, also nach Sachsen in Richtung Grenze. Dort befänden wir uns in heimatlichen Gefilden. Unterwegs trafen wir auf KZ-Häftlinge. Offensichtlich waren sie bei einem Fuß-

Gruß unseren Jubilaren!

Eine herzliche Gratulation gebührt jenen Genossinnen und Genossen, die im November runde oder halbrunde Geburtstage der gehobenen Kategorie begehen.

Eine besonders liebe Umarmung für den Buchenwaldhäftling

Herbert Thomas aus Berlin, der am **29. November** sein **93.** Lebensjahr vollendet.

85 wird **Adolf Renner** aus Ballenstedt (**9. November**), ihr **80.** Jubiläum feiern

Herbert Rost aus Berlin (**6. November**) und **Hans-Rolf Müller** aus Hamburg (**18. November**).

Wir beglückwünschen die Genossen

Horst Höppner aus Schwerin (**5. November**),

Manfred Liebscher aus Neulindenberg (**18. November**) und

Klaus Heimbach aus Rostock (**28. Nov.**) zum **75.**

Auch die Reihen der **70jährigen** werden verstärkt. Unser Glückwunsch geht an

Horst Jäkel aus Potsdam (**11. November**) und **Christa Biener** aus Reichenbach (**28. November**)

Der Veteranennachwuchs steht bereit:

Heinrich Kaderschafka aus Magdeburg (**1. November**),

Horst Mette aus Palingen (**3. November**),

Peter Weiß aus Leipzig (**5. November**),

Jürgen Kurpjuhn aus Frankfurt/Oder (**9. November**),

Peter Neubert aus Pausin (**12. November**),

Monika Haugk aus Zwickau (**15. November**),

Prof. Dr. Eike Kopf – unser langjähriger verdienter Autor – z. Z. Beijing (**17. November**) und

Siegfried Schulz aus Wolzig (**26. November**) vollenden ihr **65.** Lebensjahr.

BRD: Weltspitze in der Kriminalitätsfurcht

Hans Horn hat in seinem Leserbrief (RF 90/2005) an das auch heute noch hochaktuelle Wort von Karl Marx aus dem Jahre 1859 erinnert, wonach in einem sozialen System etwas faul sein muß, „... in dem die Kriminalität sogar schneller als die Bevölkerung wächst“. Kein anderer als Schröders Innenminister Otto Schily hat die Worte von Karl Marx anlässlich der öffentlichen Präsentation der polizeilichen Kriminalstatistik 2004 überzeugend

bestätigt. An Hand einiger ausgewählter Zahlen soll veranschaulicht werden, daß die BRD-Gesellschaft der ausufernden Kriminalität immer hilfloser gegenübersteht, obwohl es seit Jahrzehnten nicht an Appellen und Programmen zu ihrer Eindämmung fehlt. Zunächst einige zentrale Kennziffern, die der polizeilichen Kriminalstatistik des Bundesinnenministeriums entnommen wurden:

Die Gewaltkriminalität wies für das letzte Jahr der DDR, also für 1989, das folgende Bild auf: Mord/Totschlag = 129, Vergewaltigungen = 366, Körperverletzungen = 8670, Raub und Erpressung = 483 Fälle. Die Welt schrieb am 29. Mai 1995 über die Situation in der BRD: „Nach der Kriminalstatistik liegen wir international im Mittelfeld, bei der Furcht vor Kriminalität halten wir die Spitze. ... Ein Gemeinwesen ist nicht in Ordnung, wenn ein ... hoher Prozentsatz der Bürgerinnen und Bürger sich von Verbrechen bedroht fühlt.“

Prof. Dr. Manfred Naundorf

Jahr	Einwohner	erfaßte Fälle	Häufigkeitszahl pro 100.000 Einwohner
1970	61.508.400	2.413.586	3.924
1989	61.989.800	4.358.573	7.031
1990	62.679.000	4.455.333	7.108
1991	65.001.400	4.752.175	7.311
1992	65.765.900	5.209.060	7.921
1993	80.974.632	6.750.613	8.337 (ab 1993 Zahlen für Ost und West)
2003	82.440.309	6.507.394	7.893
2004	82.531.671	6.633.156	8.0371

Quelle: Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Berlin 2005

Besonders erschreckend ist der hohe Anteil der Gewaltkriminalität; allein im Jahr 2004 wurden 211171 Gewaltdelikte registriert. Zu diesen gehören u. a. 2480 Morde und Totschlagsverbrechen, 8831 Vergewaltigungen und schwere sexuelle Nötigungen, 15255 Fälle des sexuellen Mißbrauchs von Kindern, 139748 gefährliche und schwere Körperverletzungen, 59732 Raubüberfälle, räuberische Erpressungen und räuberische Angriffe auf Kraftfahrer, 807 gewaltsame Überfälle auf Geldinstitute, 26565 sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen. Neben diesen nur beispielhaft genannten Gewaltdelikten wurden 124155 Woh-

nungseinbrüche, die nicht als Gewaltkriminalität betrachtet werden, begangen. Natürlich soll nicht übersehen werden, daß die Kriminalität auch in den nicht mehr existierenden sozialistischen Staaten – darunter die DDR – eine reale Erscheinung war. Aber: In der DDR war sie nicht nur um ein Vielfaches geringer als in der BRD, sondern wies vor allem einen erheblich geringeren Anteil an Gewaltstraftaten auf. Darüber hinaus konnte sie dank einer breiten Einbeziehung der Öffentlichkeit systematisch zurückgedrängt werden. Ein Blick auf die Kriminalstatistik der DDR belegt das:

Jahr	Einwohner	erfaßte Fälle	Häufigkeitszahl pro 100.000 Einwohner
1970	17.068.000	124.000	739
1980	16.740.000	117.000	729
1989	16.434.000	99.971	513

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, 1990, S. 437

Der legendäre Strafverteidiger Heinrich Hannover wurde 80

Dr. Dr. Heinrich Hannover aus Bremen wurde am 31. Oktober 1925 in Anklam geboren. Er entstammte einem bürgerlichen Elternhaus. Sein Vater war als Chefarzt am Städtischen Krankenhaus tätig. Die Mutter war Lehrerin. Während seiner Kindheit wurde ihm mehr als einmal suggeriert, alle Gefahr gehe von den Kommunisten aus und man müsse sich vor ihnen hüten. Im Mai 1943 zog man Heinrich Hannover zum Reichsarbeitsdienst ein, im August desselben Jahres zur Wehrmacht. Er erlebte die Greuel des Krieges, was ihn fortan zum Pazifisten werden ließ. Schon 1945 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen, begann er erst im Wintersemester 1946/47 mit dem Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen. In seinen späteren Erinnerungen schrieb Hannover dann, daß er zu

dieser Zeit noch nichts „von der aufregend rechtsfeindlichen Geschichte des politischen Strafrechts“ wußte und „auch die Referendarzeit in Bremen noch in relativer politischer Naivität verbrachte“. Nach bestandem zweitem Staatsexamen im Jahr 1954 ließ sich der junge Jurist als Rechtsanwalt in Bremen nieder. Bereits zu Beginn seiner Tätigkeit wurde ihm die Pflichtverteidigung eines Kommunisten übertragen. Es war jene Zeit, als in der Bundesrepublik (bis tief in die 60er Jahre) die Verfolgung von Mitgliedern der KPD und anderen demokratisch gesinnten Menschen auf der Tagesordnung stand. Dafür hatte das sogenannte Blitzgesetz die Grundlage geschaffen. Finsterer Kulminationspunkt war das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands durch das Bundesverfas-

sungsgericht im August 1956. Unmittelbar danach rollte eine heftige Verfolgungswelle durch die Adenauer-Justiz an. Hannover verteidigte nach besten Kräften. Weitere Angeklagte hatten ihm ebenfalls das Mandat angetragen. Er wurde gewissermaßen über Nacht als „Kommunistenanwalt“ bekannt. Es war zugleich der Beginn eines Umdenkens und sukzessiven Abrückens von dem ihm in seiner Kindheit vermittelten Feindbild des Antikommunismus. Fortan vertrat er Kriegsdienstverweigerer und von Berufsverboten Bedrohte. 1960 verteidigte Hannover in Düsseldorf die westdeutsche Friedensbewegung an der Seite so bekannter Kollegen wie Friedrich Karl Kaul und Kronanwalt D. N. Pritt (Großbritannien). Die in den 60er Jahren durchgeführten Strafverfahren gegen die Schüler- und Studentenbewegung sind ebenso mit seinem Namen verbunden wie Terroristenprozesse ein Jahrzehnt später. Bevor er sich 1995 aus dem aktiven Berufsleben zurückzog, stand er noch Hans Modrow zur Seite, als dieser in Dresden durch die bundesdeutsche Justiz mit einer Anklage konfrontiert wurde.

Seine zweibändigen Memoiren, die unter dem Titel „Die Republik vor Gericht“, die Jahre 1954 bis 1974 bzw. 1975 bis 1995 betreffend, erschienen, machen deutlich: Wo immer in der BRD Menschen wegen ihrer fortschrittlichen demokratischen Einstellung verfolgt wurden, war Heinrich Hannover für die Betroffenen tätig. Aus seiner Feder stammen historische Abhandlungen („Politische Justiz 1918–1933“) und zahlreiche Kinderbücher.

In jüngerer Zeit machte er durch einen geschliffenen Briefwechsel mit Bundeskanzler Schröder, einem früheren Berufskollegen, auf sich aufmerksam. Hannover setzte sich für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges in der Bundesrepublik ein. Als ihm aus dem Bundeskanzleramt im Auftrag von Gerhard Schröder mitgeteilt wurde, die damaligen Verfahren seien „unstreitig nach rechtsstaatlichen Grundsätzen geführt“ worden, konterte er scharf und verwies darauf, daß „die politische Strafjustiz der 50er und frühen 60er Jahre ... eine Fortsetzung der nationalsozialistischen Kommunistenverfolgung“ gewesen sei. „Sie verdient nicht den Namen Rechtsprechung, sie war Durchsetzung der Adenauerschen Politik mit justiziellen Mitteln.“ Der Brief Hannovers an den Ministerialdirektor, der sein Schreiben beantwortet hatte, endete mit den Worten: „Richten Sie Ihrem Chef bitte aus, daß er sich schämen möge.“ **RA Ralph Dobrawa**

Richard Sorge und die chinesische Revolution

Im Rahmen der Berichterstattung zum 60. Jahrestag des Sieges über die japanischen Aggressoren im Zweiten Weltkrieg, die Befreiung des chinesischen Volkes vom japanischen Joch, hat die in Beijing erscheinende Volkszeitung einen aufschlußreichen und ausführlichen Artikel über die Gruppe Ramsay und den „Helden des antifaschistischen Geheimdienstes“, Richard Sorge, veröffentlicht. Darin wird auch sein Beitrag zur Unterstützung der chinesischen Revolution behandelt.

Vor seinem Einsatz in Tokio wurde Richard Sorge Anfang 1930 nach Shanghai entsandt. Hier lernte er die progressive amerikanische Journalistin und Autorin Agnes Smedley kennen. Diese hatte einen sehr weiten Bekanntenkreis und war auch mit dem bedeutenden Schriftsteller Lu Xun und Song Qingling, der Witwe Sun Yat Sens, befreundet. Smedley führte Sorge in ihren Kreis ein. Auf diesem Wege entwickelte er enge Kontakte zu dem leitenden Mitarbeiter des ZK der KP Chinas, Wang Xuewen, und dem im ZK für den Geheimdienst verantwortlichen Funktionär Chen Hansheng. Das tiefe Verständnis Sorges für Fragen des Fernen Ostens und seine erfolgreiche Kundschaftertätigkeit in China stehen in engem Zusammenhang mit seiner Verbindung zu chinesischen Genossen.

Zur Gruppe von Sorge gehörte auch eine junge Deutsche namens Ruth Werner, schreibt der Autor. Sie ist es, die Lu Xun in seinem Tagebuch mehrfach als „die vornehme Dame aus Hamburg“ erwähnte. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte Ruth Werner nach Deutschland zurück

und wurde eine bekannte Schriftstellerin der DDR. Sie publizierte das Buch „Sonjas Rapport“ (Sonja war der ihr von Sorge gegebene Deckname), in welchem sie erstmals offenbarte, daß Sorge in Shanghai gemeinsam mit chinesischen Genossen Geheimdienstarbeit leistete.

Im Sommer 1932 erhielt Sorge über das Büro der deutschen Militärberatergruppe bei der Guomindang-Armee in Nanjing Zugriff zu dem Plan Tschiang Kai Scheks für den 4. Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug gegen das befreite Gebiet an der Grenze der Provinzen Hubei, Henan, Anhui, seine Angriffsrichtung, Truppenstärke, Ort und Zeitpunkt der Truppenkonzentration sowie die „Bunkerstrategie“, mit der vergeblich versucht wurde, die Rote Arbeiter-und-Bauern-Armee zu vernichten. Sorge übergab diese Information unverzüglich an Chen Hansheng, der über Song Qingling für die sofortige Weiterleitung an das Sowjetgebiet sorgte. Die militärischen Hauptkräfte dieses Sowjetgebietes standen unter dem Kommando von Xu Xiangqian, eines späteren Marschalls der Volksrepublik China. Nach Erhalt dieser Nachricht führten seine Truppen eine geordnete Umgruppierung durch, so daß die Guomindang-Verbände ins Leere stießen. Die Rote Armee erzielte nach zweimonatigem Kampf einen bedeutenden Sieg über diese. Sie drang in den Norden von Sichuan ein und errichtete das befreite Gebiet in der Grenzregion von Sichuan und Shaanxi.

Nach dem bisher freigegebenen Material hielt sich Sorge fast drei Jahre in Shanghai auf. In dieser Zeit schickte er 597 te-

legraphische Informationen nach Moskau. 335 davon übermittelte er auch direkt an die chinesische Arbeiter-und-Bauern-Armee und die chinesische Sowjetregierung. Ergänzend weist der Autor darauf hin, daß zwei japanische Studenten der Shanghaier Ostasiatischen Universität in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts von Wang Xuewen zu Mitgliedern der KP Chinas japanischer Nationalität herangebildet und mit Sonderaufgaben der Zentrale betraut wurden. Als Berater der japanischen Aggressionstruppen oder als japanische Journalisten haben sie an der geheimen Front, die von der KP Chinas geführt wurde, in engem Zusammenwirken mit der Gruppe Ramsay die japanische Politik des „Vordringens nach dem Süden“ aufgeklärt. Auf der Grundlage einzelner Informationen wurde 1941 die Einschätzung getroffen, daß der 8. 12. 1941 der Beginn des Krieges im Pazifik ist. Dies war eine gelungene Operation von beispielgebender Bedeutung in der Geschichte des Geheimdienstes.

Im Artikel wird die achtjährige Tätigkeit von Richard Sorge und seiner Gruppe in Japan gewürdigt. Er wurde im Oktober 1941 verhaftet und am 7. November 1944 ermordet. 1964 wurde in der Sowjetunion von offizieller Seite das Geheimnis um Richard Sorge offenbart, ihm wurde postum der Titel „Held der Sowjetunion“ verliehen. Eine Straße in Moskau und ein sowjetischer Öltanker erhielten den Namen „Richard Sorge“.

Quelle: „Renmin Ribao“ vom 26. 7. 2005

Aus dem Chinesischen von Rolf Berthold

Am **4. November** begeht der unermüdete Streiter für die gesellschaftliche Wahrheit und kritisch-freundschaftliche Begleiter unserer „RotFuchs“-Arbeit

Prof. Dr. Hanfried Müller
aus Berlin seinen **80. Geburtstag**.

Er gehört, vor allem auch als Herausgeber der *Weißenseer Blätter*, zu den standhaftesten Widersachern der Konterrevolution und zu den entschiedensten Verteidigern des Sozialismus.

Wir gratulieren voller Respekt und Solidarität.

In eigener Sache

Wieder steht Weihnachten vor der Tür – man denkt an liebe Menschen und liebgewordene Gewohnheiten. Natürlich wollen wir uns da nicht einschleichen oder hineindrängen, auch wenn wir wissen, daß der „RotFuchs“ für viele längst dazugehört. Wenn wir jene Leser und Förderer, die es sich leisten können und möchten, auch in diesem Jahr ein kleines Weihnachtsgeschenk für den RF abzugeben, um eine Überweisung bitten, dann soll das niemanden moralisch unter Druck setzen oder belasten, der finanziell außerstande ist oder uns erst vor kurzem unterstützt hat.

Wie die Dinge liegen, sind wir auf Spenden angewiesen. Da der „RotFuchs“ keiner Partei zugehört und infolgedessen auch kein entsprechendes Hinterland besitzt, ist der Appell an die Hilfsbereitschaft und Solidarität unserer Leser der einzige Weg, die Last (vor allem Druck- und Versandkosten) auf viele Schultern zu verteilen. Es versteht sich von selbst, daß Redaktion und Autoren ohne jede Vergütung arbeiten. Vieles spricht dafür, daß wir politisch rauheren Zeiten entgegengehen. Da ist es wichtig, daß Kommunisten und Sozialisten hierzulande eine Stimme besitzen, die nicht schwankt und die niemand zu ersticken vermag. **Klaus Steiniger**

Am **26. November um 14.00 Uhr** spricht Botschafter a. D. Rolf Berthold auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Thüringen** in der Gaststätte „Rasputin“, Jena-Ost, Karl-Liebkecht-Straße 24, über das Thema

Vietnam – 30 Jahre nach der Befreiung des Südens

Mitglieder, Leser und Interessenten sind herzlich eingeladen.



„Welche Terroristengruppe war das?“

Falludscha – das Guernica Iraks

Falludscha – von der USA-Soldateska so niedergemacht wie einst die baskische Stadt Guernica durch Hitlers „Legion Condor“ – wird für immer im Pantheon nationaler Befreiungskämpfe seinen Platz haben. Eine einstmalig schöne, moderne Stadt, etwa so groß wie Genf (320 000), ist jetzt eine einzige Ruine. Krankenhäuser, Moscheen, Schulen und Gemeindehallen wurden dem Erdboden gleichgemacht. Dutzende Menschen bluteten zu Tode, weil medizinisches Personal gewaltsam aus der Stadt entfernt wurde. Apache-Helikopter, Kampfflugzeuge, Napalm, Panzer, Artillerie und uranhaltige Munition wurden gegen ein schutzloses Volk geschleudert. Die Vereinigten Staaten sind das einzige Land, welches das Abkommen von 1980 über das Verbot von Napalm nicht unterschrieben hat – einem tödlichen Cocktail aus Polystyren und Flugzeugbrennstoff. Gegen diese Armada und die militärische Elite des Kolonialheeres traten die Widerstandskämpfer mit Handwaffen und kleinen Geschützen an – ihnen gegenüber amerikanische Spezialeinheiten („Marines“), ukrainische und polnische Söldner u. a. m., über ihnen Großbritannien's „Black Watch“-Helikopter. Trotzdem blieben die Widerstandskämpfer unbesiegt und entgingen der Gefangenschaft. Nachts verschwanden sie spurlos über den Tigris.

Das Gemetzel der Aggressoren im November 2004, bezeichnet als „Operation Phantom Fury“, hatte zum Ziel, die als Terroristen verunglimpften irakischen Patrioten, „Saddams Müllabfall“, zu vernichten. Später nannte man sie etwas höflicher (wenn auch falsch) „Aufständische“. Die militärische Vernichtungssorgie ging Hand in Hand mit grausamen Folterungen, wie sie die US-Truppen seit dem Vietnamkrieg nicht mehr praktiziert hatten. Es gab keine Berichterstatter, nur die beim US-Militär „akkreditierten“ Journalisten, und besonders keine arabischen Nachrichtendienste wie Al Jazeera, die verboten waren.

Was die Besatzer (oder wenigstens die intelligenteren unter ihnen) begriffen, war die Intensität eines Freiheitskampfes, der aus dem Innersten der Unterdrückten emporquoll. Capt. Peter McCulloch von der „Black Watch“ faßte es treffend zusammen: „Der Feind ist überall und nirgends. Ich sehe Kinder, Frauen, alte Männer; die jungen Männer sind verschwunden. Aber wir wissen, daß wir die gehaßten Feinde sind. Die Kinder und Frauen fürchten sich nicht mehr. Ein junges Mädchen sagte zu mir in einfachem Englisch: ‚Wenn ich älter und stärker wäre, würde ich Dich töten!‘ Das war keine zufällige Bemerkung, und ich wußte, daß sie keinen Augenblick gezögert hätte. Wie oft wurden wir von Jungen und vor allem Mädchen beschimpft! Ihre Hauptbeleidigung ist das Wort ‚scam‘ (Abschaum).“

Nach Falludscha ist der Widerstand gewachsen. Laut Pentagon handelt es sich um etwa 200 000 Männer, Frauen und

selbst Kinder aller Altersgruppen, Menschen aller ideologischen und religiösen Überzeugungen, die Widerstand leisten. Ein grausames Folter-Regime, das nicht seinesgleichen hatte seit den finstersten Tagen der US-Besatzung in Vietnam, gehört zu den Verbrechen der Okkupanten. Seine Architekten sind in den höchsten Schichten der militärischen und politischen Elite zu finden, die ungeschoren davonkam, wie zu erwarten stand, während die niederen Ränge, die an Schlächtereien und Folterungen beteiligt waren (wenigstens einige unter ihnen), die Schuldenlast trugen. Wie die „New York Times“ vom 28. April 2005 es sah, seien „die Rechtsüberschreitungen in Abu Ghraib, die einem damals den Atem verschlugen, symptomatisch für die Brutalität und Unrechtmäßigkeit des Vorgehens der Bush-Regierung. Die Weitergabe Gefangener an Staaten, die Folterungen praktizieren, so z. B. ununterbrochene Zwangsbefragungen, Schlafentzug und Wassertorturen, sind heute weitgehend bekannt. In den Folterkammern, die während und nach der Schlacht um Falludscha und in Abu Ghraib entstanden, wurden Experimente vorgenommen, die auch im Konzentrationslager Guantánamo Bay ihre Anwendung fanden.“

Es war nicht schwer, sich die arabische Reaktion auf das Gemetzel in Falludscha vorzustellen. Ein dreißigjähriger, westlich ausgebildeter Saudi artikuliert die Empörung von Millionen Arabern. Er sagte der „Financial Times“: „Für uns ist der ‚amerikanische Traum‘ jetzt zum Alptraum geworden. Wir sehen auf unseren Fernsehschirmen, was in Irak vor sich geht. Die Amerikaner töten Männer, Frauen und Kinder. Die arabische Welt kann nicht das erschütternde Bild vergessen, wie ein amerikanischer Soldat kaltblütig einen wehrlosen Betenden in der Moschee von Falludscha umbrachte. Wenn man Gewalt predigt und anwendet, erntet man Gewalt.“

StabsSergeant James Massey beschrieb vor der kanadischen Kommission für die Entscheidung über den Flüchtlingsstatus, wie er und seine Kollegen von den „Marines“ mehr als dreißig unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder totschoßen, darunter einen irakischen Jungen, der mit erhobenen Händen aus einem Auto stieg. „Wir feuerten rund 500 Patronen auf jeden Personenwagen. Was die ‚Marines‘ ta-

ten – sie mordeten.“ Nach Aussagen eines anderen Soldaten von der 82. „Airborne Division“ wurden sie angeleitet, „alle Araber als potentielle Terroristen anzusehen ... wir wurden zu einem Haß angestachelt, der einem das Blut zum Kochen brachte.“ Tragischerweise hören sich jetzt diese so oft wiederholten Killer-Bekanntnisse fast banal an.

Derartig blutrünstige Praktiken gehören zum imperialistischen Vernichtungskatalog, der an My Lai in Vietnam aus dem Jahre 1968 erinnert. Es waren Verbrechen, die von denselben Typen begangen wurden. Ein Angehöriger der amerikanischen „Marines“, von seinem Gewissen geplagt, schrieb an Senator Charles McManus (Rep. Maryland), wie er mit anhören mußte, als seine Männer fröhlich angeregt die Tötung einer jungen Vietnamesin beschrieben, die sie mit einem 50-mm-Maschinengewehr angriffen, und wie sie lachten, als die Frau 10 Meter hoch in die Luft geschleudert wurde: „Für viele Amerikaner haben Vietnamesen lange aufgehört, Menschen zu sein“, schrieb er. Die 347 Opfer des Massakers von My Lai, meist Frauen und Kinder, waren also „keine Menschen“. Im Vokabular der Nazi-Ideologen handelte es sich nur um Untermenschen. In Irak gilt die gleiche Sprache der Menschenverachtung.

Frederic F. Clairmont

Übersetzung: Dr. Vera Butler, Melbourne



An der Grenze zwischen Kanada und den USA: „Sind das Evakuierte aus New Orleans?“ „Nein, Soldaten, die nicht nach Irak zurückkehren wollen.“ Aus „Solidaire“, Brüssel

Sturm über dem Baltikum (1918–1939)

Bernhard Majorows Artikel über die angebliche sowjetische Okkupation der baltischen Staaten in der Juni-Nummer des „RotFuchs“ ist ausgezeichnet. Nur fehlen ihm verschiedene Daten und Informationen, die seinen Artikel vervollkommen würden und die vielleicht in der DDR nicht so detailliert bekannt waren. Selbst in Riga geboren, möchte ich ein paar Fakten zur Vorgeschichte der von Majorow geschilderten Ereignisse beitragen.

Das Ende des Zarismus, die Abdankung von Zar Nikolaus II. im Februar 1917, entzog dem deutsch-baltischen Adel seinen Anspruch auf Legitimität.

Die Kerenski-Regierung bewies weder politische noch organisatorische Fähigkeiten und stand bald vor dem Zusammenbruch. Da ihr Chef auf der Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland beharrte, verlor er die Sympathien der Bevölkerung. Das deutsche Oberkommando ergriff die Gelegenheit, um das zeitweilige Machtvakuum im Baltikum „aufzufüllen“. Am 3. September 1917 fielen Riga sowie die estnischen Inseln Ösel, Mohn und Dagö.

Im Zuge der Oktoberrevolution entstanden in Estland und Lettland Sowjetregierungen, Lenins Bolschewiken begannen Verhandlungen mit dem deutschen Oberkommando. Im Januar 1918 unterbreitete das deutsch-baltische Rittertum von Estland und Livland der Sowjetregierung eine Unabhängigkeitserklärung. Sie stützte sich auf Privilegien, die ihm von Zar Peter I. im 18. Jahrhundert gewährt worden waren, sowie auf Lenins Erklärung des Selbstbestimmungsrechts nicht-russischer Volksgruppen. Gleichzeitig verhandelten die Deutsch-Balten mit Berlin, um ein weiteres militärisches Vordringen der kaiserlichen Armee zu bewirken, das

die Interessen der Gutsbesitzer schützen sollte.

Deutsche Truppen besetzten daraufhin die Städte Dorpat (Tartu), Reval (Tallinn) und Narva. Im April 1918 organisierte das deutsch-baltische Rittertum Versammlungen, an denen auch estnische und lettische Reaktionäre teilnahmen. Es sandte eine Bittschrift an Kaiser Wilhelm II., der Schaffung einer baltischen Monarchie unter deutschem Protektorat zuzustimmen. Dieses „Vereinte baltische Herzogtum“ beabsichtigte, dem Herzog von Mecklenburg die Krone anzubieten.

Seit Anfang 1917 hatte die bolschewistische Fraktion der Sozialdemokraten in Estland und Lettland zunehmende Unterstützung unter Kleinbauern, Landarbeitern und Industriearbeitern gewonnen. Bei Bezirkswahlen in Estland erhielt sie zwischen 31 und 47 % der Stimmen, in Lettland sogar bis zu 70 %. Das war so in Gebieten, die außerhalb der deutschen Besatzungszone lagen. Diese Resultate wiesen darauf hin, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Abschaffung des Landesbesitzes des baltischdeutschen Adels unterstützte und dessen Chauvinismus ablehnte.

Als das diplomatische Vorgehen der Ritterschaft ruchbar wurde, stellte der estnische Revolutionäre Militärsowjet 567 führende Deutsch-Balten sowie mehrere Esten unter Arrest. Anschließend wurden

sie nach Rußland deportiert, kehrten jedoch nach Abschluß des Abkommens von Brest-Litowsk wieder heim.

Kurz zuvor hatten sich litauische Nationalisten unter Antanas Smetona an Berlin mit der Forderung nach Selbständigkeit innerhalb der ethnisch bestimmten Grenzen gewandt. Nachdem der Kaiser die Zusage politischer und militärischer Zusammenarbeit erhalten hatte, wurde dem Antrag am 23. März 1918 entsprochen.

Die deutsche Kapitulation am 11. November 1918 veranlaßte die Sowjetregierung, zwei Tage später das Abkommen von Brest-Litowsk für null und nichtig zu erklären und eine Militäroffensive zur Wiedereroberung des Baltikums einzuleiten. Das Vorrücken der 6. Roten Armee unter Oberst J. Vacietis (eines Offiziers lettischer Volkszugehörigkeit) erhielt weitgehende Unterstützung seitens der Bevölkerung. Am 22. November 1918 besetzte diese Narva und marschierte auf Reval. Am 29. November rief Jaan Anvelt die estnische Sowjetrepublik aus. Am 7. Dezember schufen die Deutsch-Balten eine eigene weiße Militäreinheit, die sogenannte Baltische Landeswehr. Am 14. Dezember 1918 proklamierte Peter Schtutschka die Lettische Sozialistische Republik. Sie wurde am 22. Dezember durch Lenins Sowjetregierung anerkannt.

Am 2. Januar 1919 nahm die Rote Armee Riga ein, am 6. Januar auch Vilnius. Am 17. Januar erreichte der britische Kreuzer „Caledon“ mit drei Zerstörern den Hafen von Libau. Am 24. Februar erklärte Konstantin Paets Estlands Unabhängigkeit, nachdem deutsche Truppen in Südlettland und gegen Riga vorzudringen begonnen hatten.

Die Entente-Staaten und das deutsche Oberkommando waren gleichermaßen über den Vormarsch der Roten Armee besorgt. Nach den Bedingungen des Waffenstillstands (Artikel XII) war Deutschland verpflichtet, seine Truppen vom Territorium des früheren russischen Imperiums zurückzuziehen – allerdings unter dem Vorbehalt, daß das nach Einschätzung der Alliierten mit den „internen Bedingungen in diesen Territorien“ zu vereinbaren sei. Wie der bürgerliche Historiker Robert Jackson schrieb, bedeutete diese Floskel, daß die deutsche Armee ihre Positionen im Baltikum halten sollte, als eine Garantie gegen Versuche der Bolschewiken, die Kontrolle zu ergreifen.

(Wird fortgesetzt)

Dr. Vera Butler, Melbourne



Am 3. Dezember findet ab 10.00 Uhr in der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (ehemalige HfÖ)

in Berlin, Treskowallee 8, Nähe U-Bhf. Tierpark, Raum HG 208, die bundesweite Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins statt.

Auf der Tagesordnung stehen u. a.

Berichterstattung, Diskussion, Satzungsänderung und Neuwahl der leitenden Gremien.

Die Hamburger Gruppe „Rotdorn“ gibt zu Beginn ein Konzert.

Gefahr für Belarus

Erneut werden um die Politik der souveränen Republik Belarus im Vorfeld der im September 2006 stattfindenden Präsidentschaftswahlen unrühmliche Leidenchaften entfacht. Seitens der USA, der EU und einiger Kräfte im früher sowjetischen Raum bereitet man sich intensiv auf den Sturz von Präsident Lukaschenko vor.

Davon zeugen folgende Fakten:

Unter massivem USA-Druck hat die in Genf vom 14. März bis 22. April zusammengetretene 61. Tagung der UN-Menschenrechtskommission mit 23 Jastimmen und 22 Gegenstimmen eine antibelorusische Resolution angenommen. Sie stützte sich auf vom rumänischen Berichterstatter Adrian Severin vorgetragene tendenziöse US-Papiere. In ihnen wird z. B. unterstellt, daß Belarus eine Gefahr für die regionale Sicherheit sei und daß dem belorussischem Volk eine nationale Identität fehle. Gefordert werden ein Führungswechsel und eine radikale „Restrukturierung“ der belorussischen Gesellschaft.

Der Bericht wurde von einer Reihe von Teilnehmern als Verfälschung der Wahrheit, als unbegründet zurückgewiesen. Rußland, China und Indien lehnten die Resolution ab. Ihr Schicksal wurde durch die Zustimmung der Ukraine entschieden. Die 14. Tagung der Parlamentarierversammlung der OSZE in Washington übte scharfe Kritik an Belarus wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen und seines Widerstandes gegen die geforderte „internationale demokratische Beeinflussung“ der inneren Entwicklung des Landes.

Das Außenministerium von Belarus sah sich bereits wiederholt gezwungen, seine Besorgnis über Einmischungserklärungen führender Repräsentanten baltischer Staaten zu äußern, die darauf hinausliefen, Belarus „demokratische Werte“ durch die Hintertür aufzuzwingen, einen Keil zwischen Belarus und Rußland zu treiben. Auch Teile der politischen „Elite“ Rußlands beteiligen sich aktiv an der Unterstützung prowestlicher und im Grunde antirussischer oppositioneller Kreise in Belarus. Mehr als eigenartig erscheint das Auftreten des von Putin ernannten Botschafters der Russischen Föderation in Minsk, Herrn Ajatzkow (ehemaliger Gouverneur des Saratow-Gebiets und ein besonders eifriger „Reformer“ und Privatisierer von Grund und Boden). Er hielt es für angebracht, den Präsidenten der Republik Belarus, des einzigen mit Rußland wirklich verbündeten Staates, öffentlich und belehrend anzugreifen.

US-Präsident Bush bekundete jüngst seine Absicht, mit den europäischen Staaten „zur Gewährleistung freier Präsidentschaftswahlen in Belarus zusammenzuarbeiten“. Man spricht von 32 Millionen Dollar, die von Kreisen in den USA für eine weitere „orangene Revolution“ im vormals sowjetischen Raum eingesetzt werden sollen.

Der FDP-Politiker Wolfgang Gerhardt erklärte in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 28. Mai d. J., in der deutschen Außenpolitik müsse viel repariert werden, so das Verhältnis Deutschlands

zu den USA. Man müsse sich auf die Seite derer stellen, „die Freiheit wollen“. Er sagte wörtlich: „Dazu gehört, daß man z. B. klipp und klar sagt, daß man die Diktatur in Weißrußland unerträglich findet.“

Bereits am 18. März fand in Vilnius (Litauen) eine Konferenz statt, auf der unter Teilnahme belorussischer Oppositioneller die Finanzierung von Projekten auf dem Territorium von Belarus behandelt wurde. Jüngst nutzte man dafür auch politische Aktivitäten Warschauer Führungskreise, mit denen die polnische Minderheit gegen die bestehende Ordnung der Republik mobilisiert werden soll.

US-Außenministerin Condoleezza Rice bezeichnete das politische System in Belarus als Diktatur, redete der Einmischung in innere Angelegenheiten das Wort, traf sich gemeinsam mit dem früheren NATO-Generalsekretär und heutigen EU-Außenbeauftragten Solana und dem litauischen Außenminister Valionis mit belorussischen Oppositionellen. Sie forderte, die „Einschränkung von politischen Rechten auf die internationale Tagesordnung zu setzen“. Rice legte auch einen entsprechenden Vier-Punkte-Plan zum „Regime-Wechsel“ vor, zu dem die Aufstellung eines geeigneten oppositionellen Gegenkandidaten zu Lukaschenko gehört. Man setzt dabei auf eine Opposition, die über keine soziale Basis im Lande verfügt.

Das Schema solcher Pläne läßt sich anhand der praktischen Erfahrungen in Serbien, Georgien und der Ukraine etwa wie folgt skizzieren:

Mit Unterstützung verschiedener westlicher Fonds (u. a. Soros, des US-Nationalfonds für Demokratie – Vorsitzender Gershman) wird eine Opposition gesponsert;

man sucht und findet einen „Oppositionsführer“, der den USA bzw. ihren Verbündeten genehm ist;

vor der Abstimmung erfolgt der koordinierte Einsatz verschiedener Gruppen von Beratern als „Wahlbeobachter“;

bereits vor dem Wahlgang, wie mehrmals in Belarus, jüngst in der Ukraine und Kirgisistan sowie Adsharien, erklärt die „Opposition“ die Wahlen für gefälscht, was von den internationalen Medien umgehend aufgegriffen wird;

im Falle einer Wahlniederlage werden Menschenmassen auf die Straßen und vor zentralen Parlaments- und Regierungsgebäuden zusammengezogen (vor allem Jugendliche, insbesondere Studenten, intellektuelle Kreise und notorische Randalierer);

die legitime Macht gerät ins Aus, westliche Staaten erkennen den Sieg der „Opposition“ an bzw. mischen sich „vermittelnd“ oder, wie in Kiew, offen ein, drohen mit Sanktionen;

„Machtstrukturen“ kapitulieren und gehen zur „Opposition“ über, die ans Ruder gelangt.

Eine wesentliche Rolle spielten in allen bisherigen Fällen US-Vertretungen, so z. B. Botschafter Michael Kozak in Belarus, Botschafter Richard Mayers in Belgrad, die US-Botschaft in Tbilissi. In Kiew erfolgte ein massiver Einsatz von Kongreßabgeordneten, Politologen, ehemaligen hohen Beamten der US-Administration wie Zbigniew Brzezinski und Madame Allbright.

Ähnliche Ereignisse zeichnen sich nicht nur in Belarus und Moldova, sondern auch in Ländern Zentralasiens wie Kasachstan, Usbekistan, Tadshikistan, aber auch in Armenien und Aserbaidshan ab.

Bruno Mahlow



Israels Politik der „atomaren Eindeutigkeit“

Mit ca. 6,8 Mio. Einwohnern auf ca. 21 000 qkm hat Israel weniger Einwohner als die Schweiz und ist flächenmäßig mit dem Bundesland Hessen vergleichbar. Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP) schwanken. Als höchster Wert wurde ein BIP von 20 800 US-Dollar gefunden (2004). Das ist deutlich unter dem EU-Durchschnitt (26 900 US-Dollar), geringer als das BIP der Faröer Inseln und vergleichbar mit dem Zyperns, Griechenlands und Sloweniens. Das Land ist importabhängig bei fossilen Energieträgern (Rohöl, Erdgas, Kohle), Getreide, Rindfleisch, Rohstoffen und militärischer Ausrüstung. Rüstungsgüter und geschliffene Diamanten sind seine Hauptexportartikel. Das ständige Leistungsbilanzdefizit wird durch große Transferzahlungen aus dem Ausland und durch Anleihen ausgeglichen. Ca. 50 Prozent der staatlichen Auslandsschulden hat Israel bei den USA, ein großer Anteil wird in Form von Israel Bonds durch Privatinvestoren gehalten. Die Kombination von amerikanischen Kreditgarantien und direkten Anleihen bei Privatinvestoren ermöglicht Kreditaufnahmen zu günstigen Zinssätzen unterhalb der marktüblichen. Diese Politik wird auch von der Bundesrepublik gegenüber Israel verfolgt. Während des Zusammenbruchs der Sowjetunion in den 90er Jahren kam es zu einem Wirtschaftsaufschwung in Israel durch Einwanderung sowjetischer Wissenschaftler und Akademiker.

Trotz des vergleichsweise bescheidenen wirtschaftlichen Ranges verfügt Israel über eine aggressive überregionale Militärmaschine. Es gibt ca. 200 000 reguläre Wehrdienstleistende und über 800 000 Reservisten. Ausbildung und Manövertätigkeit ist in die NATO eingebunden. Die Armee verfügt über 4000 moderne Panzer und Panzerfahrzeuge, über 2000 Kampfflugzeuge und Hubschrauber sowie über eine U-Boot-gestützte Seestreitmacht. Seine Nukleartechnologie erhielt Israel aus Frankreich. Der erste Forschungsreaktor wurde 1952 geliefert. Nahe der Stadt Dimona im nördlichen Teil der Wüste Negev wird waffenfähiges nukleares Material produziert. Seit 1967 ist Israel Kernwaffenmacht. Es verfügt über das sechstgrößte Atomwaffenpotential der Welt. Die Federation of American Scientists (FAS) gibt die Zahl der Atomsprengköpfe für Mittelstreckenraketen mit 100 bis 200 an, eine Studie der U.S. Army nennt die Zahl 500. Das Land verweigert der IAEA erfolgreich den Zutritt zu seinen Atomanlagen. Während des Sechstagekrieges 1967 soll Israel bereits zwei Atombomben einsatzbereit gehabt haben. Obwohl die israelische Atompolitik eindeutig ist, wird sie der Welt als Politik der „atomaren Zweideutigkeit“ verkauft.

Israel verfügt auch über ein entsprechendes Raketenprogramm. Seit 1988

transportiert es mit der dreistufigen feststoffangetriebenen Shavit-Trägerrakete vom Startplatz Palmachim südlich von Tel Aviv Spionagesatelliten (Ofeq) ins All. Israel verfügt mit der auf französischen Ursprung zurückgehenden Jericho-Familie über das gesamte Reichweitenarsenal ballistischer Raketen. In den 70er und 80er Jahren kam es zwischen dem Zionisten-Staat und dem Apartheid-Staat Südafrika zu einer engen Kooperation in der Raketen- und Nukleartechnologie. Südafrika versorgte Israel mit Uran und Nuklearausrüstung für sein strategisches Waffenprogramm. Im Gegenzug lieferte Israel Raketentechnologie, inklusive der Antriebstechnologie für die Jericho-2-Rakete. Das Overberg-Versuchsgelände in Südafrika wurde auch von Israel für Raketenstarts benutzt. Die Raketen dienen als Trägersysteme für sieben zwischen 1971 bis 1989 in Südafrika entwickelte Atombomben von jeweils 10 bis 18 kt TNT. Der mit dem Verlust der weißen Machtbasis einhergehende Untergang des Apartheid-Staates zwang die Imperialisten zu Umstellungen. Um zu verhindern, daß eine schwarze Regierung in den Besitz von Nukleartechnologie kommt, erklärte Pretoria 1989 noch rechtzeitig seinen Ausstieg aus dem Atomwaffenprogramm und 1992 dessen Beendigung. Die Zerstörung aller Komponenten erfolgte unter strenger Aufsicht und Kontrolle der USA. Anhand der aus dem südafrikanischen Raketenprogramm bekanntgewordenen Daten über die Interkontinentalrakete RSA-4 schließen Experten, daß Israel die Jericho-2 zu einer Interkontinentalrakete (ICBM) mit atomaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) weiterentwickelt hat. Es gilt als sicher, daß es in einem atomaren Erstschlag bis zu 5000 km weit entfernte Ziele angreifen kann.

Israel verfügt nicht nur über eine nukleare Erstschlagskapazität, sondern seit Ende der 90er Jahre auch über eine U-Boot-gestützte nukleare Zweitschlagskapazität. In den Jahren 1998 bis 2000 exportierte Deutschland drei Unterseeboote des Typs „Dolphin“ an Israel. Diese wurden als erste westliche U-Boote mit Torpedorohren unterschiedlichen Durchmessers ausgeliefert. Zusätzlich zu den üblichen 533-mm-Torpedorohren versahen die Kieler

Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) die U-Boote mit 650-mm-Rohren, aus denen Marschflugkörper abgefeuert werden können. Auf Nachfrage des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS), warum die zusätzlichen Rohre installiert worden seien, täuschte die Bundesregierung Nichtwissen vor. Als Marschflugkörper werden nach Experteneinschätzungen amerikanische modifizierte „Harpoons“ verwendet. Diese könnten Atomsprengköpfe transportieren. Das Operationsgebiet reicht vom gesamten Mittelmeer im Westen bis zum Roten Meer im Osten, dem Persischen Golf sowie dem Arabischen Meer bis zur indischen Westküste.

Israel hat im Mai 2000 einen erfolgreichen Abschußtest vor Sri Lanka durchgeführt, bei dem ein 1500 km entferntes Ziel getroffen worden sein soll. Der U-Boot-Export wurde von der Kohl-Regierung auf den Weg gebracht. Die Finanzierung erfolgte als deutsche Wiedergutmachungszahlung für die Lieferung von Giftgas-komponenten an Irak. Deutschland zahlte 85 % der Gesamtkosten (1,1 Mrd. Mark). Der Kostenanteil Israels wurde vermutlich durch kompensatorische deutsche Rüstungseinkäufe in Israel abgedeckt.

Israel ist der viertgrößte Empfänger deutscher Rüstungsexporte. Zwischen 1999 und 2001 wurden Rüstungsaufträge an Deutschland im Gesamtwert von über 1,2 Mrd. DM „vergeben“. Im Juni 2004 meldete Israel Kaufinteresse an weiteren deutschen U-Booten des modernsten Typs U212 (HDW) für 230 Mio. Euro pro Stück an. Sie haben eine Reichweite von 4000 nautischen Meilen und gestatten aufgrund des hochmodernen Flüsterantriebs (Brennstoffzelle) einen unbemerkten Einsatz. Zur Vervollkommnung seiner nuklearen Angriffskapazitäten wurden von Israel zwei Dutzend F-15I-Jagdbomber mit einem Einsatzradius von 1500 km angeschafft. Seine Luftwaffe wird auch mit 102 neuen F-16I-Jagdbombern ausgestattet (Hersteller Lockheed Martin, Texas), Geschäftsumfang 4,5 Mrd. Dollar. Im Juli 2003 hat Israel 600 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe und 2,1 Mrd. Dollar Militärhilfe aus den USA bezogen. Einer der wichtigsten Gründe für den Angriff auf Irak war die Durchsetzung der Großmachtambitionen Israels, insbesondere der Neudefinition des Status quo in der Region mit einer kompletten geopolitischen Umzingelung Syriens und Saudi-Arabiens und einer teilweisen Einkreisung Irans.

Dr. Erhard Kegel



Unser verdienter Genosse Fritz Goslar

„RotFuchs“-Aktivist aus Strausberg,
beginnt am **28. Oktober**
seinen **75. Geburtstag**.

Wir gratulieren nachträglich,
aber um so herzlicher.

Kuba bildete 1600 lateinamerikanische Ärzte aus

Vor fünf Jahren schuf die kubanische Regierung eine einzigartige Lehranstalt: Die lateinamerikanische Schule für Medizin (ELAM) hat unlängst den ersten 1610 Absolventen aus 21 Ländern die Diplome überreicht. 72 % der jungen Ärzte stammen aus einfachen Verhältnissen, aus der indianischen Urbevölkerung ihrer Länder oder sind andere Farbige. Auch der afroamerikanische USA-Bürger Cedric Edwards aus New Orleans wurde von der kubanischen Auswahlkommission zugelassen. Aufenthalt, Studium und Lehrmaterialien der Stipendiaten sind unentgeltlich.

„Granma Internacional“ interviewte einige der inzwischen in ihre Heimatstaaten Zurückgekehrten: Hector Dominguez aus Venezuela berichtete, daß die Entscheidung seinerzeit für ihn gefallen sei, weil er sich verpflichtet habe, als zugelassener Arzt in einer ländlichen Elendsregion tätig zu sein, wo man bisher keinerlei medizinische Betreuung gekannt habe. Ruben Rojas aus der Dominikanischen Republik verwies auf seine soziale Herkunft und seine schwarze Hautfarbe, die ihm das Studium daheim nicht ermöglicht hätten. Compère Pierre aus Haiti machte auf die enormen sanitären Probleme in seinem Land aufmerksam. Maria Julia Cordova

aus Argentinien schilderte das Schicksal ihres unter der Militärdiktatur verschollenen Vaters, der zum Zeitpunkt seiner Entführung Medizinstudent gewesen sei. „Granma Internacional“ zitierte Fidel Castro: „Die Ausbildung eines Arztes kostet in den USA mindestens 300 000 Dollar. Kuba bildet gegenwärtig mehr als 12 000 Ärzte für die Dritte Welt aus. Es leistet damit einen

Beitrag zum Wohlergehen dieser Länder im Wert von mehr als 3 Milliarden Dollar.

Im Januar 1959 (dem Augenblick des Triumphs der Revolution – R. F.) verfügte unser Land nur über 3000 Ärzte. Hinzu kam eine Handvoll Medizinprofessoren. So begannen wir das aufzubauen, was wir heute haben. 83 982 medizinische Diplome wurden seitdem durch Kubaner erworben, darunter 3612 von anderen Ländern ausgestellte. Humankapital wiegt mehr als Finanzkapital.“

R. F.



Neue Informationen über Chiles 11. September

Just zum Zeitpunkt, da die Verunglimpfungskampagne gegen die DDR wieder Hochkonjunktur hat und in Chile dem Exdiktator der Prozeß gemacht werden soll, erscheint bei edition ost ein von Gotthold Schramm herausgegebenes Chile-Buch unter dem Titel „Flucht vor der Junta. Die DDR und der 11. September“. Zwölf Autoren erinnern an ihre Erlebnisse im Allende-Chile und in der Zeit danach, als Pinochet meinte, die Demokratie „im Blut baden“ zu müssen.

Mit diesem Buch wird ein Kapitel auswärtiger Beziehungen der DDR und tätiger internationaler Solidarität vorgestellt, das in der offiziellen und vorgegebenen Geschichtsaufarbeitung zur Delegitimierung des ostdeutschen Staates nicht vorkommt. Die Autoren übermitteln aus heutiger Sicht nüchtern und ohne Pathos der Öffentlichkeit ihre Erlebnisse als Zeitzeugen sowie Forschungsergebnisse zu internationalen Zusammenhängen der chilenischen Tragödie. Es werden die legalen und konspirativen Mittel zur Rettung von Opfern des Putsches benannt, die zur Anwendung kamen. Beeindruckend ist, daß die Autoren mit einer kritischen Distanz ihr Tun und Handeln beurteilen, aber ausnahmslos zu ihrem Grundbekenntnis der Solidarität und der Menschlichkeit stehen. Somit unterscheiden sich die meist skizzenhaften Arbeiten von der egozentrischen Memoirenliteratur und einseitigen Geschichtsdarstellung, die heutzutage allgemein üblich sind. Herauszugreifen ist der Beitrag von Klaus Eichner über die Rolle Washingtons in der Chile-Tragödie. Langfristig und gezielt unternahm die USA auf diploma-

tischem und geheimdienstlichem Wege alles, um ein zweites Kuba nicht zuzulassen und im „Hinterhof“ der Vereinigten Staaten für „Ordnung“ zu sorgen. Das vorgelegte Material aus der CIA-Zentrale muß nicht kommentiert werden. Auffällig ist die Rolle des damaligen Sicherheitsberaters und späteren USA-Außenministers Henry Kissinger, der offensichtlich die politischen Fäden in der Hand hatte. Als der Putsch der Pinochet-Junta in vollem Gange war und die von ihm konzipierte Destabilisierungspolitik gegen die rechtmäßige Allende-Regierung die erhofften Resultate zeitigte, nahm Henry Kissinger den Friedensnobelpreis für seine Mitwirkung am Friedensabkommen mit Vietnam entgegen. Die strategische Niederlage der USA in Südostasien hoffte Washington durch die Chile-Aktion kompensieren zu können.

Natürlich stellt sich auch die Frage, wie sich die östliche Führungsmacht verhielt. Offensichtlich wirkten die Erkenntnisse aus der Kubakrise, so daß sich Moskau zurückhielt, da es um die Hegemonialansprüche der USA in ihrer „Einflußsphäre“ ging. Auch war man in Europa gerade auf dem Wege, die CSSR-Ereignisse aufzuarbeiten und einen Interessenausgleich mit den USA im KSZE-Prozeß zu finden. Dieser sollte nicht gefährdet werden. So gibt es in den Beiträgen des Buches kaum Hinweise auf ein gemeinsames Handeln der Warschauer Vertragsstaaten. Berechtigt ist auch die Frage, ob der von Moskau initiierte Abbruch der diplomatischen Beziehungen dieser Staaten – mit Ausnahme Rumäniens – zu Chile nicht doch ein politischer Fehler war. Das Feld wurde

einfach dem Pinochet-Regime und den USA überlassen. Um so schwieriger war das Wirken der „Restgruppe“ an Ort und Stelle Verbliebener.

Im Beitrag „Nazideutschland und Chile“ werden die historischen Bezüge und die Wurzeln des chilenischen Militarismus skizziert. Die dortigen reaktionären und antidemokratischen Kräfte sind mit dem deutschen Militarismus und Faschismus eng verflochten gewesen. Daraus bezogen die Pinochet-Putschisten auch ihre menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologien. Eine eingehende Aufarbeitung dieser Zusammenhänge – auch im Hinblick auf andere Diktaturen Lateinamerikas in Vergangenheit und Gegenwart – wäre sicherlich nützlich.

Dr. Bernhard Neugebauer
Gotthold Schramm (Hrsg.). Flucht vor der Junta. Die DDR und der 11. September, edition ost 2005, 223 Seiten, 14,90 €, ISBN 3-360-01067-1

Am **12. November** um **10.00 Uhr** berichtet **Wolfgang Naundorf** auf einer Bildungsveranstaltung in Chemnitz, Rosenplatz 4,

über seine politische
Urlaubsreise nach Kuba.

**Die RF-Regionalgruppe
Chemnitz-Zwickau-Plauen**
lädt alle Interessenten herzlich ein.

Warum Polens Intelligenz der Bourgeoisie verhaftet ist

Von den 600 Personen, die im „Wer ist wer in der polnischen Politik? Übersicht der politischen Szene der Jahre 1989–1993“ aufgeführt werden, gehören 501 den ausgewiesenen Rechten an. Hierbei handelt es sich um Menschen, die seit der Konterrevolution bedeutende staatliche und gesellschaftliche Funktionen innehaben. Die meisten von ihnen waren schon seit dem Umsturzversuch 1980/81, viele noch früher, einige sogar seit 1944 in antikomunistischen Organisationen aktiv.

Wie in allen osteuropäischen Ländern stellten Angehörige der Intelligenz auch in Polen die meisten Aktivisten des bürgerlichen „Wandels“. Heute kommen aus ihren Reihen 84 % der einflußreichsten Rechten. Dafür gibt es Gründe: Die meisten Angehörigen der polnischen Nachkriegsintelligenz entstammten der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie, der vorwiegend privilegierten und zumeist antikommunistisch orientierten Vorkriegsintelligenz und sogar Großgrundbesitzerfamilien. Entgegen verbreiteten Vorstellungen wurde die polnische Intelligenz während der faschistischen Okkupation nicht völlig ausgerottet. Ermordet wurde etwa ein Fünftel, die andere Hälfte der Opfer brachte die Intelligenz der jüdischen nationalen Minderheit. Die polnischen Verluste konnten durch das Untergrundschulwesen teilweise ausgeglichen werden. Hier und unter den Absolventen der ersten Nachkriegsjahre überwogen Menschen aus dem Kleinbürgertum.

Die auf schwachen Füßen stehende Volksmacht öffnete zwar die Türen der Hochschulen, doch unter den Studenten waren die Vertreter der Arbeiterklasse immer in der Minderheit. Nur selten betrug ihr Anteil über 30 %. In den lukrativen Studienrichtungen lag er ohnehin weit darunter. Hinzu kam, daß der Staat unbedingt gewillt war, die Angehörigen der Vorkriegsintelligenz für sich zu gewinnen, was ihm allerdings nur in geringem Maße gelang. Dadurch wurde der bürgerliche Einfluß ungewollt konserviert. Auch alle Versuche der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), ihren Einfluß an den Hochschulen politisch und ideologisch zu stärken, schlugen letztlich fehl. So konnte sich die kleinbürgerliche Intelligenz im wesentlichen aus sich selbst reproduzieren. Sie hatte sich in den Jahren, als die Partei die gesellschaftlichen Prozesse noch beherrschte und große Aufbauleistungen vollbracht wurden, als besonders anpassungsfähig erwiesen. Mit der politischen Krise Mitte der 50er Jahre mußte die PVAP überrascht erkennen, daß ihre Arbeit

unter der Intelligenz gescheitert war. Durch diese Ereignisse geschwächt, hatte sie weder eine Konzeption noch Konsequenz und Kraft zu einer notwendigen und ausgewogenen Korrektur ihrer Intelligenzpolitik.

Zudem ging besonders nach 1956 die Partei immer mehr von einer marxistischen Hochschulpolitik ab und ließ sich hierbei zunehmend von nationalistischen Positionen treiben. Das führte zu unrealistischen Auffassungen und gefährlichen Illusionen. Die wohl meistverbreitete war, daß selbst ein den Sozialismus ablehnender Hochschulabsolvent immer noch Pole sei und letztlich für sein Land arbeiten werde. Als verhängnisvoll hatte sich die von der PVAP praktizierte Methode erwiesen, z. B. durch langjährige Studienaufenthalte mit Stipendien in hochentwickelten westlichen Ländern besonders befähigte Akademiker an Volkspolen zu binden. Genau das Gegenteil davon wurde erreicht, wie der Werdegang vieler antikommunistischer Wissenschaftler zeigt. So kam es, daß polnische Hochschulen nahezu ungehindert zu geistigen Brutstätten der Konterrevolution wurden. In keinem anderen sozialistischen Land wurde so offen bürgerliche Ideologie unter dem Deckmantel der „Freiheit der Wissenschaft“ gelehrt und auch gelebt. Nirgendwo zeigten sich Studenten derart oft in der ersten Reihe bei antisozialistischen Aktivitäten wie in Polen. Hierbei standen ihnen immer die Kader und die Logistik, der katholischen Kirche zur Verfügung. Als die Parteiführung in den 80er Jahren grundlegende und gravierende Fehler in ihrer Intelligenzpolitik einräumte, war es schon zu spät.

„Wendehälse“ hatte die polnische Konterrevolution kaum nötig. Nur 4 % der eingangs erwähnten 600 Politiker gehörten vor 1980 der PVAP an, die Zahl der Renegaten

aus den anderen einstigen Blockparteien liegt noch darunter. Wer heute rechts steht, war es zumeist schon immer!

1989 verfügte die Bourgeoisie über qualifizierte Fachleute zum Machtantritt in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Unter den bedeutenden rechten Politikern aus der Intelligenz hatte jeder Dritte in Volkspolen promoviert, und etwa die Hälfte der Promovierten waren Dozenten bzw. Professoren. Fast jeder Fünfte von ihnen hatte unter der Volksmacht irgendwann eine bedeutende leitende Position bekleidet, obwohl der Staat über die Einstellung dieser Leute Bescheid wußte. Die meisten von ihnen verteilten heute Volkspolen und spielen sich gern als politisch Verfolgte auf. In Wahrheit jedoch behandelte man sie überwiegend sehr kulant. Nur 17 % von ihnen waren – zumeist für kurze Zeit – inhaftiert bzw. interniert worden. Dabei hatten einige sogar mit der Waffe in der Hand in den Nachkriegsjahren gegen die Volksmacht gekämpft; doch diese räumte den „früheren“ Gegnern anschließend Hochschulplätze und Arbeitsmöglichkeiten ein, so daß aus ihnen Juristen, Historiker, Chemiker und Lehrer werden konnten.

Viel härter reagierte der sozialistische Staat gegen führende Konterrevolutionäre aus der Arbeiterschaft (z. B. Lech Walesa), die zumeist hartnäckiger als die Intellektuellen waren. Ein Drittel von ihnen wurde inhaftiert bzw. interniert.

Ein interessantes Bild vermittelt die Berufsstruktur der rechten Akademiker. Hieran ist auch zu ersehen, an welchen Fakultäten jahrzehntelang bürgerliche Ideologie am stärksten verbreitet war. Die meisten – 60 % – entstammten der sogenannten humanistischen Intelligenz. Die größte Gruppe unter ihnen stellen Juristen (23 %). Ihnen folgen zu je 10 % Historiker und Ökonomen, dann Lehrer (7 %). 40 % kommen aus der technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Intelligenz.

Das kapitalistische Polen ist nach 45 Jahren Volksmacht bestens mit Experten ausgestattet. Unter ihnen sind – wie kurz nach dem Krieg – linke Auffassungen wenig verbreitet.

Heute ist die polnische Intelligenz die zahlenmäßig bedeutendste und beruflich einflußreichste gesellschaftliche Schicht, die sogar geschlossener, fester und intensiver als die Intelligenz der Zwischenkriegszeit auf bourgeois Positionen steht. Das erschwert zusätzlich den Kampf um eine fortschrittliche Alternative. Der Rechtssieg bei den jüngsten Wahlen hat es erneut gezeigt.



„Halleluja!“ „Wir sind von Gott gesandt, um Ihnen zu sagen, wie Sie wählen sollen.“ Aus „The Guardian“, Sydney

Stefan Warynski

Die USA schalten und walten in Afghanistan, wie es ihnen beliebt. Gefangene werden auf bloßen Verdacht hin nach Guantánamo Bay auf Kuba verschleppt, dort inhaftiert und schwer mißhandelt, oder auf den Luftwaffenstützpunkten der US-Truppen in Bagram, 60 Kilometer nördlich von Kabul, in Gardes, Provinz Paktia, in Asad Abad in der nordöstlichen Provinz Kunar und in Qandahar festgehalten. Nach Angaben von Amnesty International besitzt die US-Besatzungsarmee „über 20 solcher Stützpunkte in Afghanistan“, wo „nach wie vor Folter und andere grausame, unmenschliche und

heißt es in einer Erklärung von Jean Arnault, Sondergesandter Kofi Annans für Afghanistan. „Allgemein halten sich die Vereinigten Staaten nicht an gesetzliche Standards in bezug auf ihre Operationen in Afghanistan, darin eingeschlossen die Genfer Konventionen“, lautet das Urteil von Human Rights Watch.

Der afghanische Präsident Karsai hat etwa 100 Personen um sich geschart, die er wie Schachfiguren hin und her schiebt. Selbst wenn diese Straftaten begehen, werden sie lediglich versetzt, manche sogar zu Ministern oder Gouverneuren ernannt. Polizei und Sicherheitsdienste

Rights Watch „regelmäßig die Rechte von Frauen und Mädchen“. Afghanische Journalistinnen, deren Reportagen den Islamisten nicht passen, werden umgebracht, so z. B. Schaima Resaji, TV-Moderatorin beim Privatfernsehen „Tolo“, die am 18. 5. 2005 im Kabuler Vorort Tschar Qala starb. Zuvor war sie mehrfach durch den Obersten Richter am Staatsgerichtshof, den Ultraislamisten Fasel Hadi Schinwari, einen Vertrauten Karsais, scharf attackiert worden, was einem Todesurteil gleichkam.

Frauen sind auch vier Jahre nach dem Sturz des Taleban-Regimes immer noch schutz- und rechtlos. „Fast jede Frau in Afghanistan wird von Gewalt bedroht.“ Dabei stellen „Polizei, Justiz und die Gewaltbereitschaft von Familienmitgliedern [...] eine alltägliche, brutale, oft tödliche Bedrohung“ für afghanische Frauen dar. Auch ausländische und afghanische Mitarbeiterinnen der Hilfsorganisationen sind inzwischen entführt und umgebracht worden.

In der sogenannten Übergangshaftanstalt von Kabul sind 16 Frauen eingekerkert, 14 von ihnen angeblich wegen Unzucht. Nach der Interpretation der Islamisten ist es bereits Unzucht, wenn eine Frau mit einem Mann auf der Straße spricht. Daß Kabul eine Frauenministerin unterhält, nutzt den meisten Afghaninnen wenig.

Die Frauenrechte werden auch im „neuen“ Afghanistan weiterhin mit Füßen getreten. Wie zu Talebanzeiten werden sie auf den Verdacht hin, fremdgegangen zu sein, gesteinigt. Ein besonders abscheuliches Beispiel dafür ist das durch die örtlichen Behörden tolerierte öffentliche Lynchen einer 29jährigen wegen angeblichen Ehebruchs in Badakschan am 21. 4. 2005. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Menschenrechtssituation im Kabuler Machtbereich und straft alle schönfärbende Propaganda Lügen.

Auch die jüngsten Wahlen haben daran nichts geändert, zumal die schlimmsten Warlords und deren Killer jetzt im Parlament sitzen.

Dr. Matin Baraki

Schreckensbotschaften aus Afghanistan

erniedrigende Behandlungsmethoden angewendet werden“. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das zeitweise Kontakt zu den in Afghanistan inhaftierten Häftlingen hatte, erhält jetzt keine Zugangserlaubnis mehr. Nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wurden bis April 2005 in Bagram neun Gefangene zu Tode gefoltert. Während in Qandahar etwa 70 Gefangene einsitzen, sind es in Bagram etwa 450. Einige von ihnen befinden sich seit über einem Jahr ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Gewahrsam. Sie haben weder Zugang zu ihren Familienangehörigen noch zu Rechtsanwälten.“ Die in US-Haft befindlichen Gefangenen, werden verschiedensten Formen von Mißhandlungen ausgesetzt, u. a.: „Schlafentzug, Zwangsentkleidung, rassistische und auf die religiöse Überzeugung bezogene Beleidigungen und Verhöhnungen, lange Einzelhaft, langes Stehen, Knien oder Kriechen, das Aufhängen mit Handschellen an der Decke, Androhung von Folter, Vergewaltigung und Tod, Dunkelhaft, Einsatz von Hunden, um Angst zu erzeugen, erzwungenes Scheren des Bartes sowie der Kopf- und Körperbehaarung, Wasser- und Nahrungsentzug, Elektroschocks und Verbrennungen mit Zigaretten“. All diese Punkte wurden in einem am 2. 6. 2005 ausgestrahlten BBC-Beitrag von mehreren Exgefangenen bestätigt. Auch aus anderen Ländern werden Menschen nach Afghanistan verschleppt: „Du bist an einem Ort, wo es keine Gesetze gibt.“ Und „wenn hier einer gequält wurde und starb – wer sollte das schon ahnden?“ Die UNO verurteilte am 22. 5. 2005 diese menschenverachtenden Handlungen des US-Personals. „Solche Mißhandlungen sind in keiner Weise hinnehmbar und ein Affront gegen alles, wofür die internationale Gemeinschaft in Afghanistan steht“,

werden von den Pandjschiri-Warlords dominiert. Nicht wenige Entführungen, Raubüberfälle und Morde gehen auf ihr Konto. Die afghanische Polizei, darunter 1500 Führungsoffiziere „und die im Dienst befindlichen ehemaligen Mudschaheddin“ werden seit August 2002 vom BRD-Innenministerium zu einer „den Menschenrechten verpflichteten Polizei“ ausgebildet. Doch gerade diese Sicherheitskräfte sind, wie die Kabuler Administration einräumen muß, ein Hauptfaktor der Unsicherheit.

Die Warlords (örtliche und regionale Machthaber mit militärischem Anhang) und andere bewaffnete Parteien, mit denen die „Regierung verhandelt und zusammengearbeitet hat, genauso wie offizielle Vertreter der US-Regierung“, verletzen nach einem Bericht von Human



„Wir glauben an Demokratie, Freiheit und Folter.“ Aus „The Guardian“, Sydney



„Es macht mich richtig verrückt – das Elend und Leid, das jene Terroristen mit ihren Bomben verursachen.“ Aus „The New Worker“, London

Irans Tudeh-Partei gegen US-Aggression und Mullah-Despotie

Auf hemmungslosem Kurs zur unumschränkten Weltherrschaft verfolgt die Bush-Administration ihre Strategie zur Beherrschung und Ausbeutung des Nahen und Mittleren Ostens. Deshalb inszenierte sie den Konflikt um Irans Atomprogramm und heizt ihn bis zur Drohung mit einem nuklearen Präventivschlag an. Die EU und ihr „Trio“ Großbritannien, Frankreich und Deutschland stützen Bushs Kurs (vgl. RF 2/05).

Die Herrschenden Irans unter Chomeini-Nachfolger Chamenei sind einerseits bemüht, ihr Land nicht wie in den Jahrzehnten vor dem Sturz des Schah-Regimes 1979 den USA zu unterwerfen. Andererseits unterdrücken sie rigoros und brutal die demokratische Opposition. Sie verbinden die Verfolgung der legitimen Rechte des Landes – auch zur friedlichen Nutzung der Atomenergie – mit internationaler Kraftmeierei zur Festigung ihrer Herrschaft und bewegen sich zwischen Verständigungsbereitschaft und Provokation des Westens. Damit trägt auch das Mullah-Regime selbst zur Verschärfung des gefährlichen Konflikts bei.

Die Tudeh-Partei Irans (TPI) ging 1941 aus der bereits seit 1920 v. a. in Nordiran wirkenden Kommunistischen Partei Irans hervor. Die Neugründung erweiterte die Aktionsbasis und sollte legale Wirkungsmöglichkeiten erschließen. Die TPI führte seither stets den Kampf in zwei Hauptrichtungen: gegen imperialistische, koloniale Hegemonie und Ausplünderung, für Unabhängigkeit und Souveränität des Landes, für die Interessen und Rechte aller Völker Irans. Seit Ende des II. Weltkrieges bedeutete das ständige Auseinandersetzen mit den Machenschaften der USA. Wie für die nationale Befreiung kämpfte und kämpft sie in vorderster Front für die soziale Befreiung, gegen Ausbeutung und feudale Knechtschaft, für Demokratie. Als älteste demokratische und patriotische politische Kraft des Landes fähig, große Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, brachte sie unermessliche Opfer und war die meiste Zeit in tiefe Illegalität gezwungen – so auch heute. Unerschütterlich erhebt sie ihre Stimme, sowohl durch das Zentralkomitee als auch durch aktive Exilorganisationen wie die in Deutschland tätige.

In einer jüngst im Zentralorgan des ZK der TPI „Nameh Mardom“ veröffentlichten Erklärung heißt es: „Wir verfolgen mit Sorge die militärischen Drohungen der USA gegen Iran. Wir sind der Auffassung, daß die Politik der USA im Zusammenhang mit Iran in Wahrheit Bestand-

teil ihrer Strategie ist, durch Erpressung die Anwohnerstaaten zur Akzeptanz des Konzepts des ‚Größeren Mittleren Ostens‘ unter wirtschaftlich-militärischer Hegemonie des US-Imperialismus zu bewegen. Wir sind der Überzeugung, daß jede Art Aggression der USA oder Israels lokal oder global gegen militärisch-nukleare oder politisch-strategische Anlagen Irans für die Menschenrechte und die Demokratie, für alle diejenigen, die für eine demokratische Alternative in Iran kämpfen, einer vollständigen Katastrophe gleichkäme. Das iranische Volk, demokratische und fortschrittliche Kräfte, die gegen die Diktatur kämpfen, sind strikt gegen jegliche ausländische Einmischung. Wir sind der Überzeugung, daß die Politik der permanenten Drohungen der Vereinigten Staaten auch das Ziel einer Unterstützung ihrer Anhänger in Iran verfolgt, damit diese ... als ‚Retter der Nation‘ gegenüber einer Aggression der USA in Erscheinung treten könnten. Wir sind der Überzeugung, daß ein militärischer Angriff gegen Iran oder jedes andere Land im Mittleren Osten ein neuer Schlag gegen den Weltfrieden und den Kampf der Völker der Region für Menschenrechte, Demokratie und sozialen Fortschritt wäre.“

Die patriotischen und internationalistischen Positionen der TPI wurden aktuell auch durch Vertreter der deutschen Exilorganisation unterstrichen: „Wenn es nach dem Willen des amerikanischen Präsidenten Bush geht, ist als nächstes Iran an der Reihe, militärisch angegriffen zu werden, unter dem Vorwand, den Bau von Atomwaffen in Iran verhindern zu wollen.“

Unter Verletzung elementaren Völkerrechts ... meint Präsident Bush, allein darüber entscheiden zu können,

- wer, wenn überhaupt, welchen Platz in der Völkergemeinschaft einnehmen darf,
- welcher Staat ‚demokratiefähig‘ ist, und wer wie und wann abgestraft werden muß ...,
- wer den amerikanischen ‚Wertvorstellungen‘ genügt, und wer zu den ‚Schurkenstaaten‘ gehören soll,
- wer (wie z. B. Israel und Pakistan) im Besitz von Atomwaffen sein darf und wer nicht ...

Durch völkerrechtswidrige Überfälle auf Afghanistan und Irak haben, wie nicht anders zu erwarten war, terroristische Aktivitäten in der Region keineswegs ab-, sondern im Gegenteil beträchtlich zugenommen. Und die Diskussion darüber, ob unter den gegebenen Umständen nicht der Besitz eigener Atomwaffen einen verlässlicheren Schutz vor weiteren imperialistischen Aggressionen gewährleisten würde (siehe Nordkorea), hat in einigen bedrohten Ländern neue Nahrung gefunden.

Als Teil der Friedensbewegung sind wir entschieden für die Ächtung sämtlicher Massenvernichtungswaffen weltweit. Wir setzen uns ein für Abrüstung und eine atomwaffenfreie Welt, ohne Ausnahme, also auch mit den USA befreundeter Staaten wie Israel und Pakistan, von denen zur Zeit innerhalb der Region die größte Bedrohung ausgeht.

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder in Osteuropa ist die Gefahr atomarer Kriege größer geworden denn je ... Dem entgegenzuwirken, erfordert konsequenten allseitigen Kampf gegen jede Form von Kriegstreiberei und gegen den damit verbundenen Demokratie- und Sozialabbau nach innen ... Das heißt auch: Schluß mit der Besetzung Iraks und weiteren aggressiven US-amerikanischen und anderen imperialistischen Plänen! Solidarität mit dem Widerstand des irakischen Volkes!“

Die Kommunisten und mit ihnen die anderen demokratischen Kräfte Irans, die für die Überwindung der Mullah-Diktatur wirken, sind auch nach der Wahl des neuen Präsidenten Ahmadinedschad in großer Sorge um die Zukunft des Landes. Angesichts der massiven Drohungen aus Washington und der zunehmend erpresserischen Haltung der EU beziehen die Teheraner Machthaber Positionen, die ihre Widersacher im Westen provozieren und die Gefahren für das Land und für die Souveränität Irans vergrößern und seine internationalen Positionen zusätzlich angreifbar machen.



„Vergeßt nicht, die Ölfelder zu verschonen! Spart die stärksten Raketen für die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur auf!“

Aus „Proletären“, Göteborg

Bernd Fischer

KPÖ-Marxisten erfolgreich

Gegenwärtig ist die rechtsopportunistische Führung der KP Österreichs unter Walter Baier darum bemüht, sich an die erfolgreichen Genossen in der Steiermark anzuhängen und den Eindruck zu erwecken, als sei deren gutes Abschneiden bei den jüngsten Regionalwahlen auch ihr Sieg. Insbesondere die politisch unbedarfte Wiener KPÖ-Spitzenkandidatin Melina Klaus, eng mit Baier verbunden, sucht die

Fortschritte der steirischen Landesorganisation für ihren eigenen Wahlkampf zu instrumentalisieren. Dabei erwiesen sich diese – die als „orthodox-marxistisch“ geltende steirische KPÖ errang 6,3 % und zog mit vier Abgeordneten in die Landesvertretung ein – nicht gerade als Ergebnis der Politik Baiers, sondern waren der Lohn für eine seit Jahren in der Steiermark verfolgte konsequente Linie zur Verteidigung der

Interessen des ausgebeuteten und ausgegrenzten Teils der Bevölkerung. Der KPÖ-Landesvorsitzende Franz Stephan Parteder und seine Freunde lieferten den Beweis, was eine politisch saubere und massenorientierte Führung ausrichten kann. Der Vormarsch der Kommunisten in der Steiermark läßt hoffen. Bereits bei den vorausgegangenen Kommunalwahlen in Graz hatten die Genossen der Landeshauptstadt um den

populären Stadtrat Ernest Kaltenegger – vom ND in einem schludrig redigierten Beitrag zunächst als Ernst Kaltenbrunner (!) vorgestellt – rund ein Fünftel der Stimmen erhalten. Wie man sieht, geht es mit der KP Österreichs dort voran, wo die innerparteiliche Atmosphäre nicht durch autoritären Kommandostil, interne Intrigen und politisch-ideologische Beliebigkeit vergiftet wird.

S. R.

USA-Gewerkschaftsbewegung auseinandergebrochen

Die bisher 13 Millionen Arbeiter und Angestellte umfassende AFL-CIO ist in zwei Lager zerfallen. In der 119jährigen Geschichte der USA-Gewerkschaftsbewegung hat bereits einmal eine gravierende Trennung der Kräfte stattgefunden. Das war in den stürmischen 30er Jahren, als sich die 1886 gegründete und eher konservative American Federation of Labor (AFL) durch die Konkurrenz der neuen, überwiegend von linken Führern ins Leben gerufenen Arbeiterzentrale Congress of Industrial Organizations (CIO) herausgefordert sah. Knapp zwei Jahrzehnte später vereinigten sich die beiden zerstrittenen Dachverbände wieder.

Am Vorabend ihres 50. Jahrestages, der mit einem Kongreß begangen wurde, kam es zum erwarteten Auseinanderbrechen der AFL-CIO. Eine starke Gruppe mit der Gewerkschaft der Lastwagenfahrer (Teamsters), den Beschäftigten des Dienstleistungssektors (SEIU), den Arbeitern der Nahrungs-

mittelbranche und des Handels (UFCW), des Textilarbeiterverbandes, der Beschäftigten des Hotel- und Gaststättengewerbes, der Hilfsarbeitergewerkschaft und den Landarbeitern (UFW) zog sich von der AFL-CIO zurück. Inzwischen hat sich eine Gegenzentrale formiert. Obwohl die Sprecher der abgesprungenen Verbände erklären, sie wollten die Gewerkschaftsbewegung stärken und nicht spalten, es gehe ihnen um den Versuch ihres Neuaufbaus usw., ist die jetzt erfolgte Trennung mit dem gewerkschaftlichen Klärungs- und Konsolidierungsprozeß der 30er Jahre nicht vergleichbar. Persönliche Machtambitionen von Angehörigen der hohen Gewerkschaftsbürokratie stehen im Vordergrund. Sie werden der Mitgliedschaft natürlich als „Verteidigung hoher Ideale“ verkauft.

Während sich die Spitzenfunktionäre – Sweeney bei der Rest-AFL-CIO, Stern und Hoffa jr. bei der sogenannten Change to Win Coalition (Koalition für ei-

nen Wechsel, um zu gewinnen) – gegenseitig attackieren und taktische Manöver veranstalten, sind sie sich zugleich in der weiteren Unterstützung der Demokratischen Partei – sie regiert die USA im Wechsel mit den Republikanern – durchaus einig. Es handelt sich also nicht um einen von der Basis herbeigeführten Ausbruch aus dem großbürgerlichen Zweiparteiensystem der Vereinigten Staaten. Alles bleibt im Rahmen des Reformismus.

Die New Yorker Zeitung „Workers World“ stellte die Frage, ob der Machtkampf die 13 Millionen Gewerkschafter der USA mit neuer Energie erfüllen und den Angriff des „Amerikas der Konzerne“ auf die Arbeiterrechte zum Stehen bringen werde. Beide Gewerkschaftslager befinden sich zur Zeit auf dem Prüfstand,

schreibt das linke Blatt. Wenn sie einen Nerv für die Grundfragen besäßen, müßten sie die sofortige Beendigung der Okkupation Afghanistans und Iraks fordern, die viele Milliarden Dollar von dringend benötigten sozialen Projekten abzögen, würden sie die unverzügliche Rückführung der amerikanischen Soldaten verlangen. Sie müßten zugleich dem institutionalisierten Rassismus und der nationalen Unterdrückung sowie der Frauendiskriminierung auch in den Gewerkschaften den Kampf ansagen. Alle Kräfte müßten darauf konzentriert werden, die Trennung der beiden Lager in täglicher Aktionseinheit zu überwinden, zumal der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den USA ohnehin äußerst niedrig sei.

R. F. / „Workers World“



„Wir haben beschlossen, Eure Löhne anzupassen, damit sie mit denen der Dritten Welt konkurrieren können.“

Aus „The Guardian“, Sydney

Am **12. November** um **10.00 Uhr** spricht der Bundestagsabgeordnete **Dr. Diether Dehm** im **HKB Neubrandenburg**, 7. Etage, über das Thema

Die Linke im Bundestag – wie weiter

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen. Veranstalter: „RotFuchs“-Regionalgruppe



Der Pariser Schriftstellerkongreß 1935

Paris, St-Germain-des-Pres, Rue Saint-Victor, 21. Juni 1935, abends gegen 21 Uhr: Hier, im Theatersaal der Mutualité, beginnt ein Ereignis, das bis dahin ohne Beispiel in der Geschichte der Literaturbeziehungen ist: der Erste Internationale Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur. Aus 37 Ländern sind etwa 250 Schriftsteller der Einladung gefolgt, ausgesprochen von Barbusse, Aragon, Bloch, Malraux, Gide u. a. Auf Plakaten in Paris dazu eingeladen, strömen Tausende zum Tagungsort, Angehörige aller Klassen und Schichten. Täglich, bis zum Ende des Kongresses am 25. Juni 1935, werden sie zur Mutualité kommen, und der Platz wird nicht für alle reichen. Lautsprecher übertragen die Reden nach draußen. In Paris wird, wie so oft schon (zuletzt wohl im Mai 2005), die Carmagnole gepfiffen und die phrygische Mütze aufgesetzt. Was war das Neue, noch nicht Dagewesene des Kongresses? Warum, welche Zeitumstände führten zu dieser Tagung? Welche Faszination, welche Wirkungen gingen von ihm aus?

Es war der Wille, die kulturellen Werte vor dem Faschismus zu bewahren. Einschneidende Ereignisse hatten sich in den zurückliegenden Jahren vollzogen – und, wir wissen es als Nachgeborene: Das Jahr 1935 war ein Wegzeichen, das Katastrophen ankündigte, aber auch Hoffnungen aufkeimen ließ.

Seit 1933 ist der Faschismus in Deutschland an der Macht, die Kriegsgefahr gewachsen, das Dollfußregime hat die österreichischen Arbeiter niedergeschlagen (1934), in einer Reihe europäischer Staaten wurden halbfaschistische Diktaturen etabliert. Aber, und das ist das Neue, Großartige: Die antifaschistischen Gegenkräfte haben es verstanden, sich zu formieren. Die kommunistische Bewegung beginnt, ihre Fehler zu überwinden, insbesondere die schädliche „Sozialfaschismus“-Theorie. Die Analyse des Faschismus führte zu der Einsicht,

daß die bürgerliche Demokratie durchaus Verteidigungswertes aufzuweisen hat und auf den angestrebten Sturz des Hitler-Regimes nicht die Diktatur des Proletariats, ein „Sowjetdeutschland“, mit Notwendigkeit folgen wird. Befördert wurde das durch die Ereignisse in Frankreich. Im Februar 1934 verhinderten hier die vereinten Linken einen faschistischen Putsch. Wie so oft in diesem Land, ergriffen nicht zuletzt die Intellektuellen die Initiative. Im März 1934 gründeten sie ihr „Wachsamkeitskomitee“ (C.V.I.A.). Im Präsidium: Rivet, Alain und Langevin – ein Sozialist, ein Radikaler und ein Kommunist – jene Parteiengruppierung hier schon, die wenig später den Kern der Volksfront bildete. Ein Manifest rief die Geistesschaffenden „zum Kampf an der Seite der Arbeiter gegen die Pläne zur Errichtung einer faschistischen Diktatur und zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten“ auf. Im gleichen Monat traf Maurice Thorez, Vorsitzender der FKP, in Moskau mit Pieck und Dimitroff zusammen. Das Thema ihrer Beratung: die Analyse der politischen Situation in Deutschland und Frankreich und die Konsequenzen für die Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale.

Der VII. Weltkongreß der KI (1935) erhob die Kursänderung zum Beschluß: die Politik der Einheits- und Volksfront als Basis einer demokratischen Republik.

1936 siegte die „Front populaire“ bei den Wahlen. Leon Blum bildete die Regierung. Thorez, Daladier und Blum umarmten sich vor dem Volk von Paris. Welch eine Stunde! Die Carmagnole, die phrygische Mütze ... wie schon 1789, 1830, 1848 und 1871 – das Trauma aller Reaktionäre der Welt. Paris tanzte, wie immer, auf dem Platz der Bastille. Marseillaise und Internationale ...

In dieser Zeit war Frankreich für die Komintern das Zentrum zur Umsetzung der antifaschistischen Strategie geworden.

Im Februar 1936 siegte das Volksfrontbündnis auch bei den Wahlen in Spanien. Manuel Azana stand an der Spitze der neuen, antifaschistischen Regierung. Getragen von der Mehrheit des Volkes konnte der Putschversuch Francos abgewehrt werden.

Bereits im August 1934 hatte Johannes R. Becher in seiner Rede auf dem Moskauer Schriftstellerkongreß die Volksfrontkonzeption („Das große Bündnis“) vorgezeichnet. Eines der Fundamente sollte die Allianz der Intellektuellen mit den werktätigen Klassen und Schichten sein. Er forderte die Hinwendung

zur Geschichte, die Aufnahme des progressiven Erbes der bürgerlichen Kultur, um sie „zu retten und zu reinigen“ vor faschistischer Beschmutzung. Einerseits sah sich Becher selbst in dieser Tradition stehend, andererseits stellte er sich der faschistischen Lüge entgegen, das Dritte Reich verteidige die „nationale Kultur“ gegen den „Kulturbolschewismus“. Die von Becher ausgestreckte Hand, diese Geste, nein, dieses Konzept, sollte Wirkung zeigen ... Wenn heute die bürgerlichen Medien, eingeschlossen ihre Auftraggeber, die Volksfrontpolitik ausschließlich negativ als „Werk und Täuschungsmanöver der Kommunisten“ diffamieren, als „Befehl Stalins“, ist das eine schäbige Lüge. Selbst die neudeutschen Faschisten (!) suchen das gute Wort von der Volksfront für ihre Politik zu mißbrauchen.

Eindeutig aber ist: Die Literatur nahm vorweg, was die Volksfront politisch realisieren sollte. Paul Vaillant-Couturier, einer der Köpfe der FKP, war es schließlich, der den Begriff „Verteidigung der Kultur“ in die Diskussion einbrachte. Kurz davor wurde nach intensiven Gesprächen zwischen Malraux, Aragon und Ehrenburg die Idee des Kongresses geboren. Die Tagung in der Mutualité gestaltete sich zur wichtigsten, einfluß- und folgenreichsten Manifestation der engagierten Intellektuellen der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts.

Daß die Komintern diesen Kurs unterstützte, war nur zu natürlich, hatte doch das 13. Plenum ihres Exekutivkomitees (EKKI) im Dezember 1933 die Kommunisten zur verstärkten antifaschistischen Massenarbeit aufgefordert. Dennoch sei nochmals unterstrichen: Der Kongreß war nicht die Sache einer linken Bewegung und insofern kein kommunistischer. Er reflektierte die Notwendigkeit, ein künstlerisches und politisches Verhalten zu entwickeln, das der akuten Bedrohung durch den Faschismus entsprach, die gerade darin bestand, daß dieser die Grundlagen der bürgerlichen wie der sozialistischen Demokratie ernsthaft in Gefahr brachte. Der Kampf gegen die Barbarei erforderte einen Humanismus neuer Art. Damit war die Verantwortung der sozialistischen und bürgerlichen Intellektuellen angesprochen.

Prominente Weggenossen gaben dem Kongreß sein Gesicht: André Malraux, André Gide, Heinrich Mann. Mit dem Kommunismus und der UdSSR sympathisierten sie allesamt, waren aber nicht Mitglieder einer KP. Die deutsche und die sowjetische Delegation fanden die besondere Aufmerksamkeit der Delegierten und Zuhörer. Die Diskussionen verliefen oft so kontrovers wie die Kongreßteilnehmer ihrer politisch-sozialen Herkunft nach heterogen waren. Aber nicht das Trennende stand im Vordergrund, sondern das einigende antifaschistische Wirken.



Warum das FBI Albert Einstein ausspionierte

Die USA-Bundespolizeibehörde FBI hat den bedeutendsten Physiker des 20. Jahrhunderts seit 1945 systematisch überwacht. Seine Geheimakte umfaßt 1800 Seiten. Ziel der Beobachtung war die Diskreditierung und mögliche Ausweisung Einsteins aus den Vereinigten Staaten. Der Franzose Fred Jerome hat jetzt im Pariser Verlag Frison-Roche dazu ein entzündendes Buch veröffentlicht.

1939 hatte sich Albert Einstein (1879 bis 1955) an USA-Präsident Franklin Delano Roosevelt mit der dringenden Bitte gewandt, er solle Anweisung zum Bau einer amerikanischen Atombombe erteilen, da zu befürchten sei, daß die deutschen Faschisten sonst in deren Alleinbesitz gelangen und so die ganze Welt erpressen könnten. Nach Hitlers Machtantritt im Januar 1933 hatte er, einst ein leidenschaftlicher Pazifist und Weltkriegsgegner, seine Position geändert. Während des spanischen Bürgerkrieges (1936–1939) ergriff er Partei für die republikanische Seite und rief dazu auf, den Faschismus mit Waffengewalt zu schlagen.

Schon Ende 1938 fühlte sich Einstein alarmiert. Die Gefahr der Entwicklung einer Waffe mit vieltausendfacher Zerstörungskraft konventioneller Sprengstoffe durch die Nazis sah er als enorme Bedrohung an. Im amerikanischen Exil drang der Physiker darauf, daß die USA Hitlerdeutschland unbedingt zuvorkommen müßten. Sein am 2. August 1939 geschriebener Brief an Roosevelt erreichte den Präsidenten erst am 3. Oktober. Der reagierte zurückhaltend. Am 7. März 1940 trommelte Einstein abermals Alarm. Doch Roosevelt verhielt sich noch immer

reserviert. Erst kurz vor dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg (Dezember 1941) gab er grünes Licht für ein Kernwaffenprogramm der Vereinigten Staaten. Der große Gelehrte zeigte sich darüber enttäuscht, daß die Administration mehrheitlich nicht auf konsequent antifaschistischen Positionen stand. Im September 1942, zu Beginn der Stalingrader Schlacht, fragte er öffentlich: „Warum hat Washington beim Strangulieren des loyalistischen Spaniens geholfen? Warum gab es keinerlei Anstrengungen, Rußland Hilfe zu leisten, das dieser dringend bedurft hätte?“ Und er fügte hinzu: „Die Regierung wird in großem Maße durch die Finanziere kontrolliert, deren Mentalität dem faschistischen Geisteszustand nahe ist.“ Im Januar 1943 erklärte Einstein dann: „Ohne Rußland hätten die blutrünstigen deutschen Hunde ihr Ziel erreicht oder wären ihm zumindest nahe gekommen. Unsere Kinder und wir haben eine riesige Dankesschuld gegenüber dem russischen Volk, das so ungeheure Verluste und Leiden ertragen hat.“

Der berühmte Physiker wurde von der Mitarbeit an der Entwicklung der ersten Atombombe gezielt ausgeschlossen. Wenn er der Equipe von Los Alamos angehört hätte, urteilte das FBI, wäre er dazu imstande gewesen, sein außerordentliches Prestige gegen deren Abwurf geltend zu machen. Im August 1945 – nach der Einäscherung Hiroshimas und Nagasakis – verurteilte Einstein das Geschehene auf das schärfste. Er ordnete die Bombardierung dem virulenten Antisowjetismus Präsident Trumans zu, der nach Roosevelts Tod im April 1945 auf diesen gefolgt



war. 1946 begann der kalte Krieg, und mit ihm setzte in den USA eine beispiellose antikommunistische Hysterie ein. Bald beherrschten die Hexenjagden Senator McCarthys die politische Szene. Die internationale Lage war äußerst angespannt. Doch 1949 gab es einen Befreiungsschlag: Überraschend wurde aus Moskau gemeldet, die UdSSR sei nun ebenfalls im Besitz der Atomwaffe. Als die Vereinigten Staaten im Juni 1950 ihre Aggression gegen Nordkorea begannen, verfügten sie schon nicht mehr über das Monopol des Schreckens.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Denunziantentum heute

In einem Beitrag des „Nordkurier“ (28. 9.) bedauert der Beauftragte für die Unterlagen des MfS in Mecklenburg-Vorpommern, Herr Jörn Mothes, daß am 20. Dezember 2006 laut Gesetz die Möglichkeit zur Überprüfung Verdächtigter endet. Nach Ablauf dieser Frist dürfen Erkenntnisse über eine „Stasitätigkeit“ dem Betroffenen nicht mehr vorgehalten werden. Natürlich denkt Herr Mothes offenbar auch an sein hochdotiertes Salär. Er rühmt sich, daß allein in seinem Bundesland 943 Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes gekündigt wurde, während es mit weiteren 843 Personen „Auflösungsverträge“ gab. Mothes räumt ein, daß Leute „geflogen“ seien, nur weil sie eine Kartei als Mitarbeiter vermerkte. Hektisch werden jetzt in aller Eile neue „Beweismittel“ produziert.

So veröffentlichte man Anfang September 2005 eine Studie von Christiane Baumann, deren mangelnde Sachkenntnis der Literatursituation und der Kulturpolitik der DDR ihre westdeutsche Herkunft verrät. Die „Dokumentation zur Geschichte des Literaturzentrums Neubrandenburg 1971–1989“ wurde mit 10 000 Euro aus au-

ßerplanmäßigen Mitteln des Oberbürgermeisters Dr. Krüger (CDU), des Bildungsministers von M-V und des Landesbeauftragten Mothes gefördert. In der Schrift gibt es kaum Hinweise auf die Breite der die Literatur inspirierenden Arbeit des Zentrums, dafür aber um so mehr auf dessen Beziehungen zur SED-Bezirksleitung, zum Rat des Bezirks, zum Kulturbund und natürlich zum MfS.

Vor allem wird bedauert, daß das Zentrum nach 1990 relativ bruchlos seinen Fortbestand sicherte und für die Identität der Region bis heute eine wichtige Rolle spielt. Noch schlimmer sei, daß dort mit öffentlichen Geldern literarische Schätze wie die Nachlässe von Brigitte Reimann und Hans Fallada verwaltet würden. Angeblich hätte das Literaturzentrum besonders die von ihm betreuten Nachwuchsschriftsteller bespitzelt, wird behauptet. Zu den 44 jungen Autoren erfährt man, daß über einen von ihnen der damalige Leiter des Zentrums in einer Information erklärt habe: „Zu ergänzen wäre, daß in den literarischen Ausarbeitungen keine negativ-feindlichen Aspekte erkennbar sind.“

Als MfS-Mitarbeiter werden auch solche aufgeführt, die erst ab 1990 im Literaturzentrum aktiv wurden. Daraus schlußfolgert man, daß „nicht nur Kontinuitäten personeller Art gepflegt“ würden. Die Autorin will damit andeuten, daß das Literaturzentrum auch heute noch die SED-Kulturpolitik fortsetzt: „Die archivarische Arbeit des Literaturzentrums in der Nachwendezeit läßt sich als bruchlose Umsetzung aus dem Jahre 1975 ansehen, die vorsah, sich bei den Gegenwartsautoren auf das Schaffen von Helmut Sakowski, Margarete Neumann, Herbert Jobst und Joachim Wohlgenuth zu konzentrieren.“

In einer öffentlichen Diskussion des Kulturausschusses der Neubrandenburger Stadtvertretung werteten mehrere Teilnehmer die Studie von Frau Baumann als gewollte Verkürzung auf einen politischen Zweck und als wissenschaftlich unqualifiziert. Die „Dokumentation“ wurde vor der Veröffentlichung nicht mit den Gremien der Stadtvertretung erörtert. Auch Betroffene blieben ohne Information, welche Erkenntnisse man angeblich über sie gewonnen habe.

**Dr. Manfred Bewersdorf,
Mitglied der Fraktion Die Linke.PDS,
Stadtvertretung Neubrandenburg**

Ein Bergmann als Literat: Martin Viertel

Vom Bergmann zum Schriftsteller zu wechseln war eine Karriere, die in der DDR einen hohen Stellenwert hatte. Man denke an Autoren wie Hans Marchwiza, Horst Salomon und Martin Viertel. Von diesem heißt es, er zähle zum „uralten Wismut-Adel“, da er aus einer Bergarbeiterfamilie stammt.

Martin Viertel wurde am 2. Oktober 1925 in Lugau im Zwickauer Kohlengebiet geboren. Nach seiner Rückkehr aus französischer Kriegsgefangenschaft war er von 1948 bis 1956 als Fördermann, Lehrhauer, Hauer, Steiger und Jugendfunktionär bei der SD AG Wismut tätig. „Hier prägte das Leben Charaktere eigener Art. Hier absolvierte Martin Viertel seine ‚Universitäten‘“, meinte Horst Salomon. 1954 fanden sich Herbert Jobst, Werner Bräuning und andere in Aue in der Arbeitsgemeinschaft „Junger Autoren“ zusammen, die Johannes Schellenberger leitete. Viertel legte diesem die Geschichte „Die Bärenjagd“ ohne seinen Namen vor, und er fragte ihn, ob er sie irgendwo abgeschrieben habe. Sie erschien in der Zeitschrift „ndI“ und 1958 in der Anthologie „Treffpunkt heute“. Vorher hatte Viertel die Broschüre „10 Jahre Wismut“ (1956) verfasst. Am Literaturinstitut in Leipzig studierte der Bergmann von 1956 bis 1959. Viertel blieb nach dem Studium in Leipzig dem Bergbau verbunden, wurde Leiter des seit 1959 bestehenden Arbeitertheaters der IG Wismut Aue bis 1962. Er schrieb Stücke für dieses Theater, wie sein erstes „Robert Bottenschuh“, das 1975 im Fernsehen gezeigt wurde. Im selben Jahr zog die Familie nach Gera.

Die Werke Martin Viertels entstanden in den sechziger und siebziger Jahren. Darunter finden sich ein halbes Dutzend Kinderbücher, zwei Filmszenarien, zwei Schauspiele, eine Kantate, zwei Romane und drei Bücher, bei denen als Herausgeber fungierte. Der Schriftsteller, der zunächst Skizzen und Reportagen verfasste, begriff sich immer als „schreibender Arbeiter“. Martin Viertel bekannte: „Ich weiß, wie schwer das ist, nach der Schicht seine Müdigkeit zu überwinden und von seinem Leben und seinen Träumen in Versen oder Geschichten zu erzählen.“ Sein literarisches Debüt gab er mit seinem Kinderbuch „Igelfreundschaft“ (1961), das ein Jahr später verfilmt wurde. In den Folgejahren legte er Kinderbücher vor, wie: „Schlambambomil oder Der eiserne Seehund“ (1975), „Kuckucksgarn“ (1977) und

„Ticki Mumm“ (1978), letzteres ist auch als Puppenspiel bekannt. In dem Reisebericht für Kinder „Kuckucksgarn“ (illustriert von Manfred Bofinger) erzählte der Autor von Bulgarien. Martin Viertel nahm Kinder ernst, und ihre Neugier bedeutete für ihn eine Herausforderung. Literaturkritiker vermuteten, er habe sich mit seinen Kinderbüchern „freigeschrieben“.

Schon 1957/58 arbeitete er konzentriert an einem Wismut-Roman, der 1968 unter dem Titel „Sankt Urban“ erschien. Es war die Geschichte des Janek Wolke, der 1945 in die neue Zeit hineinwuchs und „die Kraft der Gemeinschaft entdeckt“. Die Handlung spielte in den Anfangsjahren der Wismut im Erzgebirge bis 1949 und endete mit der Gründung der DDR. Viertel legte einen Roman über die Zeit des Wiederaufbaus vor. Vier Handlungsstränge wußte er miteinander zu verflechten. Im Mittelpunkt des Romans standen der Obersteiger Georg Bäumeling im Schacht Sankt Urban und der 17-jährige Junghauer Janek Wolke, ein Einzelgänger und ein gutes Stück des Autors selbst. Beide Figuren rieben und ergänzten sich. Wolke war wie sein geistiger Vater ein Grübler und Sucher, einer von denen, die hinter den Sinn ihres Leben kommen wollten. „Sankt Urban“ fand eine breite Leserresonanz und wurde bereits 1969 von Helmut Schiemann mit Jürgen Reuter (Janek) und Günter Naumann (Bäumeling) für das Fernsehen verfilmt. Im Zentrum des mehrteiligen Fernsehfilms standen nicht nur „Janeks ungebärdige Schöpferkraft“, sondern auch die Geschichte seiner konfliktreichen Liebe zu Ulla.

In seinem Roman „Bollerbock“ (1986), der wieder im Bergbaumilieu spielte, erzähl-

te Viertel die Geschichte des zunächst schwächlichen Botenjungen Hannes Moltentau. Der Untertitel „Sein fünffacher Aufstieg und sein merkwürdiges Verschwinden“ weckte Neugierde. Der Autor knüpfte mit „Bollerbock“ an „Sankt Urban“ an, wenn auch fünfundzwanzig Jahre zwischen beiden Romanhandlungen lagen. Viertel bekannte, die Bollerbock-Geschichte habe ihn viele Jahre beschäftigt. Die fabulöse berge- und zeitenbewegende Gestalt des Bollerbock war Dichtung und Wahrheit. Sie war von fünf verschworenen Brigademitgliedern erdacht worden. In dem Roman begaben sich Figuren auf die Suche nach ihm. „Für mich ist Bollerbock nicht nur Legende. Er ist, das stellt sich am Ende heraus, eine fiktive Person, die ihre Wurzeln im Mutterboden der Wirklichkeit hat. Bollerbock erweist sich als ein Konglomerat aus fünf Männern unterschiedlichen Temperaments, unterschiedlicher Haltungen, unterschiedlicher Veranlagungen.“ Das Geschehen des Romans wurde von der jungen Journalistin Katrin Braunschweig in Gang gesetzt, die im Sommer 1973 einer Reportage aus dem Jahre 1950 nachspürte. Ihre Recherchen wirkten wie ein Steinwurf ins Wasser, sie zogen Kreise. Der Autor benutzte Mittel der Kriminal- und Unterhaltungsliteratur bei der Suche nach einem Menschen, der gelebt haben sollte, aber unauffindbar zu sein schien.

Vor allem Viertels Roman „Sankt Urban“ fand Ende der sechziger Jahre viel Anerkennung.
Dieter Fechner

Kleine Annotation zu Thomas Mann

Unter den Hitlerfaschisten hieß es: „Aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgestoßen – 39 Juden, Marxisten, ehemalige Bonzen und Hetzapostel samt ihren Familienangehörigen der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt – Ehrenname Deutscher verwirkt.“

Unter der Ziffer Nr. 25 stand:

„Mann, Thomas, geboren am 6. 6. 1875 in Lübeck. Das Vermögen der vorstehend bezeichneten Person wird beschlagnahmt. Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit wird erstreckt auf folgende Familienangehörige: ... Katharina Mann, geborene Pringsheim, geb. 24. 7. 1883 in Feldafing; Gottfried Angelis Thomas Mann, geb. 27. 3. 1909 in München; Monika Mann, geb. 7. 6. 1910 in München; Elisabeth Veronika Mann, geb. 24. 4. 1918 in München; Michael Thomas Mann, geb. 21. 4. 1919 in München.“

Thomas Mann entschied sich im hohen Alter von fast 74 Jahren, 1949 die Wirkungsstätten Goethes in Frankfurt am Main, aber auch in Weimar zu besuchen.

Eben hatte er seinen Altersroman vollendet: „Doktor Faustus – Das Leben des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde.“ Hierin bemühte sich Thomas Mann, die schuldhaft entwickelte Entwicklung des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert zu deuten.

Und beides paßte den Scharfmachern nicht ins Konzept. Nicht nur Friedrich Luft verstieg sich schon 1949 in Goebelsche Tonlagen im Zusammenhang mit der Förderung der Kultur in der sowjetischen Besatzungszone, er bezeichnete die Schriftsteller Arnold Zweig, Bertolt Brecht, Anna Seghers, Johannes R. Becher und Ludwig Renn als „pajokgenährte Staatssänger“. Im RIAS verurteilte ein Kommentator Thomas Mann als einen „gewesenen deutschen Schriftsteller“. Hatte es doch der Humanist in den USA auf einem New-Yorker Friedenskongreß gewagt, den „Antibolschewismus als die Grundtorheit unserer Epoche“ zu geißeln.

Hans Horn

Am **5. November** um **11.00 Uhr**

spricht der ehemalige Chef
der Grenztruppen der DDR,

Generaloberst a. D.

Klaus-Dieter Baumgarten

auf einer Veranstaltung der

**RF-Regionalgruppe Schwerin,
der GBM, der GRH und von ISOR**

in der Aula der
Volkshochschule,
Puschkinstraße 13.

Leserbriefe an RotFuchs



Für die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V. wandten sich im August dieses Jahres die ehemaligen Buchenwald-Häftlinge Kurt Julius Goldstein und Günther Pappenheim an Bundeskanzler Schröder. Goldstein ist Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitzkomitees sowie Ehrenvorsitzender der VVN-BdA, Pappenheim 1. Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora. Beide brachten ihre Empörung über den Spruch des Bundesgerichtshofes zum Ausdruck, wonach SS-Verbrechern mit der neofaschistischen Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“ öffentlich gehuldigt werden darf. Sie forderten die Kassation des schändlichen Urteils. Die Antwort wurde vom Bundeskanzleramt an Kurt Julius Goldstein geschickt. Günther Pappenheim erhielt einen Anruf aus dem Kanzleramt, später auf Verlangen eine Kopie des Schreibens an Goldstein.

In dem Antwortschreiben heißt es u. a.: „Für Ihr Schreiben, mit dem Sie mich auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes und die damit einhergehende Sorge vieler jüdischer Bürgerinnen und Bürger aufmerksam machen, danke ich Ihnen sehr. Ihre Empörung über die Aufmärsche ‚zu Ehren‘ nationalsozialistischer Verbrecher und Ihre Sorge über die höchsttrichterlich festgestellte Straffreiheit abscheulicher Parolen in diesem Zusammenhang verstehe ich sehr gut.“

Gegenstand des von Ihnen angesprochenen Urteils ist die strafbare Verwendung von Kennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen und solcher Kennzeichen, die diesen zum Verwechseln ähnlich sind. Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, daß die Losung ‚Ruhm und Ehre der Waffen-SS!‘ von keiner NS-Organisation verwendet worden ist. In dem Verfahren ging es um die Frage, ob diese Parole den Parolen einer NS-Organisation zum Verwechseln ähnlich ist. Der Bundesgerichtshof hat dies mit der Begründung verneint, der Gebrauch einer Phantasieparole, die von NS-Organisationen nie verwendet wurde und die nur den Anschein der Parole einer NS-Organisation hervorruft, unterfalle nicht der Strafvorschrift.“

Weiter heißt es in dem Schreiben: „Ein weitreichendes System strafrechtlicher Rechtsnormen stellt die Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengutes in Deutschland unter Strafe.“ So sei die Strafbarkeit der Volksverhetzung erweitert worden. „Die Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft“ habe man unter Strafe gestellt, „wenn dies in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise geschieht“. Und schließlich wird ausgeführt: „In dem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall konnte diese neue Strafvorschrift noch nicht zur Anwendung kommen, da sie erst nach dem Tatzeitpunkt in Kraft getreten ist.“

Kurt Julius Goldstein und Günther Pappenheim geben sich mit der Antwort nicht zufrieden und meinen, sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu sollen.

Gerhard Hoffmann, Frankfurt/Oder

Fast unmittelbar nach dem empörenden Urteil des Bundesgerichtshofes, die bei faschistischen Kundgebungen und Aufmärschen regelmäßig gebrüllte Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“ zu legalisieren, erschien im ND vom 17./18. 9. eine Reportage von gleicher Güte: „Als Adenauer meinen Onkel nach Hause holte“. Über dem Titel stand folgende Dachzeile: „Er war lebenslustig. Die Kinder liebten ihn. Und er war Offizier der Waffen-SS.“ Adenauer als Befreier des guten Onkels Fritz! Das ist die alte Geschichte von Hitler, der Schäferhunde liebte und „human“ behandelte, die Juden aber ins Gas schicken ließ.

Der ND-Artikel ist eine Provokation. Er verhöhnt Menschen wie mich, die Opfer der Shoa wurden. Ich habe meine Mutter und meinen Bruder verloren und bin selbst dem Völkermord nur um Haaresbreite entkommen. Mir fehlen die Worte, um mein Entsetzen über das abscheuliche BGH-Urteil und den „sonderbaren“ Artikel des ND zum Ausdruck zu bringen.

Fritz Teppich, Berlin

Am 11. September fand im Suhler Stadtpark am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus eine beeindruckende Gedenkveranstaltung statt. Untermalt vom Lied der Moorsoldaten und einem politischen Song Konstantin Weckers hielt der mit Berufsverbot belegte Pfarrer und Theologe Peter Franz aus Weimar die Gedenkrede. Seine Argumentation war überzeugend und beeindruckend. Die Suhler Antifaschisten bedanken sich ganz herzlich bei ihm.

Hans Linke, Suhl

Es ist gut, daß Ihr an vom Hitlerregime ermordete Antifaschisten erinnert. Im Oktober-Heft gilt dies für Paul Sasnowski. Über ihn habe ich umfassend geforscht. In meinem jüngsten Buch, das Ihr im Oktober vorgestellt habt, ist auch ein Text über ihn enthalten.

Seit Jahren ist unzweifelhaft belegt, daß Paul Sasnowski am Morgen des 25. Februar 1944 durch ein Hinrichtungskommando der Feldkommandantur 813 vor den Toren von Mogiljow erschossen worden ist.

Prof. Dr. Karl Heinz Jahnke, Rostock

Mit mir hat nun auch ein RF-Fördervereinsmitglied an einem Generalstreik teilgenommen – und zwar in Belgien. Am 6. 10. war ich auf einer Betriebsversammlung bei Sony Brüssel. Die Gewerkschaftsvertreter im Betriebsrat hatten sie als Antwort auf die vom Management verkündeten Massenentlassungen und die Ausgliederung ganzer Abteilungen einberufen. Auch ich gehöre zu denen, die entlassen werden. Sony betreibt ein großes Verwaltungszentrum sowie ein Lager in Brüssel. Im Zentrum werden bis zum Frühling 2006 von 425 Arbeitern und Angestellten noch 141 Beschäftigte verbleiben. Im Lager hat es bereits Entlassungen gegeben, dort sind jetzt 108 von 187 Arbeitern von den geplanten Maßnahmen betroffen. Die überwältigende Mehrheit dieser Beschäftigten sind Zeitarbeiter.

Ausgerechnet am Tag vor dem Generalstreik teilte das Management seine Pläne mit. Die Gewerkschafter zeigten sich kampfbereit und riefen alle Mitarbeiter zur geschlossenen Teilnahme am Generalstreik auf, der ganz Belgien lahmlegte. Es gab nur sehr wenige Streikbrecher, niemand aus meiner Abteilung gehörte zu ihnen.

Jens-Torsten Bohlke, Leuven

15 Jahre nach Annexion der DDR durch die Sieger des kalten Krieges wird diese von den Politikern der BRD noch immer als Triumph gefeiert. In Wahrheit ist es die Pflege eines Feindbildes angesichts des eigenen Versagens im Prozeß der „Vereinigung“. 15 Jahre „deutsche Einheit“ sind auch anderthalb Jahrzehnte Verteufelung der DDR und Entwertung ostdeutscher Biographien und Erfahrungen, vor allem durch Diffamierung der DDR-Grenztruppen, der NVA und des als Inkarnation alles Bösen hochstilisierten MfS. In einer regelrechten „Erinnerungsschlacht“ wird immer wieder versucht, die DDR als „zweite deutsche Diktatur“ mit dem Terrorregime des faschistischen Deutschland gleichzusetzen, wobei sie auch noch als die „schlimmere der beiden Diktaturen“ erscheinen soll. Kern dieser Bestrebungen ist weiterhin bornierter Antikommunismus. Das zeigt sich auch in der Abwertung der Linkspartei.PDS. Ist das die einst so strapazierte Achtung von Andersdenkenden?

Und da kommt ein gewisser Leander Haußmann mit seinem Machwerk „NVA“ daher. Er behauptet, daß die NVA die „unmotivierteste Armee aller Zeiten“ gewesen sei. Die Tatsache, daß die NVA und die anderen bewaffneten Organe der DDR im

Verein mit den sozialistischen Bruderarmeen über 40 Jahre den Weltfrieden sichern halfen, war wohl die edelste Motivation, die eine Arme nur haben kann. Deshalb wurde sie auch liquidiert.

Um das Volk aufzurütteln, sollte Herr Haußmann eher über die Motivation der Bundeswehr als einer kriegsdienenden Armee schreiben oder Filme machen.

Gert Thiede, Suhl

Am 26. 9. wurde Lothar de Maizière im RBB über seine Eindrücke aus dem Jahre 1989 interviewt. Er schilderte seine Rolle bei der „Übergabe“ der DDR an die BRD. So erklärte er u. a.: „Als Anwalt hatte ich für etwa 160 Mandanten im Jahr die Verantwortung. Plötzlich trug ich sie für 16 Millionen Mandanten.“

Zu ihnen möchte ich mich, wie sicher viele andere auch, keineswegs zählen. Ich weiß, daß ich 44 Jahre in einem besseren Deutschland gelebt habe – bei allen Höhen und Tiefen. Dem jetzigen Staat konnte ich bisher noch nichts Positives abgewinnen, im Gegenteil.

Wenn schon Einheit, dann weg mit jeglicher Diskriminierung, Diffamierung und Verfälschung der Geschichte!

Peter Ecke, Berlin

Wir haben über 100 Jahre Entwicklung verloren und sind auf die Phase der ISKRA-Zirkeltätigkeit zurückgeworfen worden. Aus Freude darüber, daß wir wenigstens diesen neuen ISKRA-„RotFuchs“ haben, sollten wir nicht in den Fehler verfallen, zum jetzigen Zeitpunkt „PARTEI“ darüberzuschreiben. Denn im Unterschied zu Lenins ISKRA besitzen wir kein neu erarbeitetes theoretisches Fundament, das die Erfahrungen dieser 100 Jahre kritisch aufgearbeitet hätte. Da stecken wir mitten drin und machen deshalb immer noch Fehler nostalgischer Art. Der „RotFuchs“ ist gegenwärtig die konsequenteste marxistische Institution Deutschlands. Linkspartei.PDS und WASG verdienen unsere wohlwollende und kritische politische Unterstützung, weil sie nach dem Kommunistischen Manifest Teil der Gesamtbewegung sind. Im „RotFuchs“ hat sich die revolutionäre Intelligenz der DDR organisiert; seine Publikationen zeigen, daß er am Marxismus festhält und die Fehler aufarbeitet. Trotzdem überwiegt dabei gegenwärtig noch ein weitgehend unkritisches, nostalgisches Verhalten zu den „Errungenschaften“. Das muß ausdiskutiert werden. Steiniger und die Mehrheit in Redaktion und Förderverein haben recht: In dieser Situation eine Partei zu gründen, die dem Anspruch einer wirklichen marxistischen Partei genügt, wäre schädlicher Formalismus, da die Voraussetzungen einfach noch nicht gegeben sind.

Manfred Lowey, Kamen

Eigentlich wäre es ja ein sehr schönes Bild: Feldbauer auf dem Weg durch den herrlichen „RotFuchs“-Wald. Auf einer Waldlichtung macht er Rast, und aus dem Unterholz gesellt sich der Fuchs zu ihm. Feldbauer kraut ihm freundschaftlich das Fell und stellt dabei fest, daß es schon ein wenig ausgebleichen ist. Alarmiert fordert er den Fuchs auf: „Zeig doch auch mal ein bißchen Deine Zähne!“ Der aber verschwindet schnell in seinem Wald, denn es naht schon die Jagdgesellschaft mit Jagdhorn und Trompetenschall.

Nun gibt ein Wort das andere. Es könne nicht sein, daß das Fell des „RotFuchs“ ausgebleichen sei, sonst würde er ja nicht so heißen, meinen die alten Jäger. Und im übrigen wäre landauf und landab noch nie ein so roter Fuchs gesichtet worden, meinen die etwas Jüngeren. Der Worte seien genug gewechselt, sagen nun schnell die Vorreiter, und schon versucht die Jagdgesellschaft, den Feldbauer niederzureiten. (...)

Leider findet der Vorfall in einer Zeit statt, in der das Lied gilt: „Geschlagen ziehen wir nach Haus, uns're Enkel fechten's besser aus.“

Ich bin der Meinung, daß Gerhard Feldbauer die Enkel im Blick hat, wenn er diese Diskussion anstößt.

Hanne List-Weidler, Nürnberg

Glückwunsch zu der Herresbach-Grafik auf Seite 3 der Oktoberausgabe! Das wäre ein tolles Aufklebermotiv, beispielsweise fürs Auto! Zu der Diskussion um „Partei oder nicht Partei“ stimme ich mit Prof. Ingo Wagner überein: Der „RotFuchs“ ist eine unverzichtbare Plattform oder Sammlungsbewegung für Kommunisten und Sozialisten, und gerade auch für diejenigen, die „parteimüde“ sind. Vielleicht wäre ein Konsens nach dem Beispiel der Brandenburger (Seite 16) sinnvoll. Aber beim RF geht es doch nicht zuerst um die Taktik des gegenwärtigen Klassenkampfes. Ich meine, daß vielmehr die Erfassung und Popularisierung persönlicher Erfahrungen in Vergangenheit und Gegenwart einerseits und die Information über die wahre Situation in den Ländern dieser Erde andererseits weitergeführt werden muß. Der „RotFuchs“ ist die einzige Quelle für solche Informationen und darf nicht untergehen im Tagesgeschäft um Wählerstimmen. Was wir am wenigsten benötigen, ist noch eine Partei. Nötig ist die Aktionseinheit derer, die sich links einordnen.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Bin Baujahr 1961, gelernter Ossi, begeisterter „RotFuchs“-Leser seit der ND-Anzeige aus dem Jahre 2004. Ihr wart und seid meine Rettung, da Ihr die einzige mir zur Verfügung stehende Publikation herausgibt, die mit der mir vertrauten und anezogenen Wahrheitsliebe die Dinge, die um uns herum geschehen, analysiert und dem Leser anschaulich weitergibt. Ihr habt mich und meine Partnerin auch in unserer Wahlentscheidung bestätigt. Wir wählten links, machten tüchtig Werbung dafür. Auch den „RotFuchs“ haben wir schon erfolgreich im Ort weitergegeben und bis dato drei neue Leser gewonnen.

Stefan Clauberg, Mühltröf

Der Wiedereinzug einer linken Fraktion in den Bundestag ist sicher das wichtigste Ergebnis der Wahlen. Dies ist ein Erfolg vieler linker Kräfte. In Sachsen haben Kommunistische Plattform der PDS, Marxistisches Forum der PDS, Plattform Internationalismus in und bei der PDS, DKP, KPD, „RotFuchs“, RFB und Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden in einer gemeinsamen Erklärung zur Wahl ihren Beitrag geleistet.

Jetzt verfügen wir über eine starke Opposition. Von der neuen Fraktion der Linkspartei im Bundestag erwarten wir eine wirksame Unterstützung des außerparlamentarischen Kampfes; eine klare Oppositionshaltung zum Kurs von SPD/CDU; eine enge Verbindung mit der Basis; eine eindeutige Friedenspolitik und die konsequente Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr; Initiativen gegen Sozialabbau – insbesondere Hartz IV. Wir verurteilen die Bestrebungen seitens der Medien und anderer Parteien, mit Hilfe der berüchtigten „Stasi-Keule“ gegen die Fraktion der Linkspartei vorzugehen.

Unserer Meinung nach kann es bei der geplanten Fusion, die gründlich vorbereitet werden müßte, nur um eine sozialistische Partei mit einem klaren Ziel gehen: Sozialismus!

Andreas Krämer, Landessprecher der KPF der PDS Sachsen

Ich beziehe mich auf Klaus Steinigers Leitartikel „Starke Linke im Bundestag“. Bislang sind Gysi, Bisky, Pau, Bartsch, Liebig, Brie, Hoffer, Wolf, Knake-Werner (Senatoren) jeden Beweis schuldig geblieben, daß sie die sozialen Interessen der Wählerbürger vertreten und verteidigen. Einige der Genannten beteiligen sich ganz offensichtlich unmittelbar an den Sozialabbau-schweinereien. (...) Ausgenommen davon sind rausgemobbte ehemalige SPD-Mitglieder oder einige wenige Gewerkschafter. Lafontaine hat zu seinem Wort gestanden, den SPD-Haufen zu verlassen, wenn die Agenda 2010 nicht zurückgenommen wird. Mit seinem Engagement hat er der Linkspartei PDS aus ihrer politischen Isolation herausgeholfen und entscheidend zu dem Wahlergebnis von 8,7 %

beitragen. Auch Ernst und Maurer haben sich theoretisch und praktisch qualifiziert.

Es ist aber ein euphorischer Quatsch, jetzt von einer „starken Linken im Bundestag“ zu reden.

Werner Lippert, Berlin-Zehlendorf

Etwas „Ungeheuerliches“ stellte jüngst die Leiterin des evangelischen (!) Kindergartens in Plauen fest: In den noch existenten Kindergärten der Volkssolidarität der Stadt werden nicht nur nach wie vor DDR-Friedenslieder gesungen, nein – deren Chef-in hatte den anderen Leiterinnen der Plauener Kitas sogar vorgeschlagen, diese den Kleinen anlässlich des bevorstehenden Weltkindertages wieder beizubringen! Die o. a. christliche Dame kann absolut nicht damit einverstanden sein, daß Plauens Kinder solche Lieder, wie „Kleine weiße Friedenstaube“ oder „Über allen strahlt die Sonne“, die in der DDR ja fast Volksliedcharakter hatten, munter trällern.

Das rief auch die CDU-Abgeordneten im Plauener Stadtrat auf den Plan, deren Fraktionssprecher sofort gegen die Vermittlung des Friedensgedankens in den Kinderliedern der DDR wettete.

Erfreulicherweise gibt es bei uns, also auch in Plauen, noch Erzieherinnen, denen das Friedensgebot am Herzen liegt und die nicht aus schwarzer ideologischer Borniertheit alles verdammen, was in der DDR zum Liedgut gehörte. Sie stehen dabei nicht allein. Die „Freie Presse“ befragte in den vergangenen Tagen 2140 Plauener, ob solche Lieder in den Kitas weiterhin gesungen werden sollten. 91,1 % der Befragten bejahten das.

Heinz Behrendt, Plauen/Vogtland

Die Ärmsten der Armen machen sich auf den Weg ins „gelobte Land“, das für sie den Namen EU-Europa trägt. Sie kommen aus Afrika und Asien. Andere Menschenströme setzen sich aus Mittel- und Südamerika in Bewegung, um über Mexiko in die USA zu gelangen. Eines haben sie alle gemeinsam: bittere Armut. Doch der Norden will sie nicht haben. Er errichtet hohe Zäune und Mauern.

Früher wurden die Staaten im Süden als Kolonien ausgebeutet. Heute haben die global operierenden Monopole diese Arbeit unter dem Schutz der jeweiligen Regierungen übernommen. Diese Freibeuter des Abendlandes stehlen die Bodenschätze, vor allem Erdöl und Gas. Durch unzählige Kriege wird das Leben auf unserem Planeten noch chaotischer, denn auch die Natur bäumt sich gegen solche Vergewaltigung auf. Es ist höchste Zeit, daß die Menschen aufwachen und eine Wende erzwingen, damit für furchtbare Mordwaffen verwandte Milliarden im Kampf gegen Hunger und Not eingesetzt werden können.

Auch früher hat man es geschafft, als uneinnehmbar geltende Festungen zu schleifen.

Werner Juhlemann, Geithain

Der RF-Beitrag „Struck: keine nationalen Friedensoasen mehr“ zeigt die Vorbereitung der Bundeswehr auf weltweite „Interventionen zur Krisenbewältigung“ (spricht: Aggressionskriege) entsprechend der NATO- und der EU-Militärstrategie. Obwohl sich die BRD in einer Krise mit leeren Staatskassen und Zahlungsschwierigkeiten befindet, wird die Bundeswehr unter Einsatz von Milliarden Euro für den „Feldzug gegen den Terrorismus“ hochgerüstet. Es geht in erster Linie um die Eroberung und militärische Besetzung ausgewählter Staaten im Interesse von Banken und Konzernen. Die Bundesregierung nimmt dafür zivile Opfer sowie den Tod von Bundeswehrsoldaten in Kauf.

Übrigens: Nach einem Bericht des US-Außenministeriums stieg die Zahl der Terroranschläge von 208 mit ca. 625 Toten im Jahr 2003 auf 650 mit 1900 Toten im Jahr 2004. Der angebliche Kampf gegen den Terrorismus bringt also nicht die erwarteten Ergebnisse. **Joachim Wolf, Strausberg**

Vor einiger Zeit bat ich um die Zusendung der Zeitschrift „RotFuchs“. Tage darauf erhielt ich mehrere

Exemplare. Ich habe sie an meine Freunde verteilt, die daran großes Interesse zeigten.

Zum Inhalt der Zeitung kann ich nur sagen: große Klasse. Viele Artikel bestätigen mir, daß unser Kampf nicht umsonst war. Die letzten 15 Jahre BRD haben vielen Menschen die Augen geöffnet. Ich sage immer, sie waren lehrreicher als das ganze Parteilehrjahr. **Rolf Mattered, Tangerhütte**

Das Lager in Hesepe ist nicht erst seit heute für die Bramscher Stein des Anstoßes. Dort waren früher holländische NATO-Soldaten stationiert, die zusammen mit amerikanischen Einheiten Nike-Herkules-Raketensystemen bei Vörden betreten und später dann Patriot-Raketensysteme einrichteten. Die Friedensbewegung forderte nach dem Abzug der Holländer die zivile Nutzung des Camps. Ohne Einbeziehung ihrer Kommunalpolitiker erfuhren die Bramscher aus der örtlichen Presse, daß die Bundesverwaltungsstelle den Plan verfolgte, ein Aussiedlercamp daraus zu machen, was dann unter dem damaligen grünen Innenminister in Niedersachsen, Jürgen Trittin, auch geschah. Ziel war es, die Flüchtlinge aus Osteuropa aufzunehmen, um die sozialistischen Herkunftsstaaten zu destabilisieren, was bekanntlich Ende der 80er Jahre gelang. Aus dem Auffanglager für Aussiedler wurde später ein Lager für Asylsuchende. Friedland erhielt den zentralen Zuschlag für die Aussiedler. Das Lager Hesepe entwickelte sich nach der Zerschlagung des Sozialismus in Europa und angesichts einer ständig zunehmenden Zahl von Krisen- und Kriegsherden immer mehr zu einem Abschiebelager für Asylbewerber. Doch wer die Asylfrage ernsthaft klären will, muß das Übel an der Wurzel packen und für eine friedliche und soziale Weltentwicklung einstehen. Für mich ist es daher unverstänlich, wenn Einrichtungen wie „Pro Asyl Deutschland“ auf UNO-Konferenzen von Nichtregierungsorganisationen die Verurteilung der Apartheid- und Rassismuspolitik der Sharon- und Bush-Administrationen ablehnten.

Ulli Farin, Bramsche

In seiner Leserschrift (RF, 9/2005, S. 29) hat RA Dr. Heinz Jürgen Schneider, Hamburg, auf einen schwerwiegenden Fehler in meinem Artikel „Nürnberger Urteil im Visier der Völkerrechtsfeinde“ aufmerksam gemacht. Seine Kritik betrifft das im besagten Artikel fälschlicherweise unterstellte „Recht zur humanitären Intervention“ als Ausnahme vom allgemeinen Gewaltverbot nach Art. 2 der UNO-Charta. In der Tat: Aus den im Kapitel VII festgelegten Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen (Artikel 39–51) läßt sich keinerlei „Recht zur humanitären Intervention“ ableiten. Auffassungen, die diesen Rechtsbruch der Charta stützen, basieren u. a. auf sogenannten Naturrechtsargumenten sowie „neuem, die Charta überlagerndem Gewohnheitsrecht“. Diese Argumentation geht regelmäßig der Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen voraus. Bei besagtem Unrecht handelt sich also ganz eindeutig um eine imperialistische Umdeutung von Geist und Buchstaben der Charta mit dem Ziel a) der Durchsetzung ökonomischer, strategischer oder innenpolitischer Interessen unter Vortäuschung „hoher moralischer Ziele“, b) der generellen Legitimation des Krieges, c) der selektiven Abstrafung bzw. „Beendigung“ von mißliebigen Staaten, d) der Ablenkung von der Lösung der sozialen Frage als Ersatz für fehlende politische Konzepte.

Dem Leser sei für seine wichtige Richtigstellung in dieser Angelegenheit gedankt.

Dr. Erhard Kegel, Leipzig

Ich bin froh, daß es den „RotFuchs“ gibt und wünsche ihm zunehmende Verbreitung und Akzeptanz. In dieser lichtlosen Zeit ist er immerhin ein Leuchtturm. **Gerhard Schmidt, Berlin**

Nun sind die Hartz-IV-Demonstrationen eingeschlafen. Wo aber sind die Betroffenen? Sie be-

kommen doch ihr Geld und haben viel Zeit, denn sie arbeiten ja nicht. Irrtum! Einmal einen Antrag zu stellen genügt nicht. Alle paar Monate muß die gleiche Prozedur wieder durchlaufen werden. Das Beibringen immer neu eingeforderter Belege und Nachweise, jeder Weg zum Arbeitsamt fressen Zeit. Jedes Ausfüllen von Anträgen auch, jeder Gang zu einer Behörde, um irgendeinen Schein zu beantragen oder abzuholen. Selbst der Widerspruch gegen den Bescheid kostet ebenso Zeit wie eine Rechtsklage. Auch wenn sie erhoben wird, muß man mit der vom Amt entschiedenen Situation klarkommen, bis Gerichte oder andere Institutionen etwas ändern. Ungerechte Behandlung nervt, macht wütend, ja auch ungerecht.

Daneben soll man sich bewerben. Zuallererst aber muß die Wohnung bezahlt und Essen im Haus sein. Damit das Geld reicht, geht man auf „Schnäppchenjagd“ ... bei notwendigen Lebensmitteln. Man fragt: Was steht in den unteren Regalen, und wo ist es am günstigsten? Abends wird gerechnet, was für die nächsten Tage bleibt.

Der Arbeitslose ist hinreichend beschäftigt, mit lauter frustrierenden Tätigkeiten. Aber es gibt auch Zeiteinsparungen: Er braucht nicht mehr mit Freunden ins Café, denn das kann er sich nicht leisten. Die Mutter oder das Geschwisterkind muß er nicht besuchen, wenn sie weiter weg wohnen. Das geht finanziell nicht.

Bei all diesen Faktoren bleibt die seelische Belastung außer Betracht. Viele halten sie nicht durch und kapitulieren oder verfallen dem Alkohol.

Ralf Becker, Hohenstein-Ernstthal

Wie sagte schon Platon, sehr passend für diese Zeit?

„In einer Demokratie regieren die Drohnen praktisch den Staat.“ **Adolf-Eduard Krista, Worbis**

Eine der wichtigsten Entdeckungen von Marx ist, daß sich die Auffassung von der Weltgeschichte nicht auf die Entstehung von Ideen reduziert, sondern auf die Entstehung neuer, tatsächlicher Triebkräfte. Diese leitet er aus dem Verhältnis von Kapital und Arbeit ab, das Freiheit und Unfreiheit zugleich produziert.

Die modernen Möglichkeiten des Kapitals, etwa die der Unterhaltung eines „Sozialstaates“, ändern daran nur, daß die Bedingungen der Unfreiheit verbessert sind. Und da eine Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, müssen sich die linken Parteien immer nur jenen Aufgaben stellen, die lösbar sind, d. h. für die die materiellen (nicht ideologischen) Voraussetzungen bestehen.

Horst Joachimi, Berlin

Im „RotFuchs“ Nr. 87 wurde u. a. darüber berichtet, daß in den Industrieländern wegen größter gesundheitlicher Bedenken in bezug auf bestimmte chlororganische Pestizide ein Einsatzverbot ausgesprochen wurde. Trotzdem erfolgten Produktion und Export und damit auch Verwendung dieser Erzeugnisse weiterhin in den sogenannten Entwicklungsländern.

Nunmehr wurde aber der Industriestaat Deutschland von seiner „Großzügigkeit“ selbst betroffen. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) mußte kürzlich bestätigen: „Beim konventionellen Anbau von Johannis- und Stachelbeeren in Deutschland werden illegale Pestizide als Spritzmittel eingesetzt.“

Der Industrieverband Agrar hat jedoch alle Darstellungen der Umweltorganisation Greenpeace, auch die Hinweise auf das Gesundheitsrisiko, zurückgewiesen. Deshalb sollte bei den zuständigen Staatsanwaltschaften Anzeige wegen des Einsatzes nicht zugelassener Pestizide erstattet werden.

Dr. Rudolf Drux, Dessau

Ich war über den Rahmen unserer Schule hinaus als ein Lehrer bekannt, der in den Fachgremien sehr streitbar um die beste Unterrichtsqualität rang, weshalb ich auch recht oft offizielle und inoffizielle Hospitanten hatte, was mich wenig störte.

Die Folge war, daß ich von der SED-Bezirksleitung beauftragt wurde, für einen der Pädagogischen Kongresse der DDR einen Diskussionsbeitrag vorzubereiten, der sich mit der Qualität des Staatsbürgerkunde-Unterrichts befassen sollte. Welche Ehre! Ich habe sie bald verflucht. Als ich nämlich den erarbeiteten Diskussionsbeitrag eingereicht hatte, gab es in mehreren Runden stundenlange Debatten mit mir darüber, warum und wie er im Sinne öffentlicher „Repräsentation“ noch zu verändern sei. Manches leuchtete mir ein, vieles nicht, aber am Ende war das dann nicht mehr mein Diskussionsbeitrag, was ich sehr ärgerlich fand. Ja ... das war eben die „sozialistische Disziplin, die sich – weil sie von vielen sehr ehrlichen Menschen in dieser Weise geübt wurde – letztlich als verhängnisvoll erwiesen hat. Deshalb wende ich mich auch dagegen, alle „Schuld“ für die Niederlage des noch jungen sozialistischen Systems nur nach „oben“ zu delegieren. Nein, ich habe ihn dann vorgetragen, „meinen“ Diskussionsbeitrag, und damit letztlich gegen die sozialistische Demokratie verstoßen. Auch wir „unten“ – und viele im besten Glauben, damit das Richtige zu tun – haben an ihrer Verzerrung mitgewirkt.

Georg Dorn, Berlin

Ich erinnere mich noch gut an den Besuch des Palasts der Republik mit meinem Vater, einem Arbeiter, der ganz erstaunt war, daß die Preise in den Cafés und Gaststätten dort nicht höher lagen als anderswo in der Republik, und an unseren Besuch des Theaters im Palast, in dem man durch die Abschrägung der Zuschauerplätze von jedem Ort einen gleich guten Blick auf die Bühne hatte.

Als kurz nach der Vereinnahmung der DDR durch die BRD auch der Palast geschlossen werden sollte, regte sich in der Bevölkerung starker Unmut. Doch die 100 000 an führende Politiker der Kohl-Regierung gesandten Unterschriften von DDR-Bürgern für seinen Erhalt blieben unbeachtet.

Die SPD, die 1998 im Wahlkampf einen anderen Umgang mit dem Palast versprach, hat kurz danach, nun an der Regierung, ihre Zusage gebrochen. Bundestagspräsident Thierse übernahm sogar den Ehrenvorsitz des sogenannten Schloßvereins, der seit Jahren für den Palastabriß eintritt.

Die Abrißbestrebungen widersprechen Artikel 35.2 des Einigungsvertrages: „Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet darf keinen Schaden nehmen.“

Wehren wir uns! Widerstand, nicht nur in dieser Sache, ist Pflicht! **Brigitte Queck, Potsdam**

Während einer TV-Stadtführung bemerkte Thom Pauls: „Mit der Frauenkirche hat Dresden seine Seele wieder.“ Die Zerstörung der Elbmetropole und damit der Frauenkirche war ein Kriegsverbrechen. Die Bombardierung richtete sich ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung. Außerdem war sie bereits Teil des kalten Krieges. Im Februar 1945 stand fest, daß Dresden zur sowjetischen Besatzungszone gehören würde. Seit Januar wurden fast nur noch Ziele im Osten bombardiert.

Die zwischen Dresden und Coventry vereinbarte Partnerschaft enthielt die Übereinkunft, die Ruinen der Frauenkirche und der Kathedrale als Mahnmale gegen Krieg und Völkermord zu belassen. Die Ruine in Coventry steht noch.

Der Pomp, mit dem der Wiederaufbau und die Weihe der Frauenkirche begleitet wurden und werden, gehörte zum geschichtsfälschenden Medienrummel anläßlich des 60. Jahrestages der Zerstörung Dresdens.

Aus den ursprünglich angesetzten Kosten von 85 Millionen Euro waren zuletzt 135 Millionen geworden. Wer weiß, ob das die letzte Summe ist. Anfangs wurde verbreitet, daß der Wiederaufbau nur aus Spenden finanziert werden sollte. Jetzt sind bereits 57 Millionen aus Steuergeldern bezahlt worden.

Zur selben Zeit, zu der die Frauenkirchweihe erfolgte, geriet übrigens die stets ausverkaufte Dresdner Semperoper in akute Zahlungsschwie-

rigkeiten, weil die Zuschüsse vom Staat gekürzt worden waren. **Gerhard Naumann, Berlin**

Dankenswert ist der Hinweis Herbert Driebes (September RF) auf den Satz von Karl Marx, daß „jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger ist als ein Dutzend Programme“. In diesem Sinne habe ich das sich formierende Linksbündnis mit Nachbarschaftsbriefen unterstützt. Die in unserem Wohngebiet von der Linkspartei erreichten 13% sind ein bereedtes Beispiel für das entstehende freundschaftliche Verhältnis zwischen der praktischen Politik der Linken und der Bevölkerung.

Hans R. Müller, Hamburg

Durch Genossen wurde ich auf den „RotFuchs“ aufmerksam gemacht und bin über seine Tätigkeit begeistert. Der Meinungsstreit in der ersten von mir erlebten Versammlung des Fördervereins verlief sehr konstruktiv und sachlich. Dann bekam ich mehrere Ausgaben des RF und habe sie regelrecht verschlungen. Der Tiefgang der Artikel hat mich beeindruckt und mir neuen Mut für unsere Sache gegeben.

Helmut Baumgarten, Halle-Saale

Ich bin Jahrgang 1930 und möchte auf kein einziges der 40 Jahre in der DDR verzichten, weil der Sozialismus für mich keine Utopie, sondern Lebensvision war und ist. Natürlich war unser Staat nicht ohne Fehl und Tadel, aber immer noch sind viele Fragen seit dem „Rücksturz der DDR in den Kapitalismus“ (Anleihe bei Eberhard Czichons Buch „Das Geschenk“) offen und unbeantwortet. Die Zeit, in der niemand mehr da ist, der von 1945 bis 1990 alles bewußt selbst erlebte, ist absehbar. Bis zum 60. Jahrestag bleiben dem „RotFuchs“ noch 48 Ausgaben ...

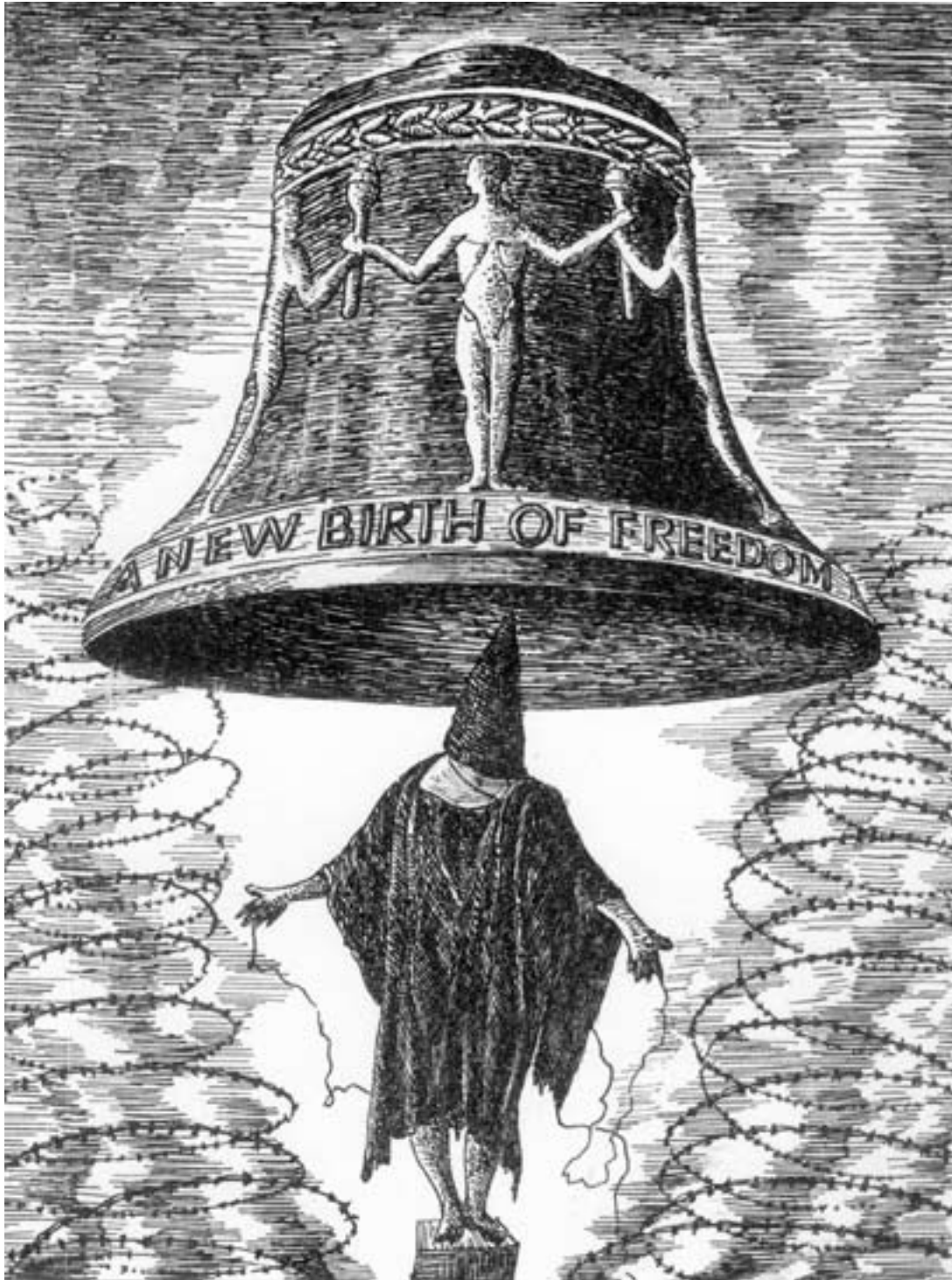
Günther Stegner, Ilsenburg/Harz

Der RF-Beitrag Dr. Adolf Esers war für mich sehr informativ. Aber ich gebe zu bedenken: Seit über 200 Jahren folgen wir den Losungen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Das impliziert, daß allen Menschen auf der Erde prinzipiell das gleiche Konsumtionsniveau ermöglicht werden muß. Nimmt man den heutigen materiellen Verbrauch in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern als Maßstab, dann wären bereits die Ressourcen unserer Erde überfordert. Es gibt jetzt schon von den Menschen verursachte Deformationen der natürlichen Bedingungen (z. B. Klima, Oberflächenstruktur der Erde, Wasserhaushalt), die irreversibel sind und zu Katastrophen führen. Diese materielle Konsumtion muß sich degressiv, dagegen die geistig-kulturelle Konsumtion progressiv entwickeln. Marx begründet das ständige Wachsen der Produktivkräfte und die Freisetzung der Menschen von der materiellen Produktion für geistig-kulturelle Tätigkeiten. Diese Konsumtion hatte in der DDR bereits ein wesentlich höheres Niveau als in der BRD.

Dr.-Ing. Hans Köckeritz, Kurort Gohrisch

Da wird von der „ehemaligen DDR“ fabuliert, man redet über die „NEUEN LÄNDER“. Warum nutzen wir nicht das Vorwahlverzeichnis des Telefonbuchs zum Nachweis unserer bewußten Aussonderung? Das „Ostgebiet“ ist dort extra gekennzeichnet: Wer wen auch immer in diesem Teil der BRD anrufen will, muß die 03 vorwählen. Wir sind also ganz offiziell ein Sondervorwahlgebiet.

Das Pikante besteht allerdings darin, daß sich auch der Bundespräsident und das Bundeskanzleramt sowie eine Menge Ministerien und alle Westberliner zu diesem Sondervorwahlgebiet zählen müssen. Die Berliner 030 gehört ebenso dazu wie 0341 für Leipzig, 0351 für Dresden, 0381 für Rostock oder 033293 für Flecken Zechlin und weitere fünf Orte. 040 für Hamburg, 069 für Frankfurt/M. oder 08057 für Aschau zählen unstrittig nicht zu uns. **Peter Wozniak, Halle**



Die Freiheitsglocke: Anspruch und Wirklichkeit.

Grafik: Klaus Parche

Veranstaltung in Teterow

Am **4. November** um **14.30 Uhr** spricht der ausgewiesene Nahost-Experte und langjährige „RotFuchs“-Autor **Bernd Fischer** auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Teterow in der Gärtnerei-Kantine Hartmut Meier (Hofgelände des Gartenmarktes), v.-Moltke-Straße 29,

über
**die Situation
in Irak, Iran
und Palästina**

**Achtung, Berliner
„RotFuchs“-Freunde!**

Am **18. November** ist **Egon Krenz** bei uns zu Gast.

Er spricht und diskutiert um **16.30 Uhr** in der **Fachhochschule für Technik und Wirtschaft**, Raum HG 208, Karlshorst, Treskowallee 8 (ehemalige HfÖ), Nähe U-Bahnhof Tierpark und S-Bahnhof Karlshorst.

Alle Leser und Interessenten sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

**Rolf Berthold
in Saarbrücken**

Der amtierende Vorsitzende des **RF-Fördervereins** spricht am **12. November** um **19.00 Uhr** in der Saarbrückener Kaiserstraße 15 (Lebensmittelladen „Chiriferi“, Versammlungsraum 1. Stock).

Zu der Zusammenkunft in der Stadt des großen Wahlsiegs der neuen Linkspartei werden Leser, Freunde und Interessenten aus dem Saarland und umliegenden Regionen erwartet.

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Ralph Dobrawa
Dr. Rudolf Drux
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dieter Itzerott
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

**Internet-Präsentation
des „RotFuchs“:**
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Konto: Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)